HUNGER-
STREIK DER AUS-
LÄNDER IM KNAST
SCHWALMSTADT – Gebt die
Hungerstreikerklärung an italienische –
türkische – jugoslawische Kollegen weiter!
SCHWALMSTADT: SCIOPERO DELLA FAME
In Lingua Italiana
AÇLIKGREVİ İN SCHWALMSTADT – Türkçe Teksti

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

iD

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 281 12. Mai 1979 1,50 DM incl. 6% Mwst. D 1870 CX

WAS HEISST HIER AUTOFREIER TAG? AUF 'NE MITFAHRGELEGENHEIT WARTEN WIR HIER SHON SEIT WOCHEN!

AUTOFREIER TAG AN PFINGSTE[N]

80 BÜRGER INITIATIVEN RUFEN AUF:

ID-Titel zum 3. Juni:

SCHWUNG AUFS FAHRRAD AM AUTOFREIEN TAG

Irgendwo in Bonn fing einer an, es war wohl der Lothar. Inzwischen unterstützen außer der BBU weitere 80 Bürgerinitiativen den Plan: der 3. Juni (Pfingstsonntag) soll freiwillig autofrei bleiben, alle, die zwischen Berlin und Erlangen und sonstwo diesen Tag zugleich als Internationalen Demonstrationstag gegen Atomanlagen begehen, werden sich auf Fahrräder schwingen oder sonstwie Demonstrieren. Sollen die, die am Pfingstsonntag davon nichts halten, in Kolonnen Abgase schwitzen: Wir strampeln!

Berlin Solidaritätsveranstaltung für Nicaragua

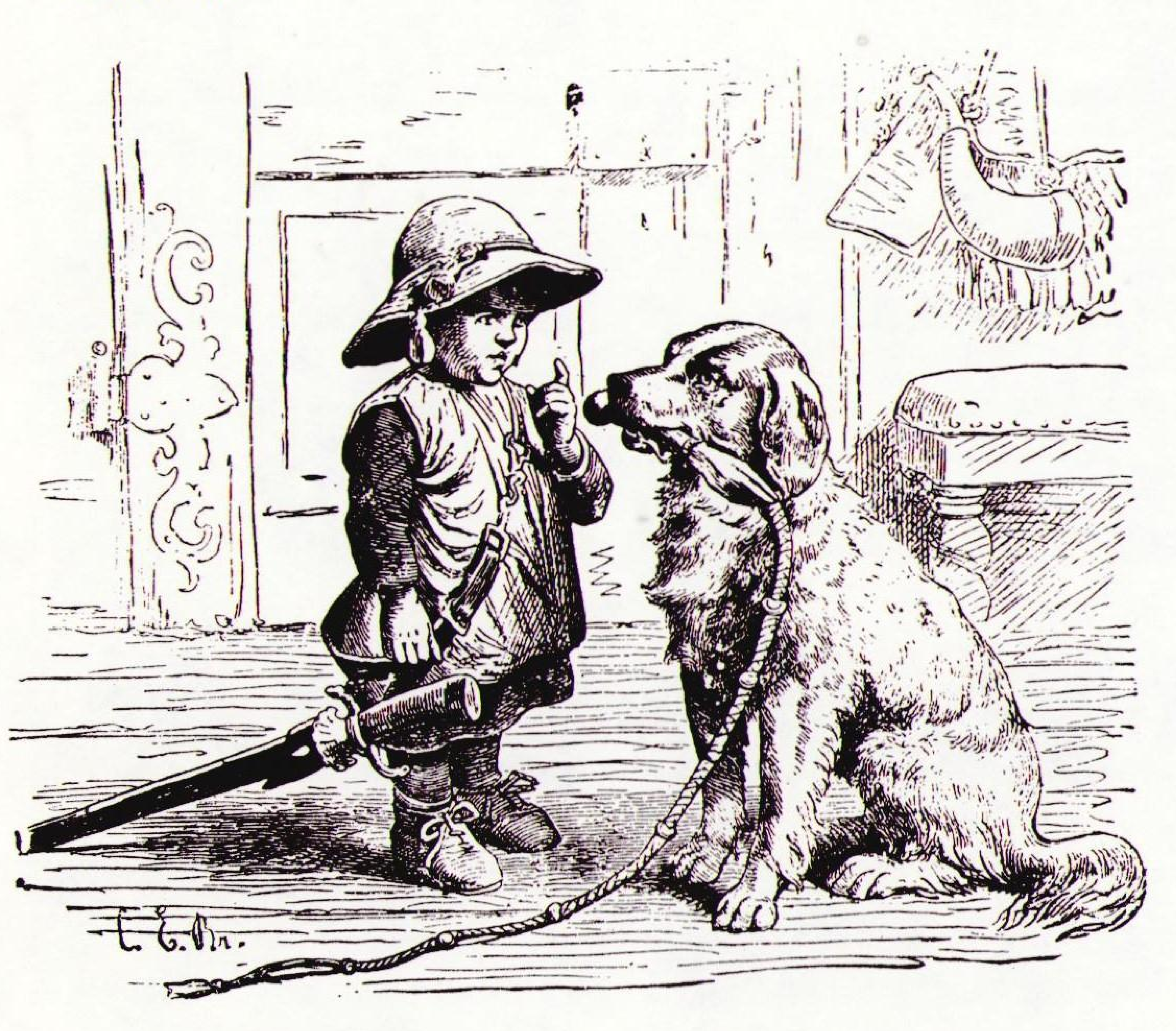
Am 16. Mai 19.00 Uhr findet in Berlin im Audi-Max der TU eine Solidaritätsveranstaltung für die dortige Befreiungsbewegung (FSLN) statt. Ein Vertreter der Bewegung wird über die politische Situation berichten. Weiterhin berichtet ein Arzt über seine Erfahrungen in Nicaragua.
Ein holländischer Film über die Befreiungsbewegung und den Kampf des nicaraguanischen Volkes gegen den Diktator Somoza wird gezeigt.

Spendenkonto: Bernd Schneider, Deutsche Bank 700 632 47 43 Fahrbare Ambulanzen für Nicaragua.

Bern Sprengstoffanschlag

Eine „autonome Gruppe 8. Juli" übernimmt die Verantwortung für einen Sprengstoffanschlag auf die spanische Botschaft in Bern, bei dem Sachschaden entstand. Ihre Erklärung lautet:

Im imperialistischen „Projekt Europa" gibt es für autonome Völker keinen Platz.
Aber: Das „Projekt Europa" wird in den Herzen der Völker nie einen Platz finden – trotz des Verrats der traditionellen „Arbeiter"-Parteien.
Der spanische Staat mordet und foltert in Euskadi für „Europa": mit Terror für ein Europa der Konzerne und Banken.
Aber: Wer die Völker knechtet, muß mit vielen Fronten rechnen: Euskadi ist auch hier – Renteria ist auch hier – Soria ist auch hier – der Freiheitskampf des baskischen Volkes lebt auch hier!



Recklinghausen Grüße aus dem Ruhrpott

Vom 22. – 26. Mai findet in Recklinghausen das **„Festival of Fools"** statt. Theatergruppen, Musikgruppen, Pantomimegruppen werden 5 Tage lang aufspielen. Das Festival of Fools geht in in verschiedenen Zentren und Kneipen ab:
Schallanda, Dortmunderstraße 12
Baum Kneipe, Kemnesstraße 17
Altstadtschmiede, Kellerstraße 17
Vestlandhalle, Hernestraße 148
Drobs, Hochlarmarkstraße 75 (direkt am DB Bahnhof RE. Süd)
Außerdem wird es eine Reihe von freien Veranstaltungen auf dem Altstadtmarkt von Recklinghausen geben.

Hildesheim Fotos gesucht: Grohnde-Anti-Atom-Dorf

Die „Grohnde-Geräumten" aus Hildesheim planen eine Dokumentation über das Anti-Atom-Dorf Grohnde, seine Räumung und die darauffolgende Kriminalisierung der dabei Anwesenden. Wenn ihr Fotos oder Filme vom Anti-Atom-Dorf oder der Räumung habt oder wißt, wie mensch da dran kommt, schreibt bitte schnell an *Volker Jochems, Bergsteinweg 29, 3200 Hildesheim.*

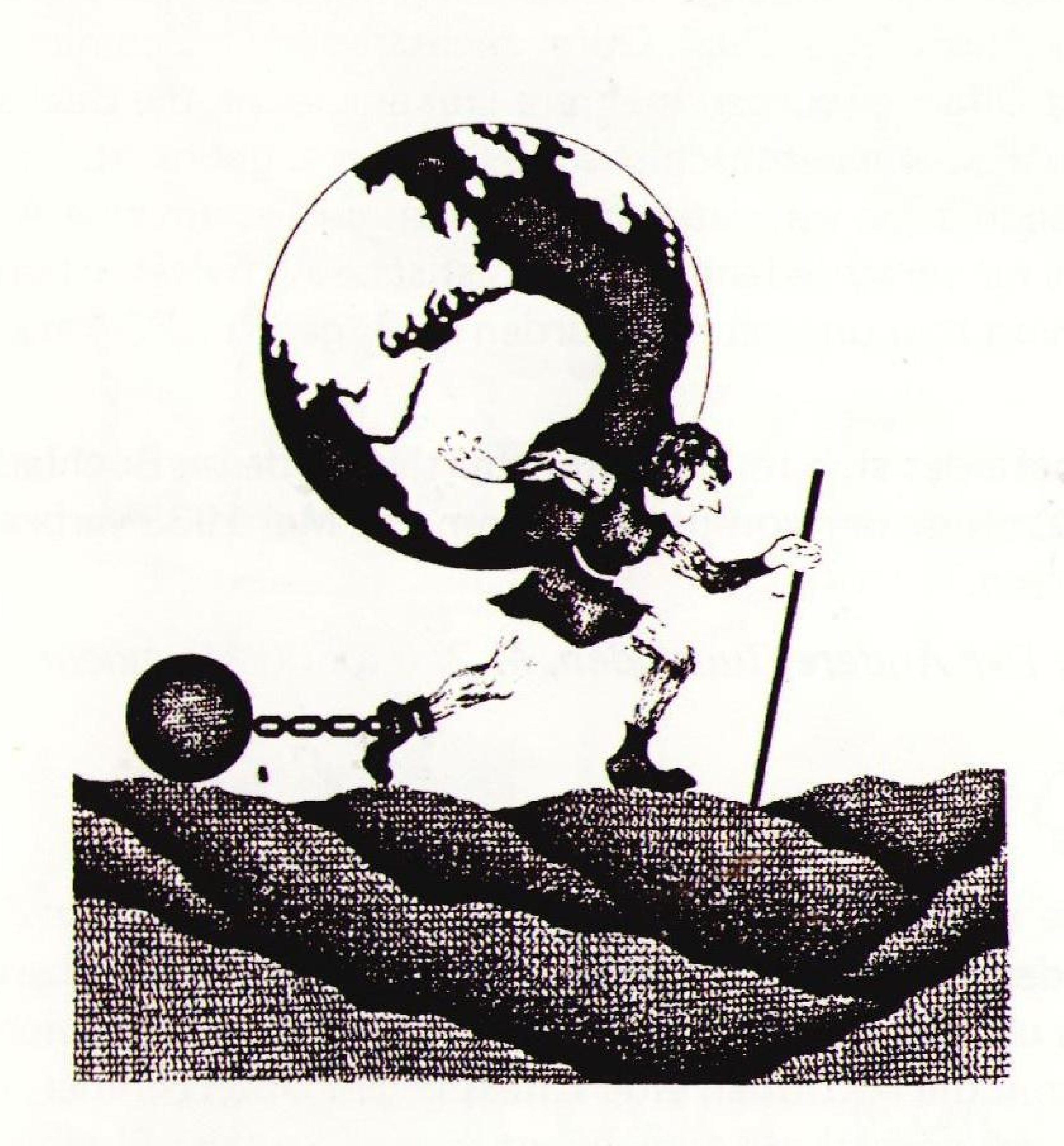
Aachen „Nie wieder Krieg"

Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden zeigt vom 27. Mai bis 6. Juni eine Photo-Ausstellung „Nie wieder Krieg" und schreibt dazu:
„Da wir nicht nur Greuelbilder zeigen wollen, brauchen wir unbedingt noch Material für die Darstellung folgender Fragen- und Themenkomplexe: Wer hat an Krieg und Rüstung politischen und materiellen Gewinn? Wie entsteht Gewalt, welche Bedingungen braucht sie? Wo und wie tritt sie in unserem Alltag auf und wie ist ihr zu begegnen? Gesucht wird außerdem Material zum gewaltfreien Widerstand und zur Kuba-Krise.
Kontakt: Klaus Freitag, Maria-Theresia-Allee 85 5100 Aachen.

Hannover Sozialmieter und Initiativen

Dies ist eine Ergänzung zur Kurzmeldung „Mieterinitiativen" im ID-Nr. 278, Seite 1. Wolfgang Voigt hatte nicht damit gerechnet, daß wir seinen Brief abdrucken und schreibt, „daß er ihn sonst präziser formuliert" hätte und sich jetzt vor Anfragen nicht retten kann, zu denen er die Antworten auch nicht weiß. Bescheid weiß er nur auf einem Fachgebiet und wendet sich dabei an Sozialmieter und Mieterinitiativen in neuen Wohngebieten, die während der letzten 12 Jahren fertiggestellt worden sind:
„Durch den stufenweise vorgenommenen Abbau von Mietsubventionen im neueren Sozialwohungsbestand sind die Mieter einer Mietenexplosion ausgesetzt, deren volles Ausmaß noch lange nicht erreicht ist, da sich der Subventionsabbau über 12-15 Jahre nach Fertigstellung hinzieht. Der Staat hat auf erste Mieteraktionen 1976 mit einer Wohngeldanpassung und lauen Nachsubventionierungen (nach Ländern verschieden) reagiert, scheint aber nicht bereit, die nach Kürzungsplan davonlaufenden Sozialmieten auch in Zukunft mit so hohen Nachsubventionen zu stützen, daß die Belastung der Mieter nicht noch weiter ansteigt. Über die Hintergründe dieses Problems und den bevorstehenden Konflikt um die Forderung nach Nachsubvention kann mensch bei der unten angegebenen Adresse Material bekommen, wobei der Wolfgang sich freut, wenn die Mieterinitiativen ihm ihre eigenen Erfahrungen zu diesem Punkt mitteilen.

Wolfgang Voigt, Theaterstraße 13, 3000 Hannover 1.



Wertheim Zweites Provinztreffen

Vom 18.–20. Mai findet in Wertheim das 2. Provinztreffen, das von den Jungdemokraten und der alternativen Regionalzeitung TRAUM(A)LAND veranstaltet wird, vor der Main-Tauber-Halle statt. Wie im Vorjahr werden dazu nicht nur Leute aus dem Einzugsgebiet der Zeitung (baden-württembergisches Frankenland bis hinein nach Unterfranken) erwartet, sondern auch Freunde von weiter her, wie z.B. Heidelberg, Stuttgart...

Der Beginn ist eine Podiumsdiskussion, die ein Forum für die Probleme verschiedener politischer (linker natürlich) Arbeit in der Provinz sein soll. Anschließend spielt noch eine Gruppe aus der Region, die „Slack Season" aus Amorbach.
Für den Samstag-Nachmittag sind neben Musik- und Theateraufführungen noch workshops und drei Arbeitsgruppen zu Jugendzentren, Ökologie, Alternativen geplant. Am Samstag Abend steigt dann eine große Rock-Fete. Diese Fete bildet die einzige Finanzierungsquelle für das Treffen. Sonntag finden dann noch ein oder zwei Fußballspiele mit Teilnehmern des Provinztreffens statt. Für Essen (Hausmacher) und Getränke wird gesorgt. Übernachten kann mensch in mitgebrachten Zelten vor der Main-Tauber-Halle.

Kontakt: Traum(a)land, c/o Rainer Moritz, Mühlenstraße 63, 6980 Wertheim.

Bischofsheim „Alternative" Ferien- oder Tagungsmöglichkeiten

Wir haben ein Jagdschloß mit Gaststätte und Pension gepachtet. Gestreßte Leute können hier in aller Ruhe ihre Ferien verbringen (3 km entfernt von jeglicher Zivilisation). Gleichzeitig kann mensch ausprobieren, wie gut sich's ohne Strom lebt und um Energie zu sparen kenn mensch ein PS als Fortbewegungsmittel benutzen. Zur Zeit bestehen provisorische Möglichkeiten um Seminare und Tagungen abzuhalten; ab Sommer werden Tagungs- und Gruppenräume zur Verfügung stehen und ab dann ist auch Selbstversorgung möglich. Näheres zu erfahren bei Jagdschloß Holzberg, 8743 Bischofsheim/Rhön, Tel.:

09772/1207

Kassel Gegeninformationen zu Europa

„Der einzig richtige Beitrag der westdeutschen Linken zur EG-Wahl scheint die Produktion von Gegeninformationen zur europäischen Integrationspolitik" (Klaus Busch, Referent über die Perspektiven der Europäischen Gemeinschaft). Unter diesem Motto hat sich der Allgemeine Studentenausschuß und der Fachbereich Kulturwissenschaften etwas einfallen lassen, um den zu erwartenden Wahlboykott der Linken zur Europa-Wahl am 10. Juni (oder auch ihre Wahl der grünen-alternativen-dissidentischen Liste) ein wenig bewußter und produktiver zu gestalten. In einer Veranstaltungsreihe soll diskutiert werden, was es mit der kapitalistischen Verwirklichung eines alten linken Traums auf sich hat. — Elmar Altvater spricht am Dienstag, 22. Mai über „Internationalisierung der Produktion und westeuropäische Integration", Heinz-Jürgen Axt am Donnerstag, den 7. Juni über „Europa als Ideologie", Werner Ruf am Dienstag, 19. Juni über „Peripherer Kapitalismus, die Politik der Europäischen Gemeinschaft und sozialistische Strategien im Mittelmeerraum", und Klaus Busch am Donnerstag, 28. Juni über „Integrationsstand und Perspektiven der EG". All das passiert jeweils um 20 Uhr im AVZ, Heinrich-Plett-Straße 40, Hörsaal 100. Gesamthochschule Kassel.

Kontakt: über Reinhold Weist, AStA, Wilhelmshöher Straße 73, 3500 Kassel, Tel. 0561 / 22057. – Es gibt auch ein Sonder-Info des AStA.

Mannheim Iran-Prozesse in Mannheim und anderswo

49 Leute waren auf einer verbotenen Iran-Demonstration am 2. Dezember 1978 in Mannheim festgenommen worden. Gegen fünf von ihnen soll jetzt der Prozeß gemacht werden. Die antiimperialistische Gruppe Mannheim schlägt vor, die in verschiedenen Städten dazu laufenden Prozesse zu koordinieren und gemeinsam zu führen. Leute, die ebenfalls Prozesse kriegen sollen sich melden bei *Antiimperialistische Gruppe, Postlagerkarte Nr. 079921 A, 6800 Mannheim.*

Frankfurt Alternative für Europa

Am Montag den 14. Mai 1979 um 20 Uhr findet im BÜRGERHAUS NORDWESTSTADT Frankfurt eine Diskussionsveranstaltung statt namens „Alternative für Europa". Es sprechen und diskutieren: Prof. Joseph Beuys (Bildhauer), Heinz Brandt (Publizist), Milan Horacek (Student), Dr. Fritz Jantschke (Zoologe), Petra Kelly (Politologin).

Kontakt: „Die Grünen", Friedrich-Ebert-Allee 120, 5300 Bonn 1, Tel. 02221 / 233 021/22.

Freiburg Gesucht: Materialien zur Ökologie

Wir bauen ein Archiv auf für Lehr- und Lernmaterialien, die ökologische Fragen behandeln. Dieses Archiv und eine Lose-Blatt-Sammlung von Rezensionen werden für alle Interessierten zugänglich sein. Hierfür bitten wir um Belegexemplare, Beurteilungen und Hinweise. Besonderen Wert legen wir dabei auf nichtkommerziell produzierte Unterrichtseinheiten.

Öko-Institut, Lehrer AG, Schönauer Straße 3, 7800 Freiburg.

Obrigheim Material über Sonnenkollektoren gesucht

Eine Wohngemeinschaft, die in der Nähe des AKW Obrigheim wohnt will sich einen Sonnenkollektoren bauen und bittet deswegen alle Leute, di Informationsmaterial und Tips haben, dies an d e WG zu schicken.

Heiko Geier, Reiterspfad 6, 6951 Obrigheim.



Hamburg Fremde Schwester Liu

23 Frauen fuhren im Sommer 77 in die VR China. Ihr Interesse galt den „fremden Schwestern", den Frauen in der VR China. Sie machten nach der Reise ein Buch im Selbstverlag. Es beschreibt die alten Frauen Chinas, stellt Fragen zum Beziehungsverständnis der jungen Chinesinnen. Beobachtet wurden die Frauen in den Fabriken, Kommunen, Krankenhäusern, Kindergärten und Schulen. Die 23 Frauen schreiben:

„Wir haben die Frauen vor allem in den Nähstuben und Wäschereien angetroffen, und uns gefragt, ob hier die „neue Hausfrauenrolle" entsteht. Wir fotografierten die Frauen auf den Felder Feldern, beim Teezupfen und bei einer Sterilisation mit Akupunkturbetäubung. Wir haben Frauen kennengelernt, die für längere oder kürzere Zeit in der VR China gelebt haben und ebenfalls ihre Erfahrungen niedergeschrieben haben. Unsere Frauenreise war auch eine Touristenreise, wir konnten ohne Hemmung fotografieren, wenn mensch sich damit abfand, wie ein „amerikanischer Tourist" aufzutreten. Wir beschreiben die Probleme, die es für uns Frauen mit unseren „Apparaten" gab. Wir haben selbst das Buch hergestellt, das Geld geliehen und uns selbst mit dem Satz, Repromöglichkeiten beschäftigt. Wir wollen auch selbst den Vertrieb übernehmen. Wir bitten alle Interessierte um ihre Unterstützung.

Brigitte Krause, Poelchaukamp 24, 2000 Hamburg 24.
Steffi Ritter, Bismarckstraße 36, 2000 Hamburg 19.

Wir machen keinen Gewinn an dem Buch und verkaufen es (120 Seiten, über 170 Fotos, Überformat) für DM 25,–. Postscheckkonto Hamburg: Brigitte Krause/Steffi Ritter, Kontonummer: 1149 24 – 205.

jetzt kommt was anderes:

P.S.: Die Zusammenfassung ist nicht identisch mit der Broschüre „Wendet das Blatt bevor es welkt", die in der ID-Nr. 278 angeboten wurde. Die Politische Buchhandlung in Heidelberg, bei der es diese Broschüre gab, teilt mit, daß sie mittlerweile verkauft und vergriffen ist.

Leihgestern Naturtextilien

Stoffe ohne synthetische Beimischungen aus Jute, Baumwolle, Leinen und Wolle werden auf Gut Neuhof hergestellt. Die Leute von Neuhof arbeiten mit Frauengruppen, Schneiderkollektiven, Werkstätten und Einzelkämpfern zusammen. Alle Stoffe sind rohfarben oder weiß.

Prospekt bei: Anita Pletsch, Gut Neuhof 36, 6301 Leihgestern, Tel.: 06403 / 1651.

Mannheim Buchladen beschmiert

Schaufenster und Eingangstüre des Anderen Buchladens wurden in der Nacht zum 29.4. Opfer rechtsradikaler Schmierereien. Mit Ölfarbe wurden mehrere Hakenkreuze, die Buchstaben NSDAP sowie neofaschistische Parolen angebracht. Der Andere Buchladen vermutet, daß es sich hierbei um eine Art Racheakt für verschiedene antifaschistische Aktivitäten handelt, die von ihm unterstützt wurden (z.B. gegen NPD-Parteitag).

Derzeit befindet sich im Schaufenster des Anderen Buchladens eine Ausstellung der von den Nazis am 10. Mai 1933 verbrannten Dichtern.

Kontakt: Der Andere Buchladen, M 2, 6, 6800 Mannheim 1.

Nürnberg Aktionen gegen RAF-Fahndung

Gegen die Erschießung von Elisabeth von Dyck durch ein Polizei-Sonderkommando richteten sich Aktionen in Nürnberg, zu denen uns ein Flugblatt ohne Absender erreichte. Gleichzeitig waren die Aktionen ein Protest gegen Unternehmer, die RAF-Fahndungsplakate ausgehängt hatten. In dem Flugblatt heißt es u.a.:

Wir haben heute nacht bei zwei tankstellen in der schiersteinerstr. und bei der autovermietung hertz in der burgstr. mit parolen gemalt und die scheiben eingeworfen.
Wir geben diesen miesen denunzianten damit die gelegenheit, ihre haltung zu überprüfen.
Das gleiche haben wir am hallenbad vom kleinfeldchen gemacht, weil es uns stinkt, daß der staatsschutz bis in den freizeitbereich eindringt.

ID Nr. 230: . . . .
231: . . . .
232: . . . .
233: . . . .
234: . . . .
235: Altes und Neues vom Abendgymnasium
250: Neues vom Abendgymnasium
251: Der Schulkampf geht weiter – Neues vom AG
253: Abendgymnasium, . 'IIII. Teil
254: Neues vom AG
256: AG: „Warum ich mich am Streik beteilige"
257: AG: eine Nachtdemonstration
258: Neues vom AG
259: Ein Aufruf der ABendgymnasiasten
262: AG: „Ich sehe keine Gewalt . . . "
265: AG: Lehrer erstattet Anzeige
265: 'AG: Veranstaltung und Demonstration
268: Neues vom AG
269: . . . .
270: . . . .
271: . . . .
272: . . . .
273: . . . .
274: . . . .
275: . . . . . .
276: . . . . .
277: . . . .
278: . . .
279: . .
280: .
281: The Show must go on





AG-VORKURS: THE SHOW MUST GO ON

Von einem Schüler des Abendgymnasiums Frankfurt:

Frankfurt 8. Mai

Vorab möchte ich publik tun, warum ich meine Erlebnisse und Erfahrungen, die ich seit Anfang Februar '79 im Vorkurs des Frankfurter Abendgymnasiums gemacht habe, euch mitteilen will.

Wie vielleicht noch „ältere" ID-Leser wissen (s. ID 235 - 268), haben die Studierenden des AG Frankfurt einen Streik gegen den Abbau des 2. Bildungsweges, speziell gegen die schleichende Schließung des AG Ffm durchgeführt.

Durch ein zufälliges Gespräch (so spielt das Leben) im Kopenhagener Sleep-In letztes Jahr mit einer Frau, die in Frankfurt das AG besucht und nach Gesprächen mit anderen AG-lern, die ich nach meinem Umzug nach Ffm kennenlernte, dachte ich, an dieser Schule könnten meine Vorstellungen, Wünsche, Träume ein wenig Wirklichkeit werden (...naiv?). Nicht nur malochen, am besten gar nicht malochen, das Band unterbrechen, wieder lernen, Sachen die mir wichtig sind: Sprachen, Erfahrungen, Leute. Nach dem 4. Semester Bafög kassieren. Vielleicht Abitur machen.

Erschlagen, nicht alles in meinem Kopf faßbar, lief der Streik am Frankfurter AG vor mir ab. 4-monatiger Schulstreik in einem der streikärmsten Länder Europas, beängstigende Bullenaufmärsche am AG, Leute die ähnliche Vorstellungen haben wie ich. Und dann, nein, keinen Respekt vor diesen eingeschleusten Bullenlehrern.

Doch was ich und meine Mitstudierenden seit Anfang Februar '79 im Vorkurs erleben war meist keine „italienische Arche Noah" sondern „sibirische Verhältnisse" und der alltägliche/allabendliche „normale" Schulterror:

Abtastend, versehen mit neuer Cord-Schultasche zum Umhängen, die ich noch am Vortag gekauft hatte, stand ich mit ca. 80 Leuten am Abend der Einführungsveranstaltung im 4. Stock. Kahler, hoher, langer, grauer Flur mit eingerahmten Bildern an den Wänden. Der Flur kam mir bekannt vor: Arbeitsamt, Sozialamt oder so.

Manche lasen das Flugblatt, das die Studierenden des vorherigen Vorkurses am Eingangstor verteilt hatten. Dann rein in den Saal, es wurden Stundenpläne verteilt, Namen aufgerufen: „Hier" und wer wohin war vorher schon alles festgelegt.

Ein Großteil der Frauen in der einen Klasse, der Rest mit einem Überhang von Männern in den anderen Klassen. Lateiner extra, ein Stockwerk tiefer. Als ein Studierender ansetzte zu erzählen, was er im letzten Vorkurs erlebt hatte, hielt sich ein Lehrer „erschrocken" die Hände vors Gesicht. Schulleiter lächelte souverän. Dann beantwortete er die Fragen: „Das steht so in den Erlassen, das ist so vom Kultusminister vorgegeben" oder: „kommen sie mal in den nächsten Tagen in mein Büro".

In den nächsten Tagen trafen wir uns öfters mit Studierenden des vorherigen Vorkurses nach dem Unterricht in der Kneipe um die Ecke. War richtig nett, wie sie sich bemühten, uns zu erklären, was sie in der Schule erlebt hatten. Welcher Lehrer „in Ordnung ist" und welchen man/frau lieber meiden sollte. Welche Tricks und Winkelzüge Schulleiter und Kultusbürokratie auf Lager haben.

Der Vorhang Schule ging auf, die erste Stunde begann (Französisch):

„Guten Abend, ich heiße . . . , vielleicht könnte jeder von ihnen ein Namensschild anfertigen, damit ich mir die Namen besser behalten kann".

Dann los: „La, Le, Les", männlich weiblich. Nach einigen Stunden war (mußte)) alles klar (sein). Nächstes Kapitel.

Ich war mitten drin, vom Buch auf die Tafel sehen, das gleiche wieder zurück. 45 Minuten lang, 4 mal 45 Minuten allabendlich. An vier Abenden in der Woche. Was nach einigen Tagen in mir hochkam, war einfach Angst, wie ich sie schon im 4. 5. oder 8. Schuljahr erlebt hatte. Der Spruch im Anmeldungsformular: „Der Vorkurs ist als Phase der E i n g e w ö h n u n g in schulischen Arbeitsformen zu verstehen" traf wie die Faust aufs Auge zu. Wir sollen gewöhnt werden an schriftliche Klassenarbeiten (gab es bis Juni 78 im Vorkurs nicht). Gewöhnt werden sollen wir an regelmäßige Teilnahme, das heißt, daß Leute, die den Lehrstoff schon kannten, sich wie „Sitzfleischschüler" vorkommen. Gewöhnen sollen wir uns nach acht Stunden Arbeit konzentriert-ruhig alles in der Schule über uns ergehen zu lassen. Unseren Bekanntschafts-, Freundschaftskreis oder Familien,leben' sollen wir lernen zu stutzen.

Aufgrund des Hausverbotes und der räumlichen Entfernung (Das AG ist auf verschiedene Schulen verteilt) zu den „älteren" Semestern saßen wir erstmal ziemlich hilflos herum und sahen unsere Vorstellungen wegschwimmen.
Nicht im Unterricht auffallen, die schriftlichen Arbeiten „gut" schreiben („erfolgreicher Besuch" ist die Eintrittskarte in den Hauptkurs), „Lernschwächen" am Wochenende ausbügeln — meist alleine —. Nach einigen Wochen lichteten sich die Reihen: „Weißt du, wo der . . . ist? "
Die Weigerung der Hälfte der Klasse eine Arbeit nicht zu schreiben brach unter dem diskreten Hinweis: „ . . . dann muß ich ihnen leider eine 6 geben" zusammen.
Nach der Schule ging man nach Hause, in den überfüllten „Größenwahn" oder in die Kneipe um die Ecke, redete, trank und hörte Abba oder Boney M. als Geräuschkulisse im Hintergrund.
Doch so tief man/frau sich fühlt, so tief fällt man/frau. Eine wichtige Sache für mich war, einen „persönlichen Bezug" zu den Leuten zu finden, die neben mir oder im gegenüberliegenden Klassenzimmer sitzen. Nach der Schule einen gemeinsam „durchziehen", Spaghetti essen, Feten feiern, ein wenig Angst verlieren nicht bloß vor den Lehrern sondern auch vor den Mitschülern. Auch zu den Diplomatenkofferträgern, die ihre nächsten zehn Jahre schon mit Studium oder weiß der Teufel was im Terminkalender eingetragen haben. Doch mit der „persönlichen Ebene" ist das manchmal so eine Sache. Beispiel: Wir gehen zu zweit nach Schulschluß die Treppe runter, ich sage: „Gestern war in der Klasse ein ganz schöner Galgenhumor, nicht wahr? "
Antwort: „Ich suche eine 3 1/2 Zimmerwohnung".



„WAS DER DIENSTVORGESETZTE SAGT, IST ‚RECHT'"

FRANKFURT 12. April *Ein Begleiter an den Auseinandersetzungen am Frankfurter Abendgymnasium schreibt uber den außer-, uber-, nebenrechtlichen Schulalltag:*

Die folgenden Thesen, leicht verändert, sollten auf der Veranstaltung der Russell-Gruppe Frankfurt zum Abendgymnasium vorgetragen werden, konnten aber wegen der Festnahme von Studierenden nicht verlesen werden.

Thesen zum rechtsstaatlichen Verständnis der Schulverwaltung vom Schulleiter aufwärts (aber auch Lehrer)

Vorweg: Es wird ausdrucklich nicht auf die Charakterisierung des Dienst- und Beamtenrechts bzw. Schulrechts politisch eingegangen, sondern diese Rechtsformen als gegeben vorausgesetzt.

Die Thesen sind Resultate eines Erfahrungsprozesses am Abendgymnasium, der bestimmt ist auch durch einen von aussen erzwungenen Vorgang der Personalvertretung. Mit der Häufung und der Verschärfung der Angriffe geriet das Kollegium immer stärker in eine rein defensive Haltung, die ihren Ausdruck in einem angestrengten Legalismus gefunden hat. Im Vollzug des Studiums von Gesetzen, Vorschriften, Erlassen und Verfugungen und der Anwendung seiner Resultate in juristischen und halbjuristischen Schritten hat sich gezeigt, daß der Legalismus durchaus als eine gefährliche und subversive Haltung von der Dienstaufsicht begriffen wird. (Da klagt z.B. ein Schulleiter, der Personalrat schöpfe seine Rechte voll aus, und bringt dies in Zusammenhang mit dem Begriff „Sabotage". Bericht an die Dienstaufsicht vom 11.12.78)

Das Rechtsstaatsverständnis der Schulverwaltung und vielfach der Lehrer ist bestimmt durch eine spezifische Verkurzung bestehender Rechtsverhältnisse. Vereinfacht heißt rechtsstaatlich fur die Schule schulrechtsstaatlich, d.h. konkret: **Was der Dienstvorgesetzte sagt, ist „Recht".** Eine Uberprufung von Erlassen, Verfugungen, Rechtsvorschriften auf ihre Rechtmäßigkeit unterbleibt innerhalb dieses Denkens wie selbstverständlich. Die Anrufung eines ordentlichen Gerichts wird im Regelfall gar nicht erwogen, so daß sich im Laufe der Zeit eine Situation innerhalb der Schule herausgebildet hat, in der sich der bestehende Staat abspiegelt in der Form eines absolutistischen Staats im Staate. Der Lehrer ist als rechtliches Subjekt „Burger" innerhalb des Schulbetriebs nicht vorhanden.

Beispiele hierfur haben sich ergeben z.B. darin, daß ein Schulleiter vollständig konfus, hilflos und letztlich servil reagiert, wenn ein Anwalt in die hermetische Sphäre des Dienstes tritt. Beispiel ist das irritierende Ungeschick des Amtsjuristen vor Gericht. Beispiel ist, daß sich die Schulleitungen nicht in der Lage sahen, zu erkennen, bzw. zu akzeptieren, daß Beschlusse des Arbeitsgerichts uber die ihres Dienstherrn gingen. Beispiel sind Strafmaßnahmen von Schulleitern, wie z.B. die faktische Verweigerung von BAFög gegenuber Studierenden, und ihre völlige Fassungslosigkeit, wenn daraufhin die Studierenden eine Klage avisieren. **Die Gewohnheit nicht rechtmäßiger Verfahren läßt in diesem Denken ganz selbstverständlich den, der seine Rechte wahrnimmt, als sich außerhalb der „Normen unseres Rechtsstaats bewegend" erscheinen.** Die Normen des Rechtsstaats verkummern zu den Normen des Schulbetriebs. Gewohnheitsnormen.

Das burgerliche Recht dringt in die Schulen lediglich in Form von Gesetzesauslegungen und -verfugungen von oben ein. Als Waffe gegen die zum Teil hahnebuchenen Vorschriften und Erlasse, Verfugungen und Weisungen wird es weder erkannt noch angewandt. Hierfur ist die enorme Abhängigkeit aller am Schul-

betrieb beteiligten verantwortlich. Der Beamte wehrt sich nicht mit den Mitteln des Rechts, weil er — zu recht — vermutet, es schade ihm. Das gleiche gilt fur Schuler, Eltern, Personalräte, Elternvertreter. Wer Prozesse aus der „Schulgemeinde" nach außen trägt, uns sei es in die Gerichte, hat gewissermaßen die „Gemeinde" bereits verlassen und wird auch so behandelt. So ist das „öffentliche Schulwesen" wesentlich nicht-öffentlich. Das so gewachsene Desinteresse der am Schulbetrieb Beteiligten an rechtlichem Schutz (in welch geringem Ausmaß er auch tatsächlich gegeben sein mag) wird gegen die Desinteressierten gewendet. Fast jeder Schulleiter schwadroniert anhaltend von „Schweigepflicht", die pruft man sie, rechtlich nur in sehr geringem Ausmaße verpflichtend ist, und droht mit innerdienstlichen Strafen.

Weit uber die allerdings gravierenden Einschränkungen des Dienstrechtes und des Beamtenrechts wirken die schein-rechtlichen tatsächlichen Verhältnisse knebelnd. Die höchst eingeschränkte Schweigepflicht des Beamten wird dazu genutzt, sozusagen im Rechtsbewußtsein der Schulwirklichkeit durch Schulleiter und Schulaufsicht die Meinungsfreiheit (z.B. im Falle von Leserbriefen) generell einzuschränken. Die Verpflichtung des Beamten zur „Treue", erfährt seine jeweilige Variante in den Schulleitern, die meinen, man sei ihrer Person gegenuber zur Treue verpflichtet. Die Pflicht des Personalrats zu „vertrauensvollen Zusammenarbeit" wird vielfach verstanden als die gewissermaßen rechtliche Verpflichtung, den Schulleitern in den Arsch zu kriechen.

Es ist davon auszugehen, daß der Mehrheit der Lehrer z.B. die ihnen zur Verfugung stehenden personalvertretungsrechtlichen, verwaltungsrechtlichen und dienstrechtlichen Möglichkeiten gar nicht kennt. Dem entspricht, daß meines Wissens keine Lehrerausbildung an Universität und Studienseminar z.B. Kurse zum HPVG (Hessisches Personalvertretungsgesetz) durchgefuhrt werden. Dem entspricht das Verhalten der Dienstaufsicht, die fast durchgängig auf Rechtsmittelbelehrungen verzichtet. Das rechtlich auch fur den Schulbereich bestehende theoretische Konstrukt der Gewaltenteilung und damit der gerichtlichen Uberprufbarkeit von Verwaltungsmaßnahmen ist faktisch außer Kraft gesetzt. Die Amtsjuristen entscheiden bei Bedenken, die vorgetragen werden, was rechtens ist. Kein einziges Mal ist mir ein Hinweis bekannt geworden, der auf außerdienstliche Wege der Uberprufung von Verwaltungsmaßnahmen auf dem Rechtswege hinwies. Der Rechtsweg ist innerdienstlich verkurzt. **Der Dienstherr entscheidet qua Amtsjurist, ob der Dienstherr Recht hat.** Was herauskommt ist klar. Dienstaufsichtsbeschwerden erfahren mit Recht das Verdikt: Formlos, Fristlos, Fruchtlos, denn die Burokratie entscheidet ja uber den Beschwerden gegen sich selbst.

Die Schule als Einheit und die Schulverwaltung als Einheit bildet so fur die in ihr befangenen Subjekte eine Art „Staat im Staat". Mit dem Eintritt ins Schulgebäude verzichtet man automatisch auf einen großen Teil der zustehenden Rechte, nicht weil diese nicht fortbestunden, sondern weil die Gewalt der Institution und die ihrer Hermetik das selbstverständlich erscheinen läßt. Schulen besitzen Schulrechtssammlungen, keiner der mir bekannten einen Kommentar, der Lehrern zugänglich wäre. Eine Urteilssammlung oder einen Kommentar zu Personalvertretungsgesetz zu erlangen, stößt auf nahezu unuberwindliche Preise und Schwierigkeiten. Juristische Fachbuchhandlungen teilen regelmäßig mit, dergleichen gäbe es nicht, was nur heißt, es wird nicht verlangt. **Der Amtsjurist nimmt gewissermaßen die Stelle der Dritten Gewalt ein. (und benimmt sich auch so)** Daß er Partei ist, bleibt zwar in Scherzen der Lehrer bewußt, nicht aber in Form von Aktivitäten gegen die Rechtsauslegung dieser Partei. Die Entscheidungen des Amtsjuristen werden auch deshalb gewissermaßen unhinterfragtes, innerschulisches Gesetz, weil z.B. wenn ein Personalrat sich auf eine erstrittenes Gerichtsurteil bezieht, der Amtsjurist nicht etwa die rechtliche Lage pruft, sondern er pruft die Lage (nicht zuletzt seine eigene) innerhalb der Burokratie, indem er sich dadurch absichert, daß er den vorgesetzten Amtsjuristen berfragt. Als Recht wird dann verkundet, was allein darauf sich grundet, was innerburokratisch opportun erscheint. Erfrischend offen antwortete der Amtsjurist auf die Frage, ob er eine Vorgehensweise fur rechtens hielte: Nein, aber ich habe auch nicht Recht zu sprechen, sondern die Interessen des Dienstherrn zu vertreten.

Das Bewußtsein, daß Lehrer und Dienstaufsicht in bestimmten Fragen gegnerische Parteien sind, äußert sich eher darin, daß Lehrer diejenigen zu Personalräten wählen, die der Dienstaufsicht am nächsten stehen, von denen man sich erfolgreiche Mauschelei verspricht, als darin, daß rechtlich bewanderte Interessenvertreter zu Personalräten gewählt werden, die ihrerseits parteilich vorgehen.

Dies spiegelt sich im öffentlichen Bewußtsein wider. Der Betriebsrat ist dort eine bekannte Institution, während es weithin nicht bekannt ist, daß es einen Personalrat in den Schulen überhaupt gibt. Daß es eine Art Betriebsverfassungsgesetz auch fur Schulen gibt, weiß kaum jemand. Ein „Betriebsverfassungsgesetz" wird auch weitgehend fur unnötig gehalten, weil gewissermaßen vorausgesetzt wird, daß die staatliche Verwaltung rechtmäßig handelt. Diese Voraussetzung geht auch in die Bestimmung der gesetzlich zur Verfugung stehenden Rechtsmittel gegen staatliche Verwaltungsmaßnahmen ein. Den Verwaltungsgerichten bleibt bei Verstößen der Exekutive gegen rechtliche Normen substanziell lediglich der Appell, sich doch an Rechte zu halten. Tut z.B. der Hessische Kultusminister das nicht (wie im Falle der Aussperrung der Studierenden am AG) ist die dritte Gewalt mit ihrem Latein am Ende: Zwangsmittel sind nur symbolisch (bis 2000,— DM) vorgesehen. Das wissend tönte der Hessische Kultusminister im Falle AG: Ich werde versetzen auch gegen die Gerichte!

Die Schule als „pädagogische Anstalt", als „Staat im Staate", lebt davon, in sich hermetisch zu sein. Die öffentliche Kontrolle derer, die nicht am Konsens der „Schulgemeinde" beteiligt sind, darf auf keinen Fall eindringen. Zuviel ist zu verbergen. Zu den genannten Mechanismen, die die Hermetik, wenn auch mit immer größeren Schwierigkeiten, garantieren, gehört auch diejenige „erzieherische" Ideologie, daß Objekt der Erziehung sei gewissermaßen eine unfertige Person, der daher auch nur unfertige Rechte zuzubilligen seien. In dem Maße, in dem das Objekt der Erziehung noch nicht fertig ist, ist es dem besonderen Gewaltverhältnis der Erziehungsinstitutionen unterworfen. Dem entspricht auf der Seite der Lehrer, das im wesentlichen fehlende Bewußtsein, Lohnarbeiter zu sein. Dieses Bewußtsein wird ebenfalls durch die Erzieher-Ideologie wirkungsvoll behindert, denn die Rechtlosigkeit der Zu-Erziehenden färbt auf die Erzieher ab.

Gerade das Fehlen der „Erziehungsaufgabe" im ideologischen Sinne der Herstellung einer noch nicht vorhandenen vollwertigen Person in der Erwachsenenbildung hat sicherlich zur Verschärfung unseres Bewußtseins gegenuber der geschilderten Problematik gefuhrt. Der Aberwitz der Pädagogik der Kinderschule, der Aberwitz ihrer Wirklichkeit wird in der Erwachsenenbildung brennend evident.



Das Bemuhen, und viele Muhe macht es den Burokraten nicht, gerade diejenigen, die auf Rechte pochen, als Rechtsbrecher auszugrenzen, hat bezuglich des Abendgymnasiums faschistoide Bewußtseinsformen deutlich gemacht. In dem Maße, in dem eine Ausgrenzungs- und Rufmord-Kampagne auch der Behörde erfolgreich war, in dem Maße wurden bestehende Rechte des Personalrats und der Konferenzen der Lehrer genommen. Dies ausdrucklich nicht im Bewußtsein des Rechtsbruchs, sondern im Bewußtsein, daß allgemeine Vorschriften nicht fur den „Sonderfall" gelten: „Ich weiß nicht, ob das Hessische Personalvertretungsgesetz die geeignete Plattform ist, um die höchstpolitischen Entscheidungen des Kultusministers einzuschränken," formulierte der Amtsjurist vor dem Verwaltungsgericht. Unter dem Hinweis, es handele sich um „politische" Entscheidungen, wurden wie selbstverständlich Rechte verletzt. Wo auch dies nicht reibungslos zu vollziehen war, schuf man rasch — die Terroristengesetze waren unbewußtes Beispiel — neue Verordnungen. Staatssekretär V. im Löwenthal-Magazin: „*Gegen vier Schuler laufen Relegationsverfahren wegen der Vorfälle. Wir haben dabei festgestellt, daß die Verordnung uber Ordnungsmittel an Schulen die Kooperationsbereitschaft des Kollegiums voraussetzt, das hat hier nicht funktioniert, deshalb ist sie geändert worden und erlaubt den direkten Durchgriff der Schulaufsicht.*" Kooperativ fuktionieren hieß hier, das Kollegium hatte gefälligst dem Wunsch der Behörde auf Rausschmiß zu befolgen. Die relative Selbstständigkeit, die rechtlich fur die Gesamtkonferenz als höchstem Entscheidungsgremium der Schule gegeben ist, besteht nur solange Konformität mit der Meinung des Dienstherrn Selbstverständlichkeit bleibt.

Und schließlich setzte man die Richter wohl deutlich unter Druck, nun doch zu verhindern, daß anhaltend Schuler und Lehrer Recht gegenuber den Maßnahmen des Dienstherrn durch die Gerichte erhielten. Anders läßt es sich nicht erklären, daß der Hessische Verwaltungsgerichtshof nicht nur in fur ihn ungewöhnlicher Geschwindigkeit in einer bereits faktisch erledigten Angelegenheit ein Revisionsurteil fällte, daß ein Urteil des Frankfurter Verwaltungsgericht im Sinne der Studierendeninteressen aufhob, sondern der VGH setzte den Streitwert des Verfahrens von 2000,— DM auf 167000,— DM hoch, wodurch den Studierenden Anwaltskosten von ca. 12000,— DM entstehen. Ihnen soll ein fur allemal klar gemacht werden, daß sie das Klagen gegenuber dem Dienstherrn sein zu lassen haben.

Winnie the Pu, Lehrer am Abendgymnasium Frankfurt am Main.

EIN LEBENSZEICHEN AUS DER (EHEMALIGEN) "METROPOLE DES OBERSCHWÄBISCHEN WIDERSTANDES"

Bad Schussenried
Ilm Mai 79

Nun Leute, hier melden sich mal wieder - exklusiv für den ID - die ständigen Korrespondenten aus dem 6.000-Einwohner-Städtchen Bad Schussenried, das vor einem guten Jahr für eine fast wöchentliche Kolumne in dieser Postille gut war, weil dortselbst ein regelrechter Kampf gegen die Schließung des selbstverwalteten JUZE tobte - mit DEMO, Sit-in auf der Hauptstraße zu bester Verkehrszeit und einer eigenen Dorf-Guerilla, der „Bewegung 2. Mai" (Datum der JUZE-Schließung!). Beim Alternativzeitungstreffen in Freiburg über Ostern mußte einer unserer Korrespondenten (der Ralph vom MOTZER) mitanhören, daß in der Frankfurter Scene Gerüchte kursieren, denen zufolge die ganzen Schussenrieder Geschichten allesamt ausgemachte Zeitungsenten der ID-Hauptzentrale gewesen seien (eine Ungeheuerlichkeit, der Composerer). Das hat uns Kleinstädter bis in's Mark getroffen, unseren Provinz-Stolz verletzt. Denen in Frankfurt (und nicht nur denen) werden wir's aber zeigen. Also spitzten wir unsere Stifte und machten uns dran, an der Legende von Schussenried weiterzustricken.

Obwohl in Bad Schussenried (für die Leute, die uns partout auf der Landkarte orten wollen: Schussenried liegt auf ungefähr halber Strecke an der Bahnlinie zwischen Ulm/Donau und Friedrichshafen /Bodensee) inzwischen rein äußerlich längst der Alltag eingekehrt ist, ist doch (fast) alles anders als vorher. Die Geschichten um das selbstverwaltete JUZE haben viele junge Leute am Ort politisiert, was bis heute anhält und z.B. auch dafür sorgt, daß Studenten, die sich sonst gern und schnell aus dem Kleinstadt-Milieu verdrücken, der örtlichen Szene auch nach Studienbeginn überwiegend erhalten bleiben.

Aus der einseitigen JUZE-Szene ist die seit 19 Monaten erscheinende Alternativzeitung MOTZER hervorgegangen, die inzwischen längst zu einer regionalen Leserzeitung für den Raum Bodensee - Allgäu - Oberschwaben - Schwäbi sche Alb geworden ist. Angefangen hat der MOTZER in Bad Schussenried mit einer verkauften Auflage von 70 Exemplaren, bei der nächsten Nummer, der 45., werden's schon weit über 1.500 Exemplare sein.

Der Schussenrieder JUZE-Kampf war für unsere Gegend so etwas wie ein exemplarischers Beispiel von organisiertem Widerstand, regionaler Solidarität und Spontaneität. Das Bedürfnis nach verstärter Zusammenarbeit und Kommunikation gerade in der Provinz, wo kleine und kleinste Initiativen und Projekte im Radius von mehr als 100 km normalerweise total isoliert liegen, drückt sich auch und gerade im der Entwicklung des MOTZER aus, der mit und aus der Schussenrieder JUZE-Schließung bekannt wurde. So können wir ein Jahr nach der Schließung festhalten, daß sich die politischen Impulse, die vom damaligen regionalen Widerstand ausgingen, bis heute erhalten und eher noch verstärkt haben. Der Zusammenhalt in unserer Region hat zugenommen. (Daß sich auch im Bad Schussenried selber was getan hat, erfahrt ihr gegen Ende dieses Berichtes!)

So, das war jetzt die übliche „Einschätzung" der Lage und die „Einordnung im einen Gesamtzusammenhang". Und jetzt kommen noch so ein paar lokale Meldungen:

1. Unser verehrter Schussenrieder Bürgermeister Hubert Kohler (Choleriker) fühlt sich beleidigt, verleumdet und sonst auch noch was, weshalb er die Ravensburger Staatsanwaltschaft bemühte, die jetzt seit Monaten gegen insgesamt 7 Menschen vom MOTZER ermittelt. Corpus delicti ist vor allem der nachfolgende Artikel, der im 28. MOTZER erschien:

Stimmt das, Herr Bürgermeister?

BAD SCHUSSENRIED. Unerhörtes verbreiteten in der vergangenen Woche böse Zungen über unseren verehrten Hubert Kohler. Jedem, der es hören wollte, erzählten sie, daß der BM vor wenigen Wochen "angeheitert" in den SIEBA SCHWOBA KELLER getorkelt und daraufhin von der neuen Wirtin, die was gegen alkoholisierte Gäste hat, sofort aus dem Lokal verwiesen worden sei. Welch eine Schmach für den ansonsten überall gern gesehenen Gast!

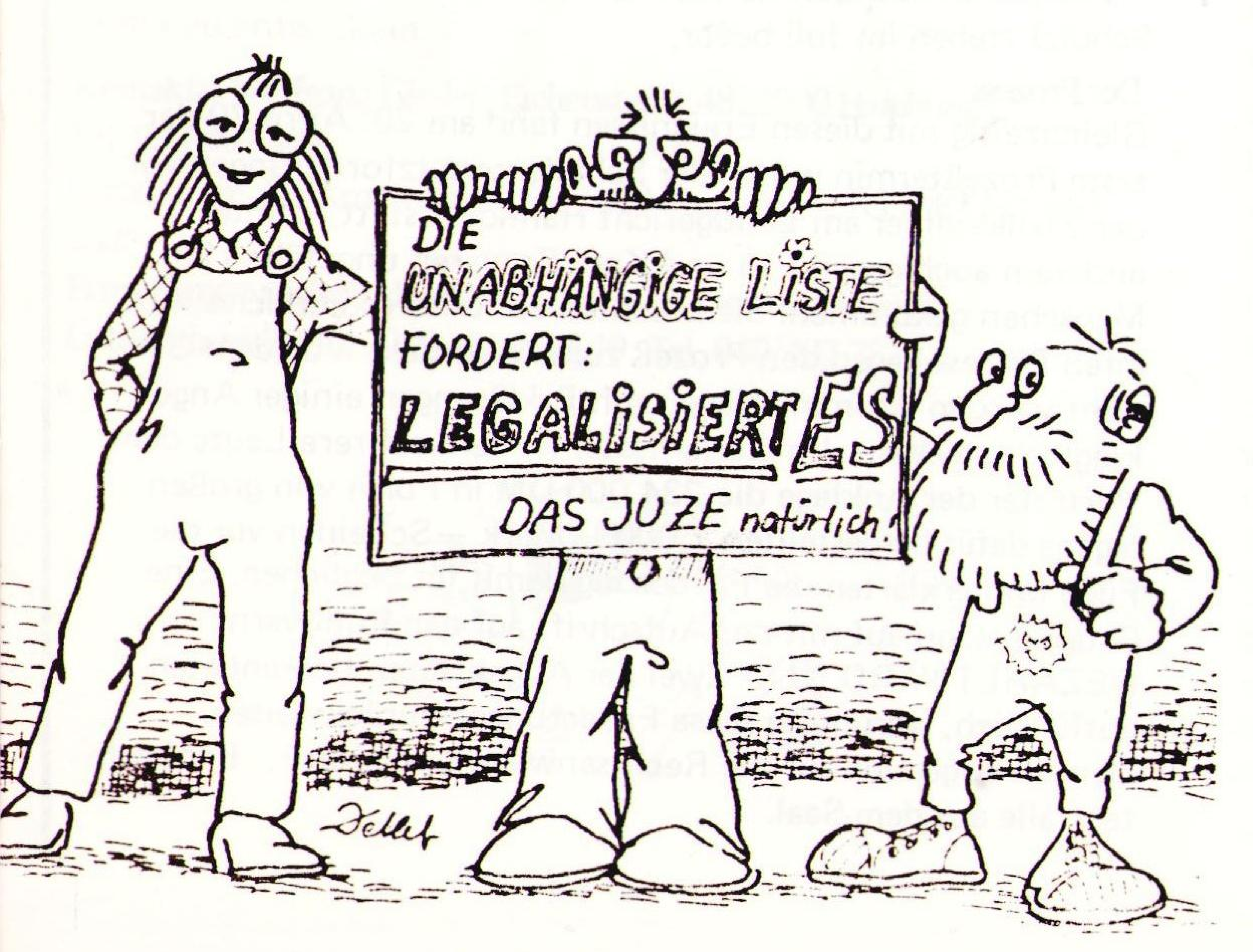
Wir MOTZER fordern den Herrn BM Kohler auf, diesen unglaublichen Sachverhalt schnellstens aufzuklären. Denn entweder ist alles erstunken und erlogen, um den BM in Mißkredit zu bringen, oder den neuen Wirtsleuten muß erstmal beigebracht werden, daß auch einem alkoholisierten Bürgermeister der gebührende Respekt nicht zu versagen ist. WOHL BEKOMM'S!



NA SOWAS! DIE BALLONS SEHEN JA DEM HERRN BÜRGERMEISTER ÄHNLICH!

2. Weil sich Sachbeschädigungen (innerhalb von 2 Monaten allein für 15.000 DM zerstochene Autoreifen) und andere ziellose Frust-Aktionen von Jugendlichen häuften, die seit einem Jahr kein JUZE mehr haben, wurden auch in Schussenried verstäkt Mittel für die „grüne Therapie" bereitgestellt. Der Personalbestand beim Ortspolizeiposten wurde auf 6 Bullen aufgestockt, so daß seit einigen Monaten auch nachts Streife gefahren wird. Auf die Idee, daß ein JUZE einzurichten weit sinnvoller und weniger kostspielig wäre, kommen die Verantwortlichen natürlich nicht.

Ein Scheißnebeneffekt der JUZE-Schließung ist auch, daß sich in manchen privaten Zirkeln, die früher wenigstens noch ein bißchen in's JUZE einbezogen waren und damit zwangsläufig Kontakte mit Leuten aus anderen Sozialzusammenhängen hatten, verstärkt eine harte Drogenszene ausgebildet hat. Da hängen inzwischen einige, auch sehr junge Leute , an der Spritze oder werfen sich manchen Wahnsinnsschiß ein. Die Entwicklung finden wir zum Kotzen, weil wir ihr fast ohnmächtig gegenüberstehen.
Auf einem ganz anderen Blatt steht natürlcih, daß der MOTZER die „Legalisiert Cannabis Kampagne" schon Ende Februar vor dem bundesdeutschen Start aufgegriffen hat. Auch in der Provinz rauchen die Schornsteine, äh Pfeiffchen!



3. Und dann ist da natürlich noch von der Wahlfront zu berichten.
BAD SCHUSSENRIED PRESENTS: ALTERN-Ⓐ-TIEFe LISTE IN THE PROVINZ

Also Leute, damit ist jetzt wohl schon angedeutet, daß es auch in der Provinz Leute gibt, die auf den parlamentarischen Trip abfahren. Und es gab tatsächlich auch hier Diskussionen darüber, ob wir uns an der Kommunalwahl im Oktober dieses Jahres mir unserer sogenannten „UNABHÄNGIGEN LISTE" beteiligen sollen oder nicht.

Für eine Wahlbeteiligung sprach mehr:

1. Die UNABHÄNGIGE LISTE ist Ausdruck der lokalen Oppositionsbewegung, die aus dem Umfeld des JUZE entstanden ist und heute schon über den Jugendsektor hinausreicht. Sie hat also eine Basis und ist nicht aufgesetzt.

2. In unserem 6.000 – Einwohner-Städtchen, wo jeder fast noch jeden kennt, läßt sich durch ein oder zwei alternative Mandatsträger im 22-köpfigen Gemeinderat die „außerparlamentarische Opposition" schon recht wirksam einbringen. Solche Vertreter können Sprachrohr unserer Bewegung im Gemeindeparlament sein und gleichzeitig als Informationsträger fungieren, die auch und gerade aus nichtöffentlichen Ratssitzungen Infos rausbringen. Außerdem ist die Rückkoppelung zur vielbeschworenen Basis in der Kleinstadt praktisch immer möglich, weil man diese „Basis" in den Kneipen, auf der Straße oder beim Einkaufen trifft. Und natürlich ist auch die Vorstellung verlockend, die reaktionäre örtliche Honoratioren-Mafia in den Ratssitzungen mal ordentlich zu nerven.(Zur Charakterisierung unseres Verhältnisses zum Parlamentarismus auf höherer, als kommunaler Ebene: Für die Europa-Wahlen am 10. Juni rufen wir regional im MOTZER zu einem Wahlboykott auf. Die Leute, die sich beteiligen wollen, sollen ihre Wahlbenachrichtigungskarten an die Redaktionsanschrift schicken, damit diese Dinger dann unter staatstragenden Gejohle in der oberschwäbischen Metropole Ravensburg öffentlich am Wahltag verbrannt werden können.)

3. Mit einer Kandidatur glauben wir der Gefahr vorbeugen zu können, langsam aber sicher ein linkes Ghetto in unserer Kleinstadt zu werden und dann ein Scene-Dasein zu fristen, das uns die undogmatische Metropolen-Linke abschreckend vorlebt. Wir wollen keinen Rückzug in die linke Isolation! Unsere Chancen, zumindest ein Mandat zu erringen, stehen nicht schlecht. Dafür bräuchten wir mindestens 6% der Stimmen. Zur Zeit sammeln wir Unterschriften unter der Bevölkerung, um den Gemeinderat zur Einberufung einer Bürgerversammlung vor der Wahl zu zwingen, bei der vor allem über die drohende Stadtsanierung diskutiert werden soll. Obwohl Stadtverwaltung und die Allparteienkoalition Gemeinderat (CDU, Freie Wählervereinigung, SPD) die Leute massiv zum Nichtunterzeichnen auffordern, „weil es alter Schussenrieder Gepflogenheit widerspricht, vor den Gemeinderatswahlen eine Bürgerversammlung abzuhalten", haben binnen zehn Tagen bereits knapp 300 Menschen (etwa zur Hälfte Leute zwischen 35 und 80) unseren Antrag unterschrieben. Das sind schon über 6% der Wahlberechtigten. Um den Gemeinderat zur Einberufung einer Bürgerversammlung zu zwingen, müssen wir nach der baden-württembergischen Gemeindeordnung mindestens 10% der Wahlberechtigten für unseren Antrag gewinnen.
Wir sind guten Mutes!

NEUE WÄHLERGRUPPEN WERDEN ERSCHLOSSEN

4. *Damit langt's wohl mal wieder, liebe(r) ID-Leser(in). Also naochmals: Bad Schussenried ist keine ID-Ente, die den Hirnen in der Hamburger Allee 45 in Krankfurt entsprungen ist. Wir sind ein real existierendes Provinz-Kaff! Unsere lieben Grüße gelten allen netten und lieben Menschen, die igendwo im Lande diese Provinzreportage lesen und darüber plötzlich ihre Polit-Depressionen vergessen und euphorische vom Leben in der Provinz träumen.*

Die Schussenrieder Basiskorrespondenten
c/o MOTZER' W.–Schussen-Str.66, 7953 Bad Schussenried

SCHADENSERSATZPROZESS GEGEN GROHNDE-VERURTEILTE

Hamburg/Hannover 9. Mai

Unter der Überschrift:
KOMMT AM 31. MAI NACH HANNOVER UND BRINGT EUREN PROTEST GEGEN DIE SCHADENSERSATZFORDERUNGEN GEGEN AKW-GEGNER AM ORT DER GERICHTSVERHANDLUNG ZUM AUSDRUCK – JEDE(R) WIE ER/SIE WILL!
erklären die Betroffenen:

Vorgeschichte

Am 19. März 1977 haben etwa 20.000 Atomenergiegegner versucht, das Baugelände des dortigen Atomkraftwerkes bei Grohnde zu besetzen. Sie wollten so gemeinsam den Weiterbau dieser Atomanlage praktisch verhindern. Alle Erfahrungen in den vorangegangenen Auseinandersetzungen um Atomanlagen hatten gezeigt, daß diese Form des praktischen Widerstands nötig ist, um den Bau und Betrieb dieser lebensbedrohenden Anlagen zu verhindern oder wenigstens aufzuhalten. Als der Bauzaun an mehreren Stellen durchbrochen war, begann ein brutaler Polizeieinsatz. Dabei wurden etwa 120 Menschen vorübergehend festgenommen. Gegen 26 von ihnen wurden Ermittlungsverfahren wegen Widerstands gegen die Staatgewalt, Körperverletzung und Landfriedensbruch eingeleitet. Gegen 14 von ihnen wurden Prozesse in Hannover und Hameln eröffnet. Fünf wurden zu ca. einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt, drei zu ca. einem Jahr (auf drei Jahre zur Bewährung), drei zu Geldstrafen oder Arresten und drei wurden freigesprochen. Ungefähr eineinhalb Jahre nach der Demonstration wurden 18 Demonstranten, darunter 11 der schon Angeklagten von der Bezirksregierung Hannover zur Zahlung von 23.000 DM als Ersatz für den der Polizei bei diesem Einsatz entstandenen Schaden aufgefordert und verklagt.

Es droht der Knast

Anfang April 1979 sollte als erster der in Hannover verurteilte AKW-Gegner Helmut (Eso) Oldefest die Gefängnisstrafe in Hamburg antreten, stattdessen besetzten er und viele andere die Petri-Kirche in Hamburg und schützten ihn so davor, ins Gefängnis gehen zu müssen. Nach einer Woche wurde Haftbefehl gegen Eso erlassen. Damit war ein Schutz in der Kirche nicht mehr gewährleistet. Es blieb keine andere Möglichkeit für ihn, als ins Ausland zu fliehen und dort um politisches Asyl zu ersuchen. Zusammen mit Eso ist Karl Winter nach Holland gegangen, der ebenfalls wegen der Grohndedemonstration demnächst mit der Aufforderung zum Gefängnisantritt zu rechnen hatte. Beide wurden von vielen AKW-Gegnern in der BRD und im Ausland bei ihrem Vorgehen unterstützt – durch Beteiligung an der Organisation der Flucht, Geldspenden, öffentliche Erklärungen usw. Weitere Strafantritte für Andreas Hanke, Christian Gehrke (und den im Ausland inhaftierten Gerd Schulz) stehen im Juli bevor.

Der Prozess

Gleichzeitig mit diesen Ereignissen fand am 26. April 79 der erste Prozeßtermin wegen der Schadensersatzforderungen vor der Zivilkammer am Landgericht Hannover statt – unter anderem auch gegen Eso und Karl. Es waren ungefähr 120 Menschen gekommen. Sie brachten auf unterschiedliche Art ihren Protest gegen den Prozeß zum Ausdruck: Vor dem Gericht wurden Atommüllfässer mit Erklärungen einiger Angeklagter aufgebaut. Im Gerichtssaal warfen mehrere Leute dem Vertreter der Anklage die 234.000 DM in Form von großen eigens dafür hergestellten 1.000 – Mark – Scheinen vor die Füße und erklärten die Forderung damit für beglichen. Eine Gruppe stand auf mit der Aufschrift auf den Pullovern: GEZAHLT WIRD NIX! Zwei der Angeklagten begründeten ausführlich, warum sie diese Forderungen zurückweisen. Danach zogen bis auf die Rechtsanwälte und einige Beobachter alle aus dem Saal.

Drei der 18 Angeklagten werden sich nicht juristisch verteidigen (Vergleiche eine entsprechende Erklärung dazu): Bernd Löwe, Helmut Oldefest und Wolfgang Gischler. Sie haben keine Rechtsanwälte genommen wie es vor dem Landgericht Pflicht ist. Sie sind der Meinung, daß sie mit öffentlichen nicht-juristischen Protest — auch im Gerichtssaal — mehr erreichen können als durch juristische Argumentation. Sie sehen in ihrem Vorgehen keinen Widerspruch dazu, daß die übrigen 15 andere Vorstellungen davon haben, wie sie sich verteidigen wollen. Rechtlich kann das bedeuten, daß gegen diese drei beim nächsten Prozeßtermin — am 31.Mai — ein Versäumnisurteil über die gesamte Summe ergeht — wenn sich das Gericht nicht durch breiten öffentlichen Protest in der Zwischenzeit dazu gezwungen sieht, kein solches Urteil auszusprechen oder die Verkündung weiter hinausschiebt.

Wir fordern daher alle Leute auf, * zu diesen Schadensersatzforderungen und den Prozessen öffentlich Interesse, Rundfunk, Fernsehen, Veranstaltungen, Treffen, Parteitagen usw. Erklärungen, Resolutionen, Unterschriftenlisten abzugeben oder zu verfassen oder . . . und uns zuzuschicken wenns geht.

* Am 31. Mai, 11.00 Uhr, nach Hannover zum Landgericht, Wolgersweg 65, (Treffpunkt gegen 10 Uhr am Raschplatzpavillon) zu kommen und dort auf vielfältige Weise ihren Protest gegen diese Schadensersatzforderungen und -prozesse und gegen die Kriminalisierung überhaupt zum Ausdruck zu bringen.

*Heiter zu bleiben und weiter zu machen.

Wir meinen, daß diese direkte Konfrontation mit den Gerichten — öffentlich und ohne juristische Spitzfindigkeiten — eine Möglichkeit ist, um die Entschiedenheit in unserem Vorgehen deutlich zu machen und damit Gerichte und Politiker unter Druck zu setzen.

Wir messen diesem Prozeß eine Schlüsselrolle zu, da weitere Schadensersatzforderungen gegen AKW-Gegner bestehen oder bevorstehen:

- 113.000 DM gegen 21 von uns aus dem Anti-Atomdorf in Grohnde nach der Räumung durch die Polizei im August 77
- 212,000 DM gegen 200 Bewohner des Anti-Atomdorfes in Grohnde durch die Polizei im September 77
- 350. 000 DM gegen Jens Seer/Ulli Lenzel wegen der Brokdorf Demonstration vom 13.11.76 (Schäden am Bauzaun)
- eventuell 650.000 DM gegen Grohnde Demonstranten wegen der Schäden am Bauzaun in Grohnde am 19.3.77

Für wichtiger als die Prozesse halten wir jedoch nach wie vor den Widerstand gegen Atomanlagen in allen seinen Formen weiter zu entwickeln.

Kontakte: Wolfgang Giesler, Eichenstraße 48, 2000 Hamburg 1, Tel. 040/407 342
Bernd Löwe, Böckmannstraße 55, 2000 Hamburg 1, Tel. 040/247 690 und:
Ermittlungsausschuß Hamburg (autonom), c/o AK Ökologie, Lutterothstraße 33, 2000 Hamburg 19, Tel. 040/402 782



ENERGIE ANDERS – EINE AUSSTELLUNG AUF DEM WASSER

ANTWERPEN
Mai 1979

(BPA — belgischer Infordienst)

Wer in den nächsten Wochen zufällig nach Flandern kommt, sollte nicht versäumen, die Ausstellung ‚Energie anders' zu besuchen. Seit 12. April fährt ein Ausstelleungsschiff verschiedene Häfen Belgiens an um die Bevölkerung über die Gefahren der Atomenergie und alternative Energien zu informieren. Auf dem Deck des Schiffes werden zwei Formen alternativer Energiegewinnung dargestellt, Sonne und Wind. Verschiedene Typen von Sonnenkollektoren sind aufgestellt, mit denen heute bereits in Holland und Belgien experimentiert wird. Im Unterdeck werden die alternativen Methoden zur Energiegewinnung anhand von Texttafeln erläutert. Weiter steht in den Ausstellungsräumen eine Dia- und Videoapparatur zur Verfügung, womit unterschiedliche Programme gezeigt werden können: Diaserien über die Anwendung von Sonnenenergie und ein Videoprogramm über die gesellschaftlichen Hintergründe der Kernenergie. Schließlich noch ein Buchladen, wo allerlei Literatur und Dokumentationen über das Energieproblem erhältlich sind.

Diese Ausstellung ist eine Initiative von fünf Leuten aus Rotterdam. Seit Januar 1978 ist das Schiff in Holland unterwegs, es wurden bereits 30 Städte besucht, rund 33000 Interessierte haben die Ausstellung gesehen. Hier die nächsten Termine: vom 10.—15. Mai liegt das Schiff in Mechelen (Vismarkt), vom 17.—22. Mai in Gent, vom 24.—29. Mai in Brügge und vom 31.Mai bis einschließlich 5. Juni in Oostende. Wer noch weitere Auskünfte haben will, kann sich in Verbindung setzen mit:
Elcker-Ik, Abteilung Antwerpen, Tel. 031 / 393 868.

BUSFAHREN – EIN LUXUS ?

FREIBURG
8. Mai

Die Schülerinitiative gegen Fahrpreiserhöhungen aus Freiburg schickte ein Flugblatt zu einer geplanten Demonstration am 15. Mai (Beginn 17 Uhr, Treffpunkt Peterhof, Bertoldstr.): Die Demonstration wird von bisher 14 Gruppen unterstützt.

„Die Fahrpreise sind seit 1972 um ca. 30% gestiegen, und jetzt sollen sie wieder um 8,6% angehoben werden.

Die VAG begründet die Fahrpreissteigerung mit ihrem Defizit von 11 Mio. Mark. Außerdem argumentiert die VAG mit der Verteuerung der Lebenshaltungskosten in Baden-Württemberg um 8.8% von 1976—1978. Wir finden diese Argumente fadenscheinig!!

Das Defizit der VAG ist im Vergleich zu anderen Verkehrsbetrieben in BaWü niedrig (BZ 14.3.79). Auch ist das wirtschaftliche Gesamtergebnis der Stadtwerke GmbH (FEW + VAG) positiv.

In dem Zeitraum seit 1974, in dem die Tarife fast jährlich erhöht wurden, ging die Benutzerquote um 34% zurück! ES ist von daher einfach unsinnig, zu glauben, mann könne das Defizit durch eine weitere Erhöhung ausgleichen. Wenn nach einer Fahrpreiserhöhung überhaupt etwas steigt, dann die Quote der Schwarzfahrer! (aus: Stadtzeitung Frbg. März 79)

Wir stellen in Frage, daß die VAG überhaupt kostendeckend arbeiten muß.

Der Nahverkehr ist eine kommunale Aufgabe, ein wichtiges Element umweltbewußter und bürgernaher Stadtplanung. Der Steuerzahler erwartet zu Recht, daß ihm seine schwer verdienten Steuern auch wieder zugute kommen. Er erwartet zu Recht, daß seine Steuern für eine soziale Gestaltung der Fahrpreise verwendet werden. Dieser Aufgabe würde die Stadt durch Rücknahme der VAG in die öffentliche Hand besser gerecht.

Kontakt: Jörg Huber, Elsässer Str. 28, 7800 Freiburg



Streikposten beim Eles-Streik in Taunusstein bei Wiesbaden, November/Dezember 1975

VIELLEICHT DIE LETZTE MELDUNG ÜBER HASAN TÖREYEN

Frankfurt
22. Februar

Hasan Töreyen ist ein türkischer Arbeiter, der 1975/76 bei einem Streik aktiv war, sich nach dem Streik mit einem Streikbrecher schlug, drei Jahre im Knast saß und jetzt wieder nach Ankara ging – oder gegangen wurde, das ist nicht so klar. Der ID hat viel über ihn berichtet, ein Knast-Interview war im ID 218. Jetzt ist seine Geschichte in Deutschland (vorerst) zu Ende. Ich will im folgenden erstens die Umstände seiner "freiwilligen" Abschiebung schildern, zweitens die Diskussion darüber, ob er ein politischer Gefangener war, weiterführen (und zwar ad absurdum führen). Beides ist wichtig für die Geschichte linker Politik mit Ausländern, eine traurige Geschichte.

Die Abschiebebehörde war schlauer . . .

Am 11. Januar bin ich um fünf aufgestanden, habe Wein und Kuchen und Blumen (Blumen?, er ist doch ein Mann) in Plastiktüten verpackt, und habe gewartet. Es war wie vor Jahren, wenn ich zu meiner Freundin fuhr, Unsicherheit, Erwartung und Freude. Hasan sollte nach drei Jahren Knast aus der Justizvollzugsanstalt Butzbach in Hessen entlassen werden. Ich hatte noch nie einen Entlassenen aus dem Knast abgeholt, ich freute mich, wußte, daß ich mich nicht so recht dazu verhalten konnte und ich wartete auf den Anwalt.

Der Anwalt kam nicht und erst Tage später erfuhr ich, was passiert war. Daß eine Ausweisungsverfügung existiert – wie in solchen Fällen es die übliche Praxis ist –: diese Verfügung hatte jedoch einen Formfehler und war nicht rechtsgültig. Aber die Behörde wußte nicht, daß sie nicht rechtsgültig war. Also??!! Parole: Mund halten, die schlafenden Hunde nicht wecken. Hasan wurde eingeschärft in nichts, aber auch gar nichts einzuwilligen, ohne seinen Anwalt zu konsultieren. Gewerkschafter, die noch einen Funken Mut hatten, wurden vorsorglich alarmiert, damit notfalls über ihre Beziehungen zu Politikern die Abschiebepraxis für Hasan durchbrochen und ein Asylantrag gestellt werden könnte. (Beispiel war Baha Targün, der türkische Aktivist vom Ford-Streik 1973; er hatte Asyl bekommen auf einen Antrag hin, in dem er sich als militanter Revolutionär bekannte.

Doch die Behörde war schlauer. Einen Tag vor der Haftentlassung kam ihr Vertreter in den Knast, schilderte die Vorteile für Hasan, wenn er freiwillig das Land verließe . . . In Hasans Kopf spukten zigtausend Mark Schulden, spukte die Unklarheit über die Beziehung zu seiner Frau nach drei Jahren Knast – und er sagte ja.

An dem Morgen, an dem ich auf den Anwalt wartete und mich auf den Augenblick freute, an dem sich die Butzbacher Knasttore für Hasan öffnen würden, befand sich Hasan schon 17 Stunden in seiner Heimatstadt Ankara. In seinem Antrag auf Hafturlaub (Juni 78) hatte es geheißen *"unter anderen leben hier meine Ehefrau, mein Kind und auch meine Mutter . . . In der Bundesrepublik Deutschland befindet sich also der Mittelpunkt meiner Lebensinteressen, hier habe ich also meine engsten Bindungen, während zu meiner früheren Heimat keine Beziehungen mehr bestehen. . . Ich will deshalb auch nach meiner Entlassung in Deutschland bleiben."* Was waren die wirklichen oder eingebildeten Erpressungen, durch die sich Hasans Einstellung geändert hatte? Was wußte er von der jetzigen Situation in der Türkei, von den Morden und dem Kriegsrecht? Drei Jahre Knast verändern jeden Menschen – vielleicht mit Ausnahme jener sonderbaren Heiligen, die sich manche unter "politischen" Gefangenen vorstellen.

Hasan – ein politischer Gefangener ?

Unmittelbar nach der Tat – Hasan hatte ein paar Tage nach dem Streikende einen Streikbrecher in dem kleinen Textilbetrieb Eles (Taunusstein) durch Schüsse verletzt – schien die Sache noch klar: Fritz Meyer, im Eles-Streik zuständiger Sekretär der Industriegewerkschaft Textil/Bekleidung, sagte laut Gerichtsakten (und wiederholte das in einem Interview im Juni 1977):

"Die beiden Türken gehörten eben verschiedenen Seiten an. Sie hatten keinerlei privaten Streit vor diesem Arbeitskampf. Die Ereignisse hätten auch zwischen zwei ganz anderen Beteiligten ablaufen können. Die Türken hatten sich in ihren Erfolg verbissen. Es hieß 'alles oder gar nichts', wie in der Türkei. Und am Ende des Streiks hieß es dann: 'Alles oder Blut'!"

Die SAG (Sozialistische Arbeitergruppe), ein kleiner marxistischer Zirkel, rief zu einer Kundgebung vor dem Darmstädter Knast auf, wo Hasan in Untersuchungshaft saß (die Kundgebung wurde übrigens verboten). In ihrem Flugblatt hieß es:

"Hasan Töreyen konnte den Spott und die Beschimpfungen der Streikbrecher nicht mehr ertragen. Im Laufe der Auseinandersetzungen fielen vier Schüsse auf einen der Verhöhnenden, einen jungen Türken. Er wurde schwer verletzt. – Galten diese Schüsse wirklich dem jungen Türken? Hasan hat sich sofort danach der Polizei gestellt und sitzt seitdem in U-Haft. Seine Handlung war falsch. Der Riß, der durch die Eles-Kollegen ging, wurde durch die Schüsse vertieft. Er hätte versuchen müssen, die Einheit der Kollegen wiederherzustellen. Aber das läßt sich leicht sagen. Hasan sah in dem jungen Türken die Kraft, die die Einheit der Kollegen weiter zerfrißt. In seinem Zorn übersah er, daß dieser auch nur Opfer der Spaltungsmanöver Szors war. Zwei junge Türken sind Opfer eines von Unternehmer Szor und Polizei brutal geführten Arbeitskampfes; der eine leidet noch immer unter seinen Verletzungen, und auf den anderen stürzen sich die deutschen Justizbehörden."

Tja, "politisch" wäre also schon eher eine Rauferei mit Unternehmer Szor oder Polizeipräsident Soundso gewesen; die kamen halt nicht in die Fabrikhalle, um Hasan zu verhöhnen. Doch das Flugblatt bringt einen zusätzlichen Gedanken:

"Wenn wir dem Justizapparat seinen Lauf lassen, dann wird Hasan aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Die wird er allerdings nicht in der Bundesrepublik Deutschland absitzen. Er wird in die Türkei abgeschoben werden. Dort wird er als politischer Gefangener besonderen Unterdrückungsmethoden ausgesetzt sein." Das reaktionäre Regime Demirels, das damals in der Türkei herrschte, machte Hasan danach erst zweifelsfrei zum politischen Gefangenen.

Hasan kam aber nicht in einen türkischen Knast. Er kam erst nach Darmstadt, dann nach Butzbach. Auch dort hat er protestiert. In Darmstadt mit einem Hungerstreik, weil die Vollzugsbeamten nichts für einen selbstmordgefährdeten Türken taten, und weil es dauernd Kartoffeln ("So wie sie es hier machen, sind sie in der Türkei nur Schweinefutter") zu essen gab; in Butzbach, weil er in der Zelle Netze knüpfen mußte und er bessere Arbeit machen wollte. Politisch?

Ein Mitgefangener in Butzbach kritisierte im Dezember 78, kurz bevor Hasan nach Zwei-Drittel-Verbüßung entlassen werden sollte, die Berichterstattung des ID über Hasan:

"Er, die Symbolfigur des Widerstandes, der als stolzer Streikposten den bösen Streikbrecher mit Blei fütterte. Ich kenne den Jungen persönlich und habe bestimmt nichts gegen ihn, aber das, als was er dargestellt wird, ist er mal nicht. Denn zu gerne wird übersehen, als er mit seinem Kontrahenten den Palaver bekam, lief die Produktion schon längst wieder, exakt 4 Tage, und der Streik war lange vorbei. Lediglich eine Meinungsverschiedenheit war der Schießgrund und deswegen feiert ihr ihn als Robin Hood. Der Andere war auch ein "armer" Gastarbeiter, aber als Nicht-Genosse scheint er für euch Freiwild zu sein, auch wenn es um Nichts geht, gibt es da keine anderen Möglichkeiten (z.B. vor den Kopf hauen?) Muß/soll man also gleich schießen, entschuldigt, ich bin nicht gerade zart besaitet und war lange genug mit einem Ballermann verheiratet, aber, da hakt es irgendwie bei mir aus und ihr habt ein sehr abstraktes Verhältnis zur Realität."

Die Polizeivorschriften kennen diese Überlegungen auch und nennen sie "Verhältnismäßigkeit der Mittel". Doch Hasan hat keine Politik verwaltet, auch nicht eine richtige Politik verwaltet, sondern war persönlich politisch und aggressiv. Da könnte ja jeder kommen, meint der Mitgefangene offenbar empört. Mehr jedenfalls könnten kommen, als wir üblicherweise gewohnt sind, politisch zu nennen, soviel steht fest.

"Immer auf der Seite der Kommunisten"

Die Schwierigkeit mit Hasan als einem politischen Gefangenen versuchten wohlmeinende Freunde, die Kontakt zur "Roten Hilfe e.V." (inzwischen aufgelöster KPD-Verein) hatten, mit einem freundlichen Wechsel auf die Zukunft zu lösen:

"Ich finde, daß wir uns mit Hasan solidarisieren sollten. Zwar wirkt seine Tat ein bißchen kriminell und er sieht bis jetzt noch nicht ein, daß man so den Feind nicht wirksam bekämpfen kann (starrsinnig wie die junge Frau im Roten Frauenbatallion). Sein Fall erinnert ein bißchen an Sacco und Vanzetti, Hoelz usw. Hasans Bewußtsein entspringt immer noch ganz und gar der Spontaneität. Dennoch weiß er, daß die Kommunisten, seine und die Interessen des gesamten Volkes wahrnehmen. Er wird, obwohl er selbst kein Kommunist ist, immer auf Seiten der Kommunisten kämpfen. Ich meine, daß dies gerade angesichts der Solidarität seiner Kollegen, die ihn sehr viel besser kennen, und die ihn als Kämpfer schätzen, Grund genug ist, um für seinen Freispruch zu kämpfen."

Also: was nicht ist, kann wohl noch werden – ist Hasan nicht politisch, so wird er's schon. Als ich das las, hab' ich mir eines gewünscht: daß niemand mal für mich einen derartigen Bettelbrief schreiben muß.

Die Gewerkschaft kann sich nicht mehr erinnern

Ich hatte die "Welt der Arbeit", eine weniger bekannte Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, auf den Fall Töreyen hingewiesen. Es war schließlich ein von A bis Z gewerkschaftlicher Streik, dessen Opfer Hasan – indirekt – geworden war. Nach einer langen Unterredung mit Hasan im Darmstädter Knast

Hasans Anwältin Ulrike Hill, Leyla Töreyen, ein Vertreter der "Initiative gegen Abrüstung" und Kamil Taylan vom türkischen Arbeiterverein "Revolutionäre Volkseinheit"



Kurdische Sänger auf dem Türkenfest gegen Abschiebung am 27. Mai 1978 im Frankfurter Gewerkschaftshaus

(siehe ID 218) hieß es in dem Artikel für das Gewerkschaftsblatt:

"Im Januar 1976 wird wieder gearbeitet. Doch die Spannungen sind nicht zu Ende. Im Betrieb haben die Streikbrecher nur Hohn und Spott für die Streikteilnehmer. 'Ihr seid der Gewerkschaft hinten reingekrochen – was habt habt ihr jetzt davon?' Ein kräftigerer Landsmann legt sich mit Hasan Töreyen an. Um ihn zu reizen, droht er: 'Ich ficke deine Mutter, ich ficke deine Frau.' Das ist für einen Türken die größte Beleidigung; wer sie hinnimmt, ist 'unten durch' – bis heute. War es Zufall, daß Hasan eine Pistole dabei hatte? Die Gerichtsverhandlung mochte Hasans Aussage, daß er sich Geld leihen und die Pistole als Pfand hinterlassen wollte, nicht akzeptieren. Kein Zufall war es jedenfalls, daß sich die beiden Arbeiter im Fabrikhof rauften, und im Verlauf der Rauferei sich Schüsse aus Hasans Pistole lösten. Der Streikbrecher wurde schwer verletzt."

Die Redaktion lehnte den Artikel ab; *"Nach Rücksprache mit der zuständigen Gewerkschaft Textil-Bekleidung sollen die tatsächlichen Vorgänge verzerrt wiedergegeben worden sein und sich nicht mit den Aussagen und der Stellungnahme der Gewerkschaft decken."* (Das steht so da). –*"Ich bin zwar auch der Meinung, daß die Strafe verhältnismäßig hoch ist, aber man kann dieses Delikt nicht einfach unter den Tisch fallen lassen."*

Offensichtlich hat die Gewerkschaft Schwierigkeiten, wenn einer die Ehre der Gewerkschaft (und seine "Mannesehre" zugleich) mit der Waffe in der Hand verteidigt . . . Schwierigkeiten bis zur Blindheit, denn das Delikt war in dem Artikel, wie der zitierte Ausschnitt zeigt, keineswegs unter den Tisch gefallen.

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung verhinderte durch ihr Veto die Veröffentlichung. *"Im übrigen haben wir den Eindruck, daß aus der Hauptfigur HASAN TÖREYEN* (so steht's da) *ein politischer Märtyrer gemacht werden soll."*, schrieb eben jener Gewerkschaftsfunktionär, der sich vorher noch dafür stark gemacht hatte, daß der Fall Töreyen nur im Zusammenhang des Streiks gesehen werden kann. Meine Aufforderung, seine neue Sicht des Falles darzutun, ließ er unbeantwortet.

Das Karussell: Satire auf eine freie Medienlandschaft

Inzwischen schrieb man den deutschen Herbst 1977: Schleyer-Entführung, Mogadischu, Stammheim. Ich ging zu Jakob Moneta, damals noch Chefredakteur der Gewerkschaftszeitung 'Metall'. Der fand die Sache unterstützenswert, ohne Wenn und Aber; er war es leid, die "Grauen Wölfe" und andere türkische Faschisten mehr oder weniger straflos ausgehen zu sehen, bei Gewalttaten bis hin zum Mord. Aber die Hasan-Geschichte veröffentlichen? *"Jetzt, in dieser Situation – ganz unmöglich. Wir werden sowieso schon angegriffen, weil wir anders berichten als die übrige Presse. Bei uns geht's vielleicht wieder zu Weihnachten. – Versuch's doch mal bei den Türken. Wenn die's bringen, können wir's ja nachdrukken."*

Ich fragte Yilmaz Karahasan, einen der Sekretäre des Vorstands der Industriegewerkschaft Metall für die türkischen Arbeiter. *"Wir können's nachdrucken aus der deutschen Gewerkschaftspresse, aber von uns aus – nein. Ich habe schon genug Schwierigkeiten."* Ich ging zurück zum Chefredakteur. Er konnte seinen türkischen Kollegen sehr gut verstehen. *"Versuch's bei der Frankfurter Rundschau oder beim Hessischen Rundfunk. Dann können wir's übernehmen, sonst nicht."*

Ich ging zum Hessischen Rundfunk. Der Redakteur war sehr fortschrittlich. Er sah sich die Sache an und kam zu dem Schluß, daß es weder kulturell noch ein 'Feature' sei, außerdem zu speziell. Und schließlich habe der Mann ja geschossen. Was ich denn da noch wollte? Aber es gebe beim Hessischen Rundfunk die Einrichtung des 'Rundfunk-Ombudsmanns'. Er erklärte: *"Wenn einzelnen von den Behörden Unrecht geschieht, greifen wir so einen Fall auf und kümmern uns darum, nicht nur publizistisch, sondern gehen da hin, verhandeln mit der Bürokratie usw. Kürzlich haben wir z.B. für einen Strafgefangenen den Urlaub rausgeholt, den ihm die Anstaltsleitung verweigert hatte. Also wenn Sie mal einen Mißstand wissen, rufen Sie mich an."* – Ich ging nachdenklich nach Hause. Wußte ich einen Mißstand?

Ich kannte noch jemand, der bei einer anderen Rundfunkanstalt Sendungen für türkische Arbeiter mitmachte. Der Mann war sehr hilfsbereit und stellte den Fall in einer Ausländersendung dar. Ich war glücklich! Das war ein Durchbruch! Ich bat ihn um die Übersetzung des Beitrags, um ihn der "Metall" und der Frankfurter Rundschau zu geben. Aber nein: *"Wenn die beim Rundfunk davon Wind kriegen, hab' ich zum letzten Mal solche Sachen gesendet. Ja, wenn's in der Zeitung gestanden hätte, dann könnte ich mich darauf beziehen . . . Ich geb's an eine türkische sozialistische Zeitung, das klappt bestimmt."* Also veröffentlicht war immer noch nicht gleich veröffentlicht.

Ich ging zur Frankfurter Rundschau. Der Redakteur erinnerte sich an den Streik und wollte etwas über Hasan schreiben. Im Druckerstreik 1978 zog sich der Redakteur durch seine Berichterstattung die Ungnade eines hohen Gewerkschaftsfunktionärs zu; für einige Zeit wurde er sozusagen aus dem Verkehr gezogen. Mit Schreiben war nichts.

Zweieinhalb Jahre saß Hasan im Knast, was (laut IG Textil) "jedem Streiker hätte passieren können", und wir warteten immer noch darauf, ob vielleicht die Frankfurter Rundschau was bringt, worauf sich dann der Rundfunk beruft, was die deutsche Gewerkschaftszeitung nachdruckt, die türkische übernimmt und die DGB-Zeitung erwähnt??? Bisher hatten sie alle geschwiegen, weil – nun, weil jeder schwieg.

Eine schwierige Veranstaltung

Es gab also keine Nachricht, die den Medien soviel Aufhebens wert schien, daß sie von Hasan Notiz genommen hätten. Also machten wir ein Nachricht: eine Solidaritätsveranstaltung für Hasan und, an seinem Beispiel sozusagen, für alle von Abschiebung bedrohten Ausländer. Unterstützt von Jürgen Roth , Kämpfer gegen Repression in Kurdistan und dem Rest der Türkei, (der sich sogar mit den anti-autonomistischen Kurden im Komitee vertrug), war schnell ein Komitee aufgestellt und ein Name gefunden: Initiative gegen Abrüstung, kurz "IG Ab" (klingt fast schon wie ein Aufnahmeantrag als 18. DGB-Gewerkschaft). Am 27. Mai 1978 war Pressekonferenz und Türkenveranstaltung im DGB-Haus. Die „Frankfurter Rundschau" (29. Mai) nahm das

Gewaltproblem gutmütig liberal (in der Lokalausgabe) auf die Kappe „andere Länder andere Sitten": *„Die Initiative fordert Schluß mit der Automatik, einen verurteilten Ausländer neben der verbüßten Strafe noch ein zweites Mal durch Abschiebung zu bestrafen. Die Berechtigung dieser Forderungen möchte die Initiative am Beispiel des türkischen Arbeiters Hasan Töreyen aufzeigen. Er stand während eines Streiks bei der Textilfabrik Eles im Taunus 1975 Streikposten und wurde Tage nach der Beendigung des Arbeitskampfes wegen des unbefriedigenden Ausgangs von einem Nichtstreikenden provoziert, was schließlich in so drastische Beleidigungen seiner Mutter und Frau ausartete, daß er zur Pistole griff und mehrmals auf den Beleidiger seiner Familienehre schoß. Was dem Ehrenkodex seiner Heimat entsprach. Wegen versuchten Totschlages wurde Töreyen zu viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Wenn er entlassen wird, soll er, so kritisiert die Initiative, sofort mit dem Flugzeug in die Türkei abgeschoben werden."*

Nicht so wohl war es zwei Frauen, die einen Bericht für den ID schrieben, der auch zeigt, welche Schwierigkeiten es selbst dann noch gibt, wenn sich Deutsche durchgerungen haben, den Schuß, die Reaktion Hasan Töreyens zu akzeptieren, als etwas, was erst außerhalb unserer Kulturgrenzen verständlich wird:

„Die Veranstalter waren sich darüber einig, daß türkische Kollegen zu einer rein politischen Veranstaltung nicht kommen würden, so kündigten sie ein politisches Kulturprogramm an: Reden über Hasan Töreyen; politisches Asyl für Ausländer in der BRD, Lebensbedingungen der Ausländer im Knast; UMUT (Hoffnung); ein Film von Yilnaz Güney; ein kurdisches Sängerpaar, eine türkische Tanzgruppe, ein türkischer Sänger. Die meisten Teilnehmer der Veranstaltung waren Türken, nur ganz wenige Deutsche. Das war von Anfang an zu spüren: Die Begrüßungsrede eines Mitglieds der deutsch-türkischen Initiative gegen Abschiebung in deutscher Sprache ging fast im Gemurmel des Saales unter. Erst als sie auf Türkisch wiederholt wurde, war es ruhig. In dieser Rede wurde unter anderem die Frage gestellt, warum politisches Asyl in der Regel nur für „Prominente" durchgesetzt werden kann, und ob es vielleicht nicht politisch sei, wenn jemand zuhause nicht überleben kann und deshalb hier arbeiten will. Welche Kleinigkeiten zu Anlaß genommen werden können, um einen Ausländer abzuschieben, darüber berichtete der Anwalt Hasans. Er führte das Beispiel eines Ausländers an, der wegen Überfahrens einer roten Ampel abgeschoben wurde. Die Anwältin Hasans sprach von den Schwierigkeiten, die Hasan – wie jeder Ausländer – im Knast hat und die dadurch verstärkt werden, daß weder Wärter noch Richter bereit sind, sich mit der fremden Kultur auseinanderzusetzen. Weitere – für uns leider unverständliche – Redner waren ein türkischer Betriebsrat von Opel Bochum, ein Vertreter der türkischen Arbeitervereins und natürlich Leila Töreyen, die Frau von Hasan, die sich auch im Namen Hasans für die Veranstaltung bedankte.

Jetzt fingen wir an zu verstehen, wie sich die Türken hier fühlen müssen, denn ab diesem Zeipunkt verstanden wir nichts mehr, weil es auch nicht möglich war, alles zu übersetzen. Dieses Gefühl von Fremdheit wurde durch die doch immer wieder überraschende Gemütlichkeit des Saales im DGB-Haus verstärkt.
Der Film UMUT zeigte einen Ausschnitt aus dem Leben eines Droschkenkutschers und seiner Familie in einer türkischen Stadt, in der Tradition und wachsende Technik aufeinanderprallen, genauso wie Armut und Reichtum. Als der Familienvater seine Droschke verliert, verkauft er ihre letzte Habe, um damit einen Weisen (Hodscha) zu bezahlen, damit er mit ihm auf Schatzsuche geht, die natürlich erfolglos bleibt.
Wie wenig wir die Lebensbedingungen der Türken und Türkinnen kennen, wurde besonders deutlich, als in einer Szene der Hauptdarsteller auf seine Frau losging und sie schlug. Zu unserem Entsetzen klatschten die Türken Beifall. Einzelne Protestpfiffe kommen von wenigen Deutschen. Dieses Entsetzen verwandelte sich langsam in Verwunderung, als zu den Revolutionsliedern der Kurden dann der gleiche Beifall kam.
Wie der Versuch, türkische und kurdische Sänger auf einer Veranstaltung gemeinsam auftreten zu lassen, gelungen ist, konnten wir leider nicht feststellen.

Nachdem auf der türkischen Veranstaltung in Frankfurt eine Libanesin und ein Kurde Venceremos auf Kurdisch sangen, wurde auf türkisch vom chilenischen Hungerstreik im Keller des DGB berichtet, daraufhin gingen wir mit Türken zum Antonio, wo ein griechischer Wirt ein Czevapcici-ähnliches Gericht servierte und sich mit Kurden auf türkisch unterhielt. Aber demnächst gehen wir zum Palästinenser Pizza essen!!!

Keine Moral von der Geschicht'

Unser Gedächtnis ist kurz; die Fähigkeit der deutschen Linken, Solidarität zu beweisen, tut sich schwer, auch nur mit wenigen Jahren Knast Schritt zu halten, sobald sich aus dem eingeschüchterten Alltag derer, die einmal gekämpft haben, kein politisches Kapital mehr schlagen läßt. Dazu kommt, daß die rechtliche Betreuung wenigen Spezialisten überlassen bleibt und die Erfahrungen gewiefter Anwälte im Bereich des Ausländerrechts und der Asylpraxis offenbar kein Thema für Anwaltstreffen (mehr) sind. Und zu allem kommt hinzu, daß nur der stahlharte Kämpfer, der allen Verwirrungen seiner eigenen Lebensgeschichte abgeschworen hat, als „politischer Gefangener" in den Köpfen der Vielen spukt, die sich den Begriff (und die Trennung von den „sozialen Gefangenen") noch nicht abgewöhnt haben. Die sang- und klanglose Abschiebung einer (1976) bekannten Figur aus dem (damals) im ganzen Land gefeierten mutigen Eles-Streik wäre ohne diese Vorstellung, die von den Marxisten-Leninisten über die bürgerlichen Medien bis zu den Gefangenen selbst reicht, vielleicht doch nicht möglich gewesen. Oder war Hasan vielleicht ein „tarifpolitischer Gefangener"?

Richard Herding

P.S. Ich will nicht in Resignation enden: wo sind die Genossinen und Genossen, die Ausländer und Deutschen, die heute in den Vereinen, Zentren, Schulen, Knästen den Alltag der Emigranten erfahren? Vielleicht besinnen sie sich wieder auf die Öffentlichkeit, auf die Alternativpresse, erinnern sich an siebensprachige Flugblätter für multinationale Kindergärten???



FÜR DIE GLEICHSTELLUNG DER AUSLÄNDISCHEN GEFANGENEN

Hungerstreik im Knast Schwalmstadt

açlikgrevi sci

SCHWALMSTADT (HESSEN) 3. Mai *Von den circa 40 Ausländern (Italiener, Türken, Jugoslawen), die in Schwalmstadt-Ziegenhain einsitzen, sind neunzehn in den Hungerstreik getreten. Hier ist ihre Erklärung:*

Ausländer in deutschen Gefängnissen werden in besonderem Maße gegenüber ihren deutschen Leidensgenossen benachteiligt und diskriminiert.

Ungeachtet eines Grundsatzurteils des Bundesverfassungsgerichts (Senat: 536/72 NJW 5/73/1226):
Es ist nicht Schutzaufgabe des modernen Strafrechts, daß ein Verurteilter seine ganze Strafe sinnlos absitzen muß. Jeder Verurteilte hat einen Rechtsanspruch auf seine Resozialisierung, für die Justizbehörde besteht eine Pflicht dazu" – vegetieren ausländische Gefangene dahin, ohne daß irgendwas von behördlicher Seite für ihre Resozialisierung getan wird.

Für ausländische Insassen deutscher Gefängnisse wird kein Vollzugsplan erstellt. Laut dem Strafvollzugsgesetz sind alle Lockerungen des Vollzugs, Ausgang, Urlaub, Verlegung in halboffenen und/oder offenen Vollzugs usw. folgenden Kategorien von Gefangenen vorenthalten:
1. Untersuchungshäftlingen
2. Abzuschiebenden
3. Auszuliefernden.

Handelt es sich bei den U-Häftlingen um Deutsche, können sie, sobald sie rechtskräftig verurteilt und die Voraussetzungen dafür erfüllt sind, diese Lockerungen des Vollzugs selbstverständlich in Anspruch nehemen.

Den Abzuschiebenden und Auszuliefernden, bei denen es sich ausschließlich um Ausländer handelt, da laut dem Grundgesetz Deutsche vom Staat

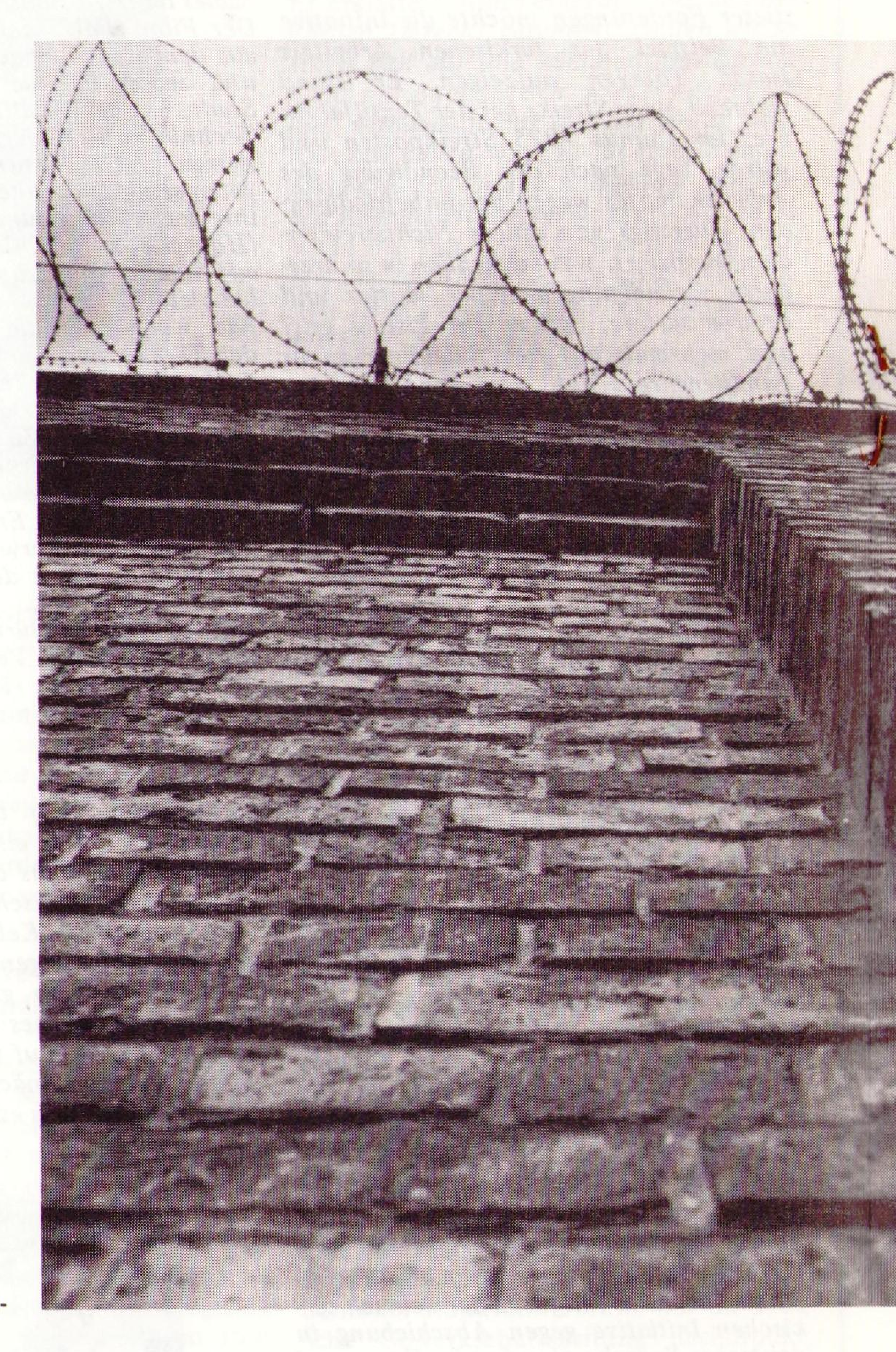
setz Deutsche vom deutschen Staat nicht ausgeliefert oder abgeschoben werden dürfen, bleiben solche Lockerungen des Strafvollzugs vorenthalten.

Das steht in eklatantem Widerspruch zum Artikel 3 GG (Gleichheit vor dem Gesetz) mit folgendem Wortlaut:
1. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich
3. Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Ferner wird überhaupt nichts für die Resozialisierung ausländischer Gefangenen getan. Für sie gibt es keine Möglichkeit an Aus- und Fortbildungslehrgängen teilzunehmen, weil es immer lapidar heißt, die Lehrgänge sind nur für Gefangene vorgesehen, die sich für den offenen Vollzug eignen. Und dafür sind Ausländer laut den Strafvollzugsgesetzen nicht geeignet!

Die Tatsache, daß Ausländern Monat für Monat Sozialabgaben vom Arbeitsverdienst abgezogen werden, empfinden wir als blanken Hohn und großen Betrug, weil mann sich darüber im klaren ist, daß diese Ausländer nach Entlassung des Landes verwiesen werden und daher keine Leistungen der verschiedenen Sozialeinrichtungen in Anspruch nehmen können.

Von oben Angeführtem entpuppt sich die Handhabung des Strafvollzugsgesetzes als nichts weiter als Lippenbekenntnis zum Grundgesetz. Es geht nicht an, daß , was ausländische Gefangene anbelangt, Verfassungsmäßigkeit vor den Gefängnistoren halt macht, wie das jetzt der Fall ist! Dem Strafvollzugsgesetz nach nimmt der Strafvollzug die Züge eines Racheaktes im Falle eines Ausländers sind!!



Als Ausdruck unseres Protestes gegen den die Ausländer diskriminierenden Charakter des Strafvollzuggesetzes haben wir uns entschlossen, in einen unbefristeten Hungerstreik zu treten. Damit wollen wir auf das Dilemma und das bittere Los ausländischer Insassen deutscher Gefängnisse aufmerksam machen und dazu anregen, die notwendige Abhilfe zu schaffen.

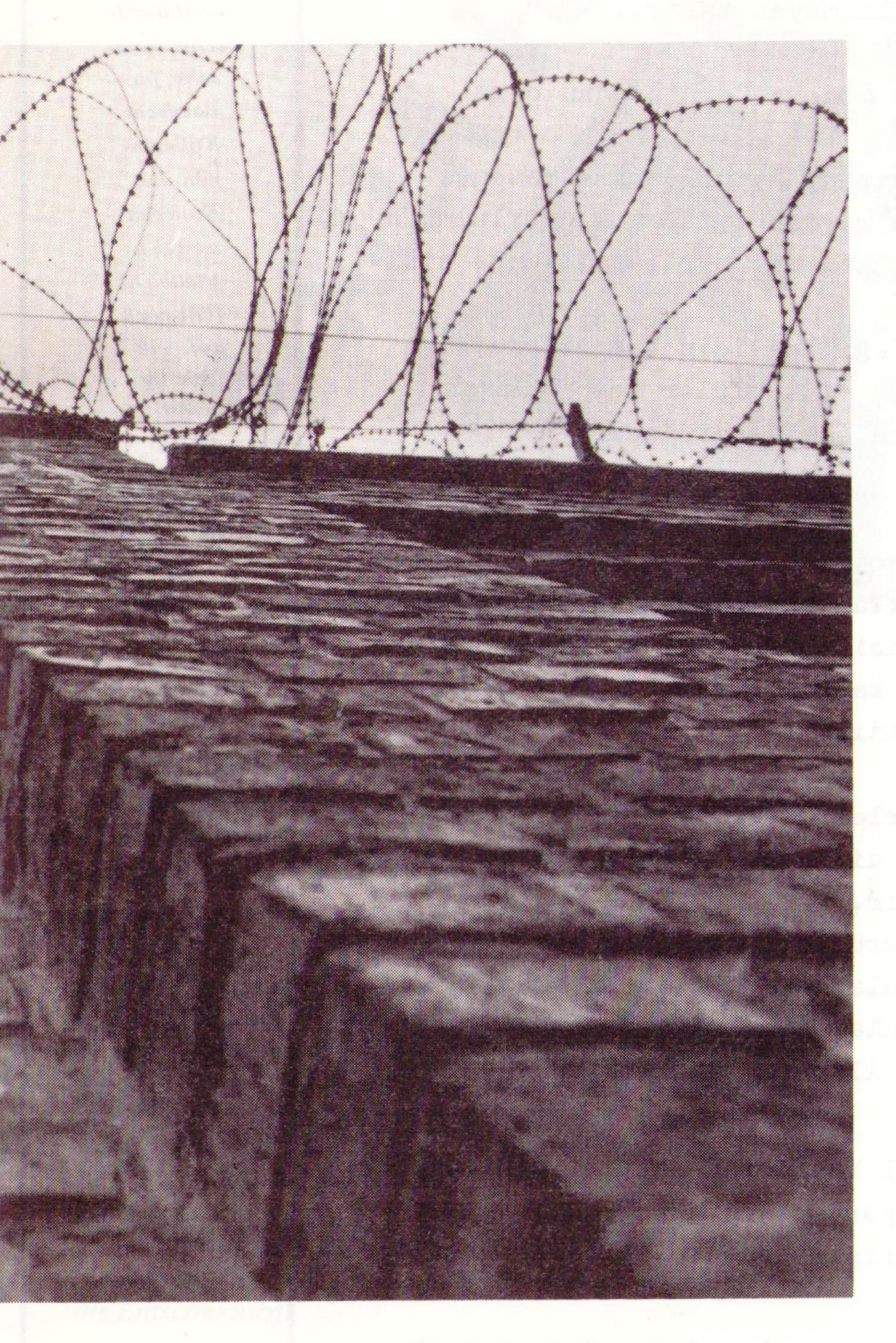
Wir fordern:
1. Die Gleichstellung im Strafvollzug ausländischer Gefangener mit ihren deutschen Leidensgenossen und die Verwirklichung unserer Rechte im Vollzug.

ODER:
2. Sollte solche Gleichstellung aus administrativ-technischen Gründen nicht möglich sein, fordern wir eine ausdrückliche bindende Zusicherung, daß als Ausgleich für die erlittene Diskriminierung und Benachteiligung im Vollzug, ausländische Insassen grundsätzlich nur die Hälfte ihrer Strafe abzusitzen brauchen, bevor ihre Entlassung und Abschiebung bzw. Ausweiseung erfolgt.

(19 Unterschriften)

Kontakt: über Rechtsanwalt Michael Wagner, Markt 11, 3550 Marburg, Tel. 04621 / 22159.

iopero della fame



COMMUNICATO SULLO SCIOPERO DELLA FAME

Gli stranieri, detenuti nelle carceri della Germania federale sono soggetti a una particolare discriminazione nei confronti dei loro compagni di sofferenza tedeschi.

Malgrado una sentenza della corte costituzionale (Senat: 536/72 NJW 5/73/1226):
„Non rientra nella concezione della tutela del diritto penale moderno il fatto che un condannato debba scontare tutta la sua pena, senza che ne tragga un senso. Ogni condannato a diritto ad una risocializzazione; e dovere dell'autorita legale muoversi in tal senso," — i detenuti stranieri sono lasciati in uno stato di abbandono, senza che le autorita legali provvedano per una loro reintegrazione sociale.

Per i detenuti stranieri non e prevvisto nelle carceri tedesche nessun piano per il periodo di detenzione. Secondo la legge che regola le condizioni di detenzione, le seguenti categorie di detenuti:
1. i detenuti in attesa di giudizio,
2. i detenuti in attesa di espulsione,
3. i detenuti in attesa di estradizione,
sono esclusi dei miglioramenti qualitativi durante il periodo di detenzione, come ad esempio la passeggiata quotidiana, le ferie, i trasferimenti in penitenziari con condizioni di detenzione aperta o semi-aperta. Se invece i detenuti in attesa di giudizio sono tedeschi, questi, una volta entrata in vigor, la sentenza e soddisfatte tutte le premesse, possono usufruire immediatamente dei suddetti benefici.

Coloro invece per cui e prevista l'espulsione o l'estradizione, che sono appunto gli stranieri, perche per legge nessun cittadino tedesco puo essere estradato o espulso dalle stato tedesco, sono esclusi da questi benefici.

Tutto cio sta in netta contradizione con l'articolo 3 della costituzione (Uguaglianza di fronte alle legge), dove dice:
1. Tutti gli uomini sono uguali di fronte alla legge,
3. Nessuno puo essere discriminato per motivi quali sesso, origine, razza, lingua, provenienza, fede, opinione religiosa o politica.

Inoltre non viene fatto nulla per la risocializzazione dei detenuti stranieri. Per loro non esiste la possibilita di participare o frequentare corsi di recupero scolastico o proffessionali, poiche viene chiaramente detto che tali corsi sono previsti solo per i detenuti adatti alle sudette condizioni di detenzione aperta o semi-aperta. E i stranieri per legge non rientrano in queste condizione!

Il fatto che algi stranieri vengano tretenue mensilmente rilevanti quote sul salario, da noi e considerato come una beffa e una truffa, perche tutti sanno che glie stranieri, una volta scontata la pena, vengono espulsi dal paese e quindi non sono piu in grado di poter usufruire delle diverse forme di previdenza sociale.

Da tutto cio appare chiaro che l'esercizio della legge che regola le condizioni di detenzione non e altro che un richiamo a parole alla costituzione. Non e ammissibile che per gli stranieri i diritti costituzionali valgano soltanto fino alla soglia del carcere, come sta succedendo in questo caso! Quando si tratta di un detenuto straniero, la legge che regola la detenzione assume un aspetto di pura vendetta!

Come espressione della nostra protesta contro questa discriminazione abbiamo deciso di fare uno sciopero della fame a tempo indeterminato. Con questo sciopero vogliamo attirare l'attenzione sulla triste sorte degli stranieri detenuti nelle carceri tedesche, affinche si trovi al piu presto una soluzione.

Noi rivendichiamo:
1. la parificazione dei diritti dei detenuti stranieri con i loro compagni di sofferenza tedeschi.

OPPURE
2. Qualora questa parificazione, per motivi tecnico-amministrativi, non fosse possibile chiediamo che ci venga data una assicurazione vincolante, che per compensare queste discriminazioni i detenuti stranieri, debbano scontare per legge solo la meta della pena prevista prima che vengano rilasciati in liberta, espulsi o estradati.

(19 firme)

Per contatti, rivolgersi al avvocato Michael Wagner, Markt 11, 3550 Marburg, Postfach 522, Tel. 06421 / 22159.

AÇLIKGREVİ AÇIKLAMASI

Almancezaevlerindeki yabancı tutuklular, bilhassa almantutuklularından ayrı bir işlem görmektedirler.
Alman Anayasamahkemesinin nazarı dikkate alınmayan kararı.
Senat: 536/72 NJW 5/73/1226
"Bir cezalının amaçsız süresini doldurması, modern Cezakanunun ceza hakkının koruması demek değildir.
Her tutuklunun hakkıdır onun sosyal yaşantısını tutukluluk süresince kullanması,ama Mahkemece görev sayılmasına rağmen". Yabancıtutukluların tutukluluk süresince sosyal yaşantıları için, hiç bir resmi yönde etki-edilmemektedir.
Almancezaevlerindeki yabancı tutukluların eğitimi için bir program yoktur. Ceza hükmü Kanunda hiç bir kolaylık tutuklular için hükümden önce mümkün değildir. bu hükümlüler almanca şöyle sıralanır:
1) U. Häftlinge (göz hapsindekiler)
2) Abzuschiebende (Sürgün edilenler)
3) Auszuliefernde (ülkesine ceza nakli yapılanlar)
Almanlar için karardan sonra bir takım haklar tanınır. Sürgününe yahutta ülkesine nakline karar verilmiş olan yabancı tutuklularda böyle bir kolaylık mümkün değildir (izin, ziyaretçi kabuli gibi).
Bu 3. Temel Kanuna (eşitlik Kanunu) aykırıdır.
Anlaşılacağı gibi:
1) Bütün insanlar kanun karşısında eşittirler.
3) Hiç kimse hemcinsinden, milliyetinden, dilinden, inancından ve idolojisinden sorumlu olmamaksızın yargılanmalıdır.
Buna rağmen yabancı tutukluların sosyal durumları için hiç bir şey yapılmamaktadır. Tam hükümlü alman tutuklularının eğitimi mümkün ve kararlaştırılmıştır. Fakat yabancı tutuklular için hiç bir imkan tanınmamıştır. Çünkü yabancı tutuklular, Almantam Hükümlü Kanunun kapsamı dışındadırlar.

Gerçek şudurki yabancılar aydan aya sosyal kazançtan çektirilmektedirler bunu bizler büyük bir dolandırıcılık sayıyoruz. Çünkü bu yabancılar serbest bırakıldıklarında çeşitli sosyal girişimlerde belirli bir gücü kendilerinde bulamamaktadırlar.

Gerçekte görülüyorki cezakanunundaki temel kural sadece sözde kalmaktadır. Söylenen şey sadece cezaevinin kapısına kadar öyledir. Kapının arkasında o. yabancılardan bir öc alma işlemine dönüşmektedir.

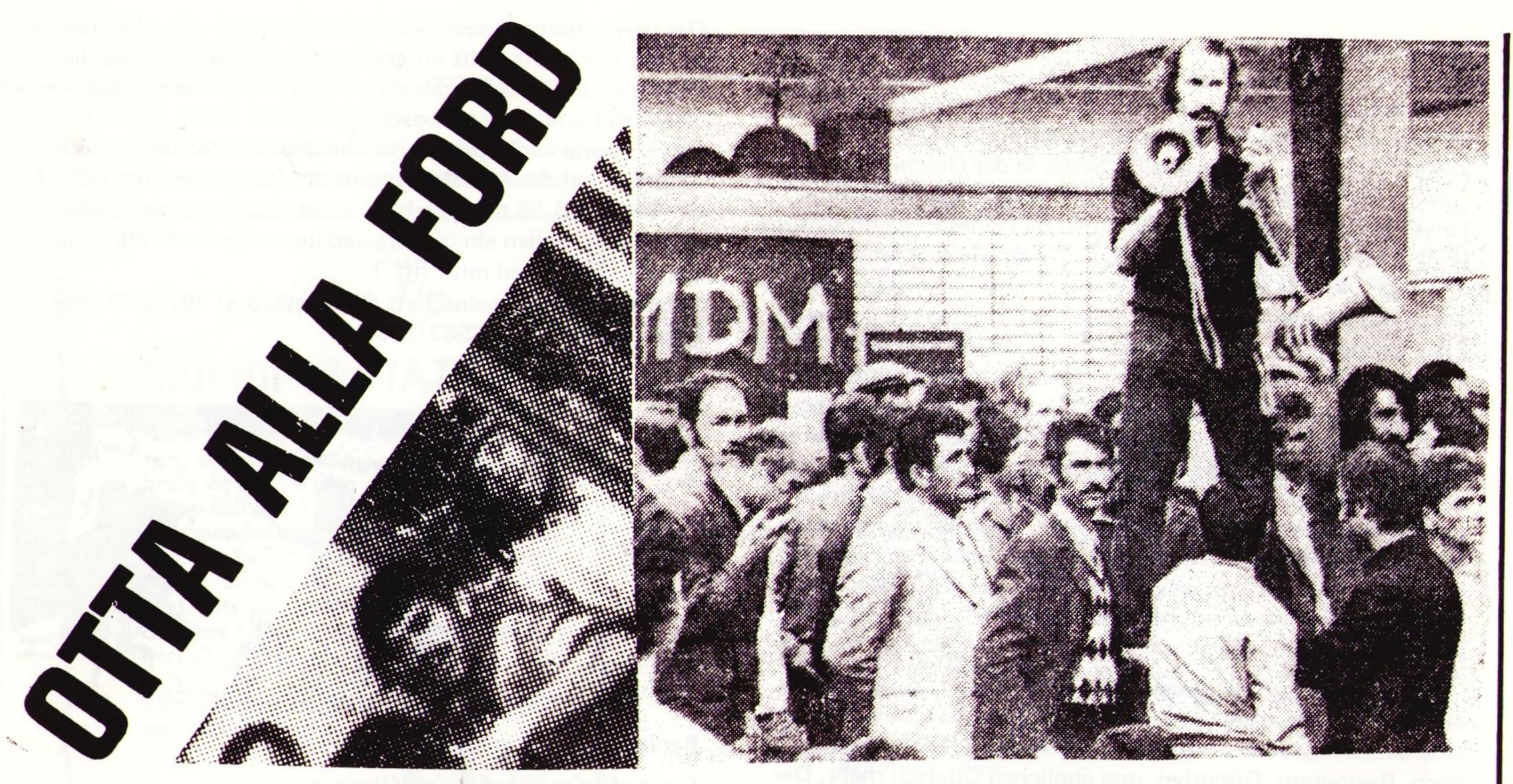
Bizler, bu yabancıları ezmekte olan Alman Hükümlülerkanunu proteste etmek için süresiz Açlıkgrevine karar aldık. Böylelikle Alman cezaevlerindeki yabancı tutuklularında dikkatlerini çekebilmek ve onlara gerekli yardımı sağlayabilmek için.

TALEP:
Bizler talepederizki yabancı tutukluların tutukluluk süresince almantutuklularına eşit tutulmasının gerçekleşmesi.

Eğer böyle bir talep çeşitli teknik ve hukuki sebeplerden dolayı mümkün değilse, istiyoruzki emin olunacak bir şekilde hükümlülük süresince belirli bir eşitliğin garanti edilmesini, hiç değilse bile hüküm giymiş sürgün edilecek yahutta ülkesine nakli gereken tutuklunun, tutukluluk cezasının serbest bırakılmadan önce yarıya indirilmesi...

(19 İmza)

Bitte gebt die Hungerstreik-Informationen von Schwalmstadt an italienische, türkische, jugoslawische Kolleginnen und Kollegen weiter! Vielleicht fällt euch auf, wie viele ihr kennt.



POLITISCHES ASYL FÜR BAHA TARGÜN

Vom Türken-Streik in den Kölner Fordwerken zur Anerkennung als politisch Verfolgter

Politische Liberalität beim Asylrecht abzubauen, sind die Parteien 1978 mit unterschiedlicher Energie, aber im Prinzip allesamt angetreten. Diese Liberalität ist kein Witz gewesen; es gab da wirklich etwas abzubauen. Jedenfalls ist das westdeutsche Asylrecht in einzelnen Fällen so stark gegen die (ausländische!) Reaktion aufgetreten, daß sich groteske Situationen ergeben haben: im Fall von Baha Targün, dem bekanntesten Ford-Streiker von 1973, wurde Asyl mit einer Begründung gewährt, die einem Bundesbürger eher die Anklage wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung eingetragen hätte. Und der Asylantrag stützte sich auch noch auf die Rechtssprechung eines der reaktionärsten westdeutschen Richter, des Herrn de Somoskeoy in Köln. Wir dokumentieren hier den Antrag und die Entscheidung.

1. Aus der Begründung des Asylantrags (1976):

Im August fand bei den Ford-Werken 1973 ein Streik statt. Der Streik wurde maßgeblich angeführt von den türkischen Arbeitern bei Ford in Köln. Herr Targün gehörte zu der von den Arbeitern gewählten Streikleitung. Er wurde in der ganzen BRD als Streikführer bei Ford-Köln bekannt.

Die türkischen und die deutschen Arbeiter, die sich am Streik im August 1973 beteiligten, insbesondere aber die Streikleitung, wurde in den öffentlichen Medien bis auf wenige Ausnahmen als „Chaoten", „Unruhestifter" und „Terroristen" bezeichnet. Zur Glaubhaftmachung füge ich eine Kopie der Bild-Zeitung vom 31.8.1973 bei.

Herr Targün hat im Jahre 1974 die Zeitung „Devrinci", der „Revolutionär", herausgegeben. Unmittelbar neben dem Kopf der Zeitung befindet sich auf jeder Ausgabe folgende Aufschrift:

„Meine Klasse ist die Klasse derer, die herstellen, produzieren und anbauen; der Bauer, Arbeiter und Soldat kommen aus meiner Klasse; d.h. ich besitze alle Kräfte; also muß ich mich auf diese Kräfte stützend gegen die uns durch Waffengewalt beherrschenden Faschisten mit Waffen in der Hand zur Wehr setzen und die Führung selbst übernehmen."

Im Juni 1975 wurde Herr Targün vom LG Köln unter Vorsitz des Richters Dr. de Somoskeoy zu einer Freiheitsstrafe von 6 Jahren verurteilt. (...)

Auf S. 10 des Urteil heißt es:

„Diese von der politischen Überzeugung des Angeklagten getragene Erklärung führte der Angeklagte im weiteren Verlauf der Hauptverhandlung noch aus, indem er, befragt, wie er sich zur Anwendung von unmittelbarer Gewalt im politischen Kampf anstelle, ausführte:

‚Die Macht des Volkes ist die revolutionäre Gewalt. Nur die revolutionäre Gewalt der Volksmassen kann das imperialistische System der BRD und der Türkei stürzen. Dies erfordert einen Kampf der bewaffneten Arbeiter- und Bauernmassen. Durch diesen Kampf wird der Imperialismus in der gesamten Welt besiegt. Dabei ist es jedoch eine Frage der Taktik, wann die Gewalt anzuwenden ist.'

Auf Seite 12 des Urteils heißt es:

„Der Angeklagte Targün wurde einer größeren Öffentlichkeit erstmals im August 1973 bekannt, als er als einer der Wortführer der streikenden Arbeiter bei den Ford-Werken in Köln auftrat. Er gehört einer Organisation an, deren Identität in der Hauptverhandlung nicht geklärt werden konnte, die sich dem Zeugen Yilmas Asükal gegenüber jedoch als ‚Türkische Befreiungsarmee' ausgab." (...)

Im „Spiegel" vom 14.6.1976 wurde unter der Überschrift „Bonner Türkenhilfe" berichtet, daß der Generalstaatsanwalt beim Sicherheitsgericht in Ankara unter Hinweis auf den Bonner Verfassungsschutzbericht 1975 Haftbefehle gegen eine große Anzahl von türkischen Studenten und Gastarbeitern im Ausland erlassen hat, insbesondere auch gegen Personen, die der „Türkischen Befreiungsarmee" angehören oder angehören sollen. (...)

Auf S. 51 des Urteils heißt es:

„Daß es der Angeklagte als unbedingt verpflichtend empfindet, sich für die Verwirklichung der Ziele des Marxismus-Leninismus auch unmittelbare Gewalt zur Erreichung eines politischen Zieles einzusetzen, hat der Angeklagte mehrfach in der Hauptverhandlung erklärt." (...)

Aufgrund der Feststellungen des rechtskräftigen Urteils des LG Köln besteht für den Antragsteller die Gefahr, in der Türkei wegen seiner politischen Gesinnung verfolgt zu werden. (...)"

2. Aus dem Anerkennungsbescheid als Asylberechtigter (1977)

„Aufgrund seines glaubhaften Sachvortrages und der von ihm vorgelegten Beweisunterlagen ist der Anerkennungsausschuß der Überzeugung, daß dem Antragsteller, insbesondere im Hinblick darauf, daß er vom Dezember 1973 bis Mai/Juni 1974 Herausgeber der Zeitung „Devrinci" war, und in dem gegen ihn eingeleiteten Strafverfahren vor der 1. grossen Strafkammer des Landgerichts Köln 1975 u.a. auch seine politischen Ziele, nämlich die Veränderung der gesellschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Türkei eingehend erörtert wurden, im Falle einer Rückkehr in seine Heimat ernsthafte Verfolgungsmaßnahmen im Sinne der Genfer Konvention drohen....

Der Antragsteller muß deshalb in der Türkei eine angemessene harte Freiheitsstrafe und weitere – jetzt nicht absehbare – schwerwiegende politische Verfolgungsmaßnahmen begründet befürchten."

(Eine ANGEMESSENE harte Freiheitsstrafe – ob da dem Ausschuß seine tiefere Überzeugung in die Feder geflossen ist? – ID)

Zum Asylverfahren: Kontakt über Rechtsanwältin Erika Fischer-Pohl, Bonner Straße 45, 5000 Köln 1, Tel. 0221 / 375 500. Baha Targün ist über die Zeitung Aydinlik, Seckbacher Landstraße 74, 6000 Frankfurt, zu erreichen.

WIR PFEIFEN AUF EIN HALLENBAD MIT PFIFF

ISNY *Vom Arbeitskreis Umweltschutz:*
2. Mai Eine wohl einmalige Sache in der Geschichte der Stadt Isny wird am 20. Mai 1979 stattfinden: die Isnyer Bürger werden direkt über den Bau eines Freizeitzentrums (FZ) im Rotmoos beschließen. Eine Gruppe junger Isnyer — der Arbeitskreis Umweltschutz — hat diesen Bürgerentscheid durch das Sammeln von fast 2000 Unterschriften erzwungen. Eine Tatsache, die die Stadtverwaltung und den Gemeinderat in totale Konfusion versetzt hat — so etwas gab es ja noch nie! Bisher war es ja so einfach über die Köpfe der Bürger hinweg zu entscheiden. Ja, nicht einmal die gesetzlich vorgeschriebenen Bürgerversammlungen mußten abgehalten werden, es hätte dabei ja zu unbequemen Fragen kommen können. Die Mehrheit des Gemeinderats hat selbst den Antrag eines SPD-Gemeinderats, wenigstens eine Bürgerbefragung über das FZ durchzuführen, abgelehnt! Erst auf sehr massiven Druck der Bügerschaft hin wurde eine Versammlung durchgeführt, die über das geplante FZ informierte.

Worum geht es bei diesem Freizeitzentrum? Das FZ soll ein Hallenbad mit allen erdenklichen Schikanen werden: es hat eine Sauna, Solarium, Wellenbad, Cafeteria, Felsen, Gebirgsbach, Restaurant, Discothek und ähnlichen Quatsch mehr. Der Bürgermeister nennt dieses sein liebstes Kind — ein Hallenbad mit Pfiff!!! Das FZ soll im Rotmoos, einem schönen Landschaftsschutzgebiet bei Isny gebaut werden. Es wird natürlich ein architektonisches Wunderwerk werden, das sich vollkommen in unsere schöne Landschaft einfügen wird.

Warum wir gegen dieses Projekt sind? Der Hauptgrund für uns sind naturschützerische Gesichtspunkte. Erstens würde der vorgesehene Standort einen sehr schönen Teil der Isnyer Umgebung zerstören. Zweitens sehen wir verbunden mit dem Freizeitzentrum sehr weitreichende Folgen, die unsere ganze Umgebung betreffen werden. Bis jetzt gibt es nämlich noch gar keine potentiellen Besucher für das FZ: die Isnyer werden den hohen Eintrittspreis (DM 8,—) kaum aufbringen wollen und die in und um Isny untergebrachten Kurgäste haben im Kurort Neutrauchburg ein Bewegungsbad, das ihre Bedürfnisse vollkommen befriedigt.

Also was tut mensch, wenn keine Besucher vorhanden sind? Mensch versucht mit allen Mitteln welche herzubekommen. Für uns steht fest: um dieses FZ überhaupt rentabel machen zu können, muß der Tourismus angekurbelt werden und zwar durch den Bau von Autobahnen und Straßen, von Hotels, Feriendörfern, Skiliften etc. Das wird heißen, daß unsere noch relativ unberührte Landschaft von einer widerlichen Art von technisiertem Konsumtourismus überschwemmt werden wird. Einer Tourismusform, die einen billigen Abklatsch der großstädtischen Freizeitformen darstellt. Dieser Tourismus wird unserer Landschaft und unserer Kultur vollkommen aufgesetzt sein. Wir glauben, daß unsere schöne Landschaft unser bestes Kapital ist, wir wollen, wenn überhaupt Fremde, dann solche, die unserer Landschaft wegen kommen, die diese Landschaft genießen wollen und bei uns das finden, was sie in den Großstädten längst verloren haben.

Wir haben uns dem Bau des FZ's deshalb widersetzt, weil wir dieses Projekt als Teil einer Entwicklung sehen, durch die das Allgäu ausverkauft werden soll. Wir richten uns auch gegen den Bau der Autobahn A 98, die vollkommen überflüssig sein wird und unsere schönsten Täler zerstören wird. Wer eine solche Entwicklung des Fremdenverkehrs vorantreibt ist deutlich zu erkennen: der Fremdenverkehrsverband fordert den Bau der A 98 so rasch als möglich, der Isnyer Gastronomieverband fordert den Bau des Freizeitzentrums. Wir glauben, daß wir durch den Bürgerentscheid — egal wie er ausgeht — einiges erreicht haben. Die Isnyer Bürger haben gelernt, daß mensch sich den Beschlüssen der Obrigkeit nicht unterwerfen muß, sondern daß die Teilnahme an Entscheidungen erzwungen werden kann, daß mensch direkt mitreden und mitbeschließen kann. Auch haben sich die Isnyer, wenn auch spät, Gedanken über die Probleme des Naturschutzes und des Tourismus gemacht, was uns hoffen läßt, daß der Bau der A 98 noch verhindert werden kann, wenn alle mithelfen. Wir wollen ein bürgergerechtes Hallenbad! Wir pfeifen auf ein „Hallenbad mit Pfiff"!

Kontakt: Wohngemeinschaft Oberweiherhof 49, 7972 Isny-Menelzhofen, Tel. 07562/8004.



Berlin **Wandmalereien gesucht**

Ein Aufruf au Berlin zur Mitarbeit:

Wir - das sind verschiedene Stadtteilgruppen, Wohnkollektive, Einzelgänger und der Karin Kramer-Verlag - sind mit der Herausgabe eines Buches beschäftigt und zwar „Wandmalereien in Berlin, Westdeutschland, Italien, Portugal, Holland usw." Unsere Idee ist, nicht nur die verschiedenen Wandmalereien zu zeigen, sondern auch die unterschiedlichen politischen, lyrischen, ärgerlichen, wütenden Gründe darzustellen, die dazu führten, sich die Mauern und Wände zu nehmen, die man braucht.

Hinzu kommen soll eine Übersicht zu den bisherigen Prozessen, die im Zusammenhang mit den Wandmalereien stehen; Möglichkeiten der Verteidigung und Tips für die Prozeßführung. Gestaltung und Lay out werden von den Leuten selber übernommen und in diesem Zusammenhang bitten wir alle, die Fotos, Dias, Zeitungsartikel, Urteilsbegründungen, Texte haben, sie uns leihweise zur Verfügung zu stellen (das Material wird auf jedem Fall sofort nach der Fertigstellung des Buches zurückgegeben)!

Wer auch etwas aus dem östlichen Teil des Landes hat, sollte es uns auf jeden Fall auch zusenden!

Kontakt: Karin Kramer Verlag, 1000 Berlin 44, Braunschweiger Str. 22, Postfach 106, tel. 030/6842598 (abends) oder 6845055 von 9 - 16 Uhr, sowie PLU-Kollektiv c/o Alfred Folkers, 1000 Berlin 36, Paul-Lincke-Ufer 44a, tel.)30/6181893

„EIN MENSCHENFREUND"

FRANKFURT *Auf einen halben Briefumschlag geschrie-*
4.Mai *ben und hinter den Scheibenwischer eines mit AKW-Aufklebern versehenen VW-Käfers geklemmt fand eine Fachhochschülerin diesen Text, als sie zum Auto zurückkam. Das Auto war am Rand der Betonwüste, Nordweststadt, in Frankfurt geparkt.*

„Bevor Sie sich um alles mögliche kümmern, empfehle ich, sich selbst zu prüfen, denn Sie sind doch ein verkommenes Miststück. Auto innen mehr als unordentlich, außen verrostet und verdreckt. Ich kenne Sie nicht, kann mir aber vorstellen, daß Sie innen und außen genauso sind und dazu noch ein Gottesleugner. Sicher auch ein moderner Faulenzer, der die „Dummen" arbeiten läßt und selbst ein Schmarotzer am Volkskörper ist. Bessern Sie sich. Unbekannt freundlichen Gruß.
30.3.79 11.00 h Ein Menschenfreund."

O GOTT, O GOTT! WAS? BLUTSPENDEN?

Dieses denkwürdige Gespräch führte die ID-Mitarbeiterin Charlotte mit der taz aufgrund folgender Meldung:

> *Der tägliche Tip*
>
> **Blut für die TAZ**
>
> **Allen (Klein-) WG's (Pärchen), die meinen, sie könnten die Kohle für die TAZ beim besten Willen nicht aufbringen, sollen mal alle 3 Monate 2 von sich zum Blutspenden schicken. Das kostet nicht viel Zeit, bringt aber pro Person 35 DM, macht zusammen 70 DM, reicht für mehr als ein 3-Monats-Abo. Adresse: Berliner Blutspendedienst, Amrumer Str. 27, 1-65.**
>
> **Dies ist ein Tip von Paul. Wer schickt uns weitere Tips????**
>
> **2.5.79**

Ch.: Guten Tag, ich bin die Charlotte aus Frankfurt, ich hab euren täglichen Tip in der taz gelesen, "Blut für die taz".

taz.: Waas, Blut für die taz? ? ?

Ch.: Ja, Blut für die taz!

taz: War das heute in der taz?

Ch.: So vor 'ner Woche, am 2. 5.

taz.: Aha, auf Seite 11, oder?

Ch.: Ich wollte mal fragen, wo man hier in Frankfurt sein Blut für die taz loswerden kann.

taz:Ja, du, da muß ich erst mal nachgucken, weil, ich weiß davon nichts... (Abgang, rascheln, knistern)

Ch.: Der weiß nichts davon... Wir können ihn ja fragen, ob er schon mal Dracula 'n Abo...

Ch.: Du kannst ja noch mal zurückrufen.

taz: Jaaa, kannst du mir die Nummer geben?

Ch.: Frankfurt 0611/704352

Der Rückruf aus Berlin

taz: Du hast doch eben angerufen wegen dem Blutspenden. Der typ, der das reingesetzt hat, hat gemeint, da gibts 'ne Firma, die heißt Imuno-GmbH und die müßt man im Telefonbuch suchen. Ansonsten kann man sicher beim Roten Kreuz was erfragen. Aber ich wußte davon überhaupt nichts.

Ch.: Ihr könnt ja mal 'ne Liste von den ganzen Blutspendediensten veröffentlichen.

taz: Ja ich weiß nicht. Firmen sind das wohl, ne.

Nachruf

Ch.: Ich hab vorhin wegen dem Blutspenden angerufen und hab dann im Telefonbuch nachgeguckt und hab die Firma da nicht gefun-! den.

taz.: Da kann ich dir nur empfehlen, mal beim Roten Kreuz anzurufen. Was da sonst in Frankfurt los ist, weiß ich überhaupt nicht. Ruf mal da, ich, ich hab davon (kicher) keine Ahnung, und derjenige, der das gemacht hat, weiß das auch nur von Berlin, in Heidelberg wußt er noch von was.

Ch.: Ne, das nutzt mir ja dann nichts.

taz.: Eben . . eh, aeh, äh . . . Du kannst ja mal beim Roten Kreuz anrufen. . . . Hihihi, ich weiß nicht, vielleicht belästigste mal die Frankfurter Initiative damit, vielleicht wissen die was und setzen sich mal mit dem Problem auseinander. Ich geb dir die Nummer von denen, dann sinds auch nur noch Ortsgespräche.

Ch.: Also war das ein ernstgemeinter Vorschlag von euch?

taz.: Ja, ja, der Typ, der das reingesetzt hat, hat das durchaus ernst gemeint, hat er mir gesagt. Aber es läuft hier alles etwas diffus, weißte, und deshalb wissen . . . ich komm auch teilweise kaum dazu, die Zeitung ganz zu lesen.

Ch.: das ist aber schlecht, du solltest sie aber lesen, damit du weißt, was drinnen steht.

taz: Naja, du mußt mal hierher kommen, wenn du mal in Berlin bist, da wunderst du dich manchmal, daß die Zeitung überhaupt rauskommt.

Ch.: Also ich werds mal in Frankfurt probieren. Tschüß.

Frankfurt daselbst

Ch.: Ich wollt wegen dem Blutspenden mal wissen, wo man das machen kann, weil das da nicht dabeisteht.

taz: Ach um Gottes willen (prust, kicher . . . prust, hahaha) O Gott nein.

Ch.: Ich hab schon in Berlin angerufen . . .

taz: Na gut, also . . . hahah

Ch.: Wer lacht denn da?

taz: Ja, also, ich, ich meine . . . Moment, ich hol grad mal meine Mitredakteure.Ja also (in den Raum: Hier ist ne Frau die ruft an, wo man Blut spenden kann! Brüllendes Gelächter, irgendwer ruft was von rotem Wein . . . Ich hab früher auch . . . Durcheinander, Charlotte lacht das Tonband voll, in der tazredaktion lärmts und tosts)

taz: Also es gibt womöglich, wenn dus wirklich ernst meinst, also an der Oberschweinstiege 'nen äh (im Hintergrund lacht immer noch einer) nen Blutspendendienst . . . brüllendes Gelächter . . .

Ch.: Also in der Oberschweinstiege kann man Blut spenden? Das Gelächter will nicht enden.

Ch.: Warum macht ihr euch darüber lustig und warum schreibt ihrs dann überhaupt?

taz: Ja, ich glaub, das war auch halb als Gag gedacht. Ich fürchte.

Ch.: Nee, Nee. Ich hab schon in Berlin angerufen und hab da gefragt.

taz: Und die waren ganz todernst?

Ch.: Ja, ja, die warn ganz toternst gewesen.
Das Gelächter erreicht eine ohrenbetäubende Lautstärke

taz: hmhm, hmhm, also, wo man da spenden kann?

Ch.: Und ich weiß nicht, woman da fragen kann.

taz: ernst: also es gibt offensichtlich einen Biertisch in der Oberschweinstiege, behauptet ein Redakteur hier. Der hat schon Blut gespendet, da kann man Blut spenden.

Ch.: Wen n man Bier getrunken hat?

taz: Oh Gott, mein Gott also. Also ich hab mich wieder gekriegt. Ich war jetzt sehr überrascht, du warst auch die erste die anruft. Moment, momenttt . . . ich habs sofort. Undzwar ist das Biotest-Serum-Institut, Flughafenstraße 4, 69 70 41. Also ich find das phantastisch, da müßtest du mal . . . hast du nicht mal Lust vorbeizukommen und dann berichten, wies war oder so.

Ch.: Ja, das werd ich mal machen. Ich geh mal hin und mach das mal und dann komm ich bei euch vorbei und berichte, wie das so ist, wenn man sagt „Ich spende jetzt Blut für die taz", und 'n Photo dazu.

taz: Ja, ja, das könn' wir... Das ist (haha), das ist natürlich auch 'ne sehr intensive Form von Unterstützung. Ich würds nicht machen.

Ch.: Das geht hart unter die Haut, gell?

taz: Das geht unter die Haut. Wie bist du denn überhaupt darauf gekommen?

Ch.: Na, es stand doch in der taz.

taz: Ja, aber, wir haben sonst noch keine solche Unterstützung gefunden.

Ch.: Aber das ist doch eine gute Idee, wenn man kein Geld hat.

taz: Eben, das stimmt, jaja, aha. Was machst denn du, bist du Studentin?

Ch.: Jaja.

taz: Aha, also komm doch mal auf jeden Fall vorbei. Ich mein, man kann die taz auch noch anders unterstützen. Wir sind in der Hamburger Allee 45, das ist in der Nähe von der Uni... Es gibt die Möglichkeit hier mitzumachen, wenn du so interessiert bist, sollte man das nicht auf sich beruhen lassen. Kommst du dann mal vorbei?

Ch.: Ja, mach ich.

taz: Schön, Tschüß.

ID - BIBLIOGRAPHIE etwas spärlich aber ID - BIBLIOG

Trikont Verlag, Kistlerstr. 1, 8 München 90

*Amazonen, Kriegerinnen und Kraftfrauen. Pierre Samuel. 25.00. Ein dicker Wälzer von einem französischen Mathematikprofessor (Erstveröffentlichung 1975) über die Behauptung, Frauen seien Männern von Natur aus physisch unterlegen - sowie ihre historische Widerlegung von den Griechen bis heute.

*Ariadna. Die Lehre der M Hexen. Mythen, Zaubersprüche, Weisheiten, Bilder. Kommentiert von Charles G. Leland. Originaldakumente aus der Mond und Schattenwelt der Hexen. Poetisch, verschlüsselt und gewagt.

Rotation. Verlag u. Vertrieb. Pfalzburgerstr. 72, 1 Berlin 15

*Alternativen zum Atomstaat. Das bunte Bild der Grünen. Hrsg. von Jan Peters. Standpunkte, Widersprüche, Hoffnungen in der Ökologie und Alternativbewegung. 14.80. Selbstdarstellungen und Berichte der unterschiedlichen Facetten aus der selbigen Bewegung.

Sozialpolitischer Verlag SPV ,Schlesische Str. 31, 1 Berlin 36

*Klassenkampf als Volkserziehung. Geschichte der Kulturrevolution in China; Heinz Knapp. 18.00. Pädagogik in China und was davon zu lernen und zu halten ist.

Neuer Verlag Bernhard Bruscha, Sindelfingerstr. 45, 74 Tübingen

*Suche n ch M. Schriften für amnesty international 2. Urs M. Fiechtner, Claus Magiere, Sergio Vesly. Mit Grafiken , 6.80.

*Jenseits der Mauern. Sergio Vesly. Überlebenslieder azs Chile. Übersetzt und bearbeitet von Urs M. Fiechtner. 6.80. Lieder, die in der politischen Haft in chilenischen Konzentrationslagern und Gefängnissen geschrieben wurden.

Frankfurt Herbert Soffel in der Uniklinik

Herbert Soffel, angeklagt im Verfahren gegen den Frankfurter Gefangenenrat, ist frei. Er erhielt Haftverschonung und ist jetzt - kurz vor dem Prozeßtermin - im Krankenhaus. Seine Anwälte schreiben dazu:

Grund für die Haftentlassung ist, daß sich die Hömoglobinwerte vom Blut von Herbert Soffel auf 5,3 (inzwischen sogar 4,4 - normal ist etwa 15 g%) verringert haben und er damit haftunfähig ist. Eine weitere Inhaftierung wäre lebensgefährlich.

Bereits am 4. April 1979 war der HB-Wert auf 8,3 g% zurückgegangen. Damals war die Haftfähigkeit angeblich noch gegeben, allerdings nur im „Vollzugskrankenhaus" in Kassel, das unter vielen Gefangenen in Hessen wegen seiner medizinischen Versorgung eine traurige Berühmtheit genießt. Als Herbert Soffel am 4.4.79 dorthin verlegt wurde, verweigerte er daher konsequent jede Behandlung. Eine erneute Verlegung nach Kassel erschien dem Gericht unter diesen Umständen wohl nicht mehr verantwortbar.

Herbert Soffel braucht, sobald sich sein Gesundheitszustand gebessert hat, finanzielle Unterstützung zum Lebensunterhalt, vor allem, um eine dringend notwendige Zahnbehandlung durchführen zu lassen. Spenden sind erbeten auf das Konto 1.005.058.300 bei der BfG Kassel (Rechtsanwälte Korte/ Huesmann/Pfeiffer).

Kontakt: RA Korte, Huesmann, Pfeiffer, Friedrich-Ebert-Str. 149, 3500 Kassel, Tel. 0561/77865

DEN KAMPF WEITERFÜHREN . . .

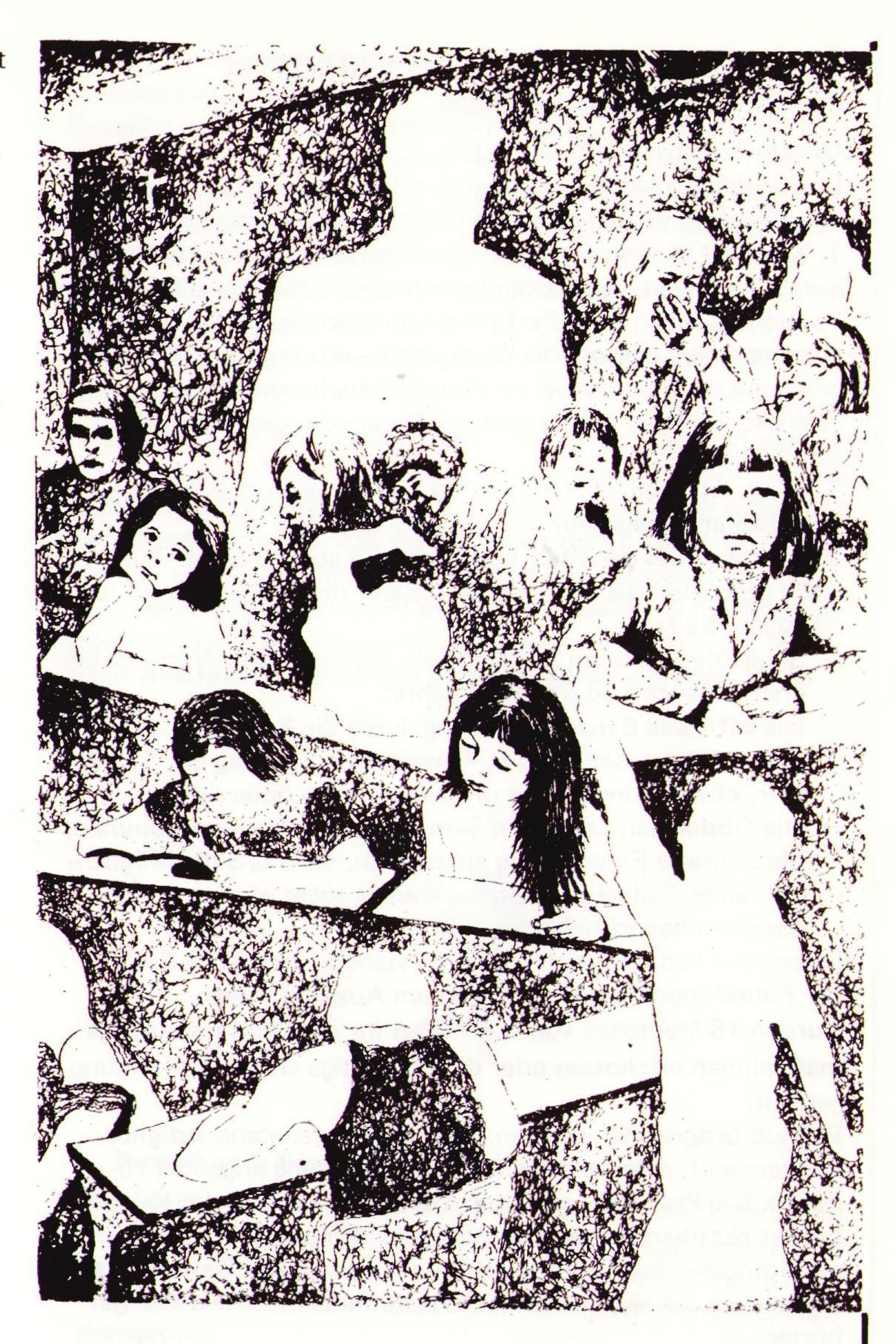
Frankfurt
3. Mai

Die dpa-Besetzer, denen zur Zeit in Frankfurt der Prozeß gemacht wird (s. ID 279), haben eine Erklärung mit dem Titel „Solidarität mit den dpa-Besetzern heißt: den Kampf weiterführen" verfaßt, in der sie sich mit der Diskussion und Wirkung ihrer Aktion innerhalb und außerhalb der Linken beschäftigen:

wir wollen versuchen, die diskussion fortzusetzen, die sich in der linken im zusammenhang mit der dpa-besetzung in frankfurt entwickelt hat. welche zentrale rolle dabei zur zeit die europawahl sowohl für den dpa-prozeß als auch für viele andere politische seltsamkeiten von der freilassung von werner hoppe bis zum herold/baum-konflikt spielt, werden wir versuchen zu beschreiben.
bei den meldungen der bürgerlichen presse über die dpa-besetzung, die durchgeführt wurde, um auf die haftbedingungen von karl-heinz dellwo und anderen und auf den lebensbedrohlichen-zustand von werner hoppe aufmerksam zu machen, war die reaktion der (sponti-)linken: „wahnsinn, kamikaze, sollen sie sich doch gleich freiwillig zur verhaftung melden" und andere statements . . .
daß aber gerade durch diese aktion eine entwicklung und eine auseinandersetzung in gang gebracht wurde, die sowohl werner hoppe vielleicht das leben gerettet hat, als auch die lähmung, in der (wir) alle verharrt hatten, durchbrochen hat, wollen viele bis heute noch nicht wahrhaben.
nur das kollektive handeln der gefangenen dpa-besetzer/innen im hunger- und durststreik für die rückverlegung von günter sonnenberg nach stammheim und seine integration in den „normal-"vollzug, und die unterstützung die von drinnen und draußen in gang kam, hat die rechtsradikale baden-württembergische justiz zu zugeständnissen gezwungen.
die kritik und die anmache, die von allen seiten kam, bezog sich auf die technische seite der aktion und dann auf die erklärungen, die durchkamen.
stellungnahmen, soweit sie überhaupt öffentlich bezogen wurden, blieben allerdings bei der arroganten kritik am technischen ablauf der aktion stehen und ließen sich auf die sache selbst, auf die nachrichtensperre, die über alle politischen gefangenen in den medien verhängt ist und auf die diskussion und die aktionsmöglichkeiten, die noch bestehen um die haftbedingungen oder die situation a l l e r gefangenen zu ändern, überhaupt nicht ein.
am anfang des dpa-prozesses waren ca. 70 - 90 männer/frauen als zuschauer beim verfahren. der zuschauerraum war voll. momentan (ab 24. 4.) sieht es so aus, daß maximal noch 20 leute da sind. das ermöglicht dem vorsitzenden dr. hahn die politischen inhalte, die die dpa-besetzer/innen vermitteln wollen, ohne schwierigkeiten abzuwürgen und die staatsschutzstrategie „kurzer prozeß" durchzuziehen.
das ziel der gefangenen ist, die integration der presse in die staatsschutzstrategie anzugreifen und die nachrichtensperre in bezug auf die haftbedingungen von k. h. dellwo, harry stürmer und heinz herlitz zu durchbrechen, außerdem auf den gesundheitszustand von günther sonnenberg und herbert soffel aufmerksam zu machen.
z. b. wurde am 25. 4. beantragt, regierungssprecher bölling, verschiedene verantwortliche chefredakteure und ehemalige cia-angestellte zu laden, um zu beweisen, daß es eine staatlich verordnete nachrichtensperre gibt.
in seiner zeugenaussage gab der damalige verantwortliche chefredaktuer der dpa zwar zu, daß es im herbst 77 eine anordnung gegeben habe, alle nachrichten über die guerilla und die linke mit „vorsicht" zu behandeln, sagte aber auch, daß er ansonsten alle nachrichten nach seinem gutdünken und nach seinem eigenen politikverständnis redigieren und auswählen würde.
bei dem spätfaschistischen bewußtsein derer, die heute die medien beherrschen, wäre es vielleicht gar nicht notwendig, eine nachrichtensperre zu verhängen tatsache ist aber, daß sie nachweislich bestandteil der informationspolitik in allen medien ist.
momentan ist die spd/fdp-regierungskoalition durch den druck der europawahlen gezwungen, eine liberalisierungskampagne durchzuziehen, was z . b. deutlich wird an der freilassung von werner hoppe und anderen (sylvia, leila, etc.) die sonst ganz sicher nicht rausgekommen wären. ebenso deutlich wird sie

an der angeblichen lockerung der berufsverbotspraxis oder jetzt in jüngster zeit an am herold/baum konflikt um die überwachung von millionen von menschen.
es ist offensichtlich, daß die angebliche liberalisierung teil einer betrügerischen doppelstrategie ist. unter dem druck der französischen, spanischen, italienischen, niederländischen und englischen sozialdemokratischen und sozialistischen parteien macht die spd hierzulande politische bocksprünge, die grotesk anmuten. neben den besagten schwenks wie „lockerung" der berufsverbotspraxis, kontrolle der datenspeicherung, vermeidung von neuen toten unter den politischen gefangenen, bringt es die spd echt so weit, in allen unterbezirken und ortsgruppen eine kampagne anzuleiern: „gibt es einen neuen faschismus?" was gleichzeitig in den spd-spezialtrakts von stammheim, moabit, celle, ossendorf, fuhlsbüttel, bruchsal, lübeck oder stadelheim passiert, ist nichts anderes, als die versuche an menschen in den nationalsozialistischen KZs. ohne daß die linke auch nur eine kampagne zustande gebracht hätte, wurden in jedem westdeutschen bundesland tote trakts für politische häftlinge gebaut. was in den trakts abläuft, haben nur die leute aufgedeckt, die nachher als „antifa" und antifolterkomiteeler verschrien waren: offene vernichtungshaft!

ein von psychologen des cia und der nato entwickeltes reizentzugsprogramm mit totalüberwachung und für die hehre wissenschaft aufzeichnung auf videokassetten, vollzugsziel: gehirnwäsche, nicht wie in marion in den usa, sondern einfach nur durch anpassungsdruck um der vernichtungshaft zu entgehen. beispiele dafür sind horst mahler, ruhland, müller, bodeaux, hochstein, volker speitel und der bruder von k. h. dellwo. oder apathie, was sie bei den wenigsten der politischen gefangenen erreichen, o d e r   d e r   l a n g s a m e ,   n e u r o - v e g e t a t i v e   m o r d , dem astrid proll, wolfgang grundmann und werner hoppe gerade noch entgangen sind, dessen opfer jetzt günter sonnenberg, karl-heinz dellwo und herbert soffel als nächste zu werden drohen.
wohlgemerkt, es geht hier nicht um eine kampagne für einzelne gefangene aus der guerilla, sondern darum, was hier in westeuropa mit der ganzen linken passiert!
in der schweiz wurden gabi kröcher und christian möller von kanton zu kanton verlegt und jedesmal waren eigens für sie neue spezial-trakts gebaut worden. wofür wohl?
in italien baut mann superknäste wie preungesheim und ossendorf (assinara) und in spanien verschwinden die politischen gefangenen plötzlich — oh wunder — in trakts . . .
in dieser situation geht es für uns, gerade auch bei einer aktion wie der dpa-besetzung, nicht um eine kritik am technischen ablauf. und auch nicht um das aufwärmen der alten widersprüche zur roten armee fraktion, sondern hier ist es notwendig, (meinen wir) eine inhaltliche diskussion zu führen um die nachrichtensperre, die vor allem auch in der linken stattfindet, in den alternativblättern, dem id und der tageszeitung, und um die haftbedingungen und die haftexperimente, die die staatsschutzpsychologen entwickeln.
wir glauben es ist möglich, die widersprüche (die ideologischen widersprüche) zwischen der raf, der antiautoritär-sozialistischen fraktion des 2. juni und den anarchistisch-autonomen widerstandsgruppen zu bereinigen. wie sich die ganze linke zu ihren offensiven teilen verhält, ob sie sich weiter distanziert, ob sie weiter diffamiert, zensiert oder unterdrückt, wird sich zeigen.
wir können allen genossen und genossinnen nur das sagen, was uns neulich ein völlig unbekannter „sozialer" gefangener aus dem knast geschrieben hat:
„mit freunden habe ich mündlich, schriftlich über gewalt und ihre anwendung diskutiert und eisern meinen standpunkt vertreten: gewalt darf nicht sein und muß nicht sein. heute kann ich diese freunde nur bitten: seid nicht böse, ich habe mich geirrt!"



ASTRID PROLLS HEIRAT GÜLTIG

LONDON 10. Mai Nach fünftägiger Verhandlung im Familiengericht des High Court stellte der Vorsitzende Sir George Baker fest, daß Astrid Proll, mit der Person identisch ist, die unter dem Namen Senta Greta Sauerbier 1974 in England einreiste und im Januar 1975 den Engländer Robin Puttick heiratete und daß diese Ehe faktisch und rechtsgültig ist. Er weigerte sich jedoch, die von ihm verlangte formelle Gültigkeitserklärung abzugeben, da diese Eheschließung — und damit das Recht auf britische Staatsbürgerschaft — auf strafbaren falschen Angaben beruhe. „Niemand soll von seinem Unrecht profitieren", sagte er, oder wie der Antragsgegner — der Anwalt der englischen Regierung — es in seinem Plädoyer ausdrückte: „The dirty dog won't get any dinner here."

Astrids Anwälte haben gestern den englischen Innenminister aufgefordert, ihr aufgrund der Feststellung des Gerichts nun unverzüglich die englische Staatsbürgerschaft zu gewähren. Seit ihrem Antrag auf Staatsbürgerschaft im Oktober 1978 hatte das Innenministerium eine Entscheidung davon abhängig gemacht, daß ihre Identität und die Gültigkeit ihrer Ehe zweifelsfrei nachgewiesen wird. Damit wurden langwierige Gerichtsprozeduren in Gang gesetzt. Für Astrid bedeutet das nunmehr 8 Monate in einem englischen Gefängnis. Von der Entscheidung des Innenministers, ob ihr die Staatsbürgerschaft zuerkannt wird, hängt der weitere Verlauf in der Revision gegen den Auslieferungsbeschluß vom 5. Februar dieses Jahres ab.

Schreibt an Astrid Proll, B 22188 HMP Brixton, Jebb Avenue, London SW 2.

ZUM TOD VON ELISABETH VAN DYCK

Presseerklärung der Angehörigen

Unsere Tochter Elisabeth ist tot.
Der Geschehensablauf, wie wir ihn den Presseberichten entnehmen, läßt Fragen offen und gibt Anlaß, zu fragen:
1. Wieso ist es einem in der Festnahme von „mutmaßlichen" Terroristen oder Terroristen bestens geschulten Spezialkommando nicht möglich, eine Festnahme ohne tödlichen Ausgang vorzunehmen; obwohl die Wohnung bereits tagelang observiert wird und das Haus von einer Hundertschaft umstellt ist?
2. Wieso wird gegen eine einzelne Person der gezielte Todesschuß angewandt?
3. Wieso wird anläßlich einer Festnahme der Todesschuß in den Rücken abgegeben?
Diese Praxis des gezielten Todesschusses auf der einen Seite steht gegenüber die Mißachtung unserer menschlichen und juristischen Belange:

- So erfuhren wir am Samstag früh aus den 7-Uhr-Nachrichten erstmals vom Tod unserer Tochter.
- Die offizielle Benachrichtigung durch die Behörden kam erst auf Betreiben unseres Anwaltes am Samstag um 17.00 Uhr, obwohl unser Haus ununterbrochen observiert wurde.
- Die Obduktion wurde am Samstag vormittag vorgenommen, ohne unsere Einwilligung einzuholen, ohne uns die Möglichkeit einer Teilnahme zu gewähren, ja sogar ohne uns überhaupt zu benachrichtigen.

Elisabeths Tod reiht sich ein in die ständig wachsende Serie der Fahndungserfolge mit tödlichem Ausgang. Allein 1978 wurden 18 Menschen von der Polizei im Zuge von Fahndungsmaßnahmen erschossen oder durch sonstige Gewaltanwendung getötet.
Es muß festgehalten werden: Unsere Tochter stand lediglich im Verdacht, einer terroristischen Vereinigung angehört zu haben. Die Praxis des gezielten Todesschusses und der Kommentar des Nürnberger Polizeipräsidenten Helmut Kraus:„Es war ein Bombenerfolg für uns" erfüllen uns mit tiefer Betroffenheit, ebenso wie die eklatante Mißachtung userer Rechte als Angehörige.
gez. Ilse von Dyck, Johann von Dyck, 8. Mai.

Die Familie von Elisabeth von Dyck erwägt nun, ob Strafanzeige gegen die an der Tötung beteiligten und die verantwortlichen Beamten gestellt werden soll. Der von ihnen beauftragte Rechtsanwalt Sander in Mannheim hat Akteneinsicht beantragt. Er sagt, es ist interessant, daß schon am Montag, bevor die Untersuchungen überhaupt eingeleitet worden waren, von den Nürnberger Behörden gesagt wurde, es sei eindeutig Notwehr gewesen.
Die wichtigen Fragen über den Ablauf des Geschehens sind nun nach meiner Ansicht:
1. Welcher der beiden Schüsse ist zuerst gefallen?
2. Aus welcher Entfernung fielen die beiden Schüsse?
Außerdem frage ich mich, ob es wieder keine Fingerabdrücke auf der Pistole geben wird, die Elisabeth von Dyck bei sich getragen haben soll, so wie bei Raspe und Baader keine Fingerabdrücke auf den Pistolen zu finden waren, weil sie leider durch das Blut verwischt worden waren.
Auf jeden Fall soll mensch nicht vergessen, daß gegen Elisabeth von Dyck keine Anklage erhoben war, wie Rechtsanwalt Sander betont. Es ist nur gegen sie ermittelt worden.
ID/Max Watts

FRANKFURT 10. Mai *Erklärung des Allgemeinen Studentenausschusses der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt:*

„Wir melden uns zu Wort, weil uns das einhellige Schweigen über die Umstände des Todes von Elisabeth van Dyck entsetzt. Wir trauern um sie. Sie wurde von Vertretern derselben Staatsgewalt erschossen, die uns bedroht und verfolgt. Im Jahre 1979, dreißig Jahre nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes, ist es praktisch unmöglich geworden, staatliche Meuchelmorde zu beweisen. Elisabeth van Dyck ist offensichtlich seit Wochen lückenlos überwacht worden. Sie hätte bei jeder beliebigen Gelegenheit verhaftet werden können — ohne Gefahr für die eingesetzten Beamten. Doch mann zog es vor, sie hinter ihrer Wohnungstür aus Notwehr durch einen Schuß in den Rücken zu töten. Wer redet da von Mord?
Heute wurde Elisabeth van Dyck beerdigt. Unsere Trauer und Wut brauchen keine Märtyrer. Doch manche Tote sind lebendiger als viele der Lebenden.

Frankfurt am Main, den 10. Mai 1979
AStA der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt
Der Vorstand."



VERHAFTET WEGEN 129A

HEIDELBERG 10. Mai Der Heidelberger Arzt Karl-Heinz Adzersen ist am Mittwoch verhaftet worden. Gegen ihn wird Anklage erhoben wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung".

Entgegen allen anderen Meldungen ist Adzersen ein gefährlicher Mensch. Schon im Jahre 1975 hat er im Heidelberger Helmholtz-Gymnasium Flugblätter verteilt. In diesen Flugblättern war die Erklärung der RAF-Gefangenen zu ihrem damaligen Hungerstreik beinhaltet. Vom Bundesanwalt Zeiss wegen 129a angeklagt in erster Instanz zu 9 Monaten mit Bewährung verurteilt. Natürlich hat die Staatsanwaltschaft gegen eine so niedrige Strafe Berufung eingelegt und auch vor einer Stuttgarter Kammer (Staatsschutzkammer?) eine zweite Verurteilung erreicht: diesmal 6 Monate ohne Bewährung. Eine Revision gegen dieses zweite Urteil wurde vor einigen Wochen verworfen. Adzersen mußte also sowieso in Kürze eine rechtskräftige Strafe von 6 Monaten antreten.

Nun gibt es aber einen Haftbefehl wegen 129a, also Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Es wird behauptet, daß er für die Nachfolgeorganisation der RAF im Zeitraum vor der Schleyerentführung Medikamente besorgt hätte. Es ist zu erwarten, so die Bundesanwaltschaft, daß er „länger in Haft bleiben wird".

Für seine Freunde sind die gegen ihn erhobenen Vorwürfe vollkommen unhaltbar. Sein Vater in Dänemark, ein obrigkeitsgläubiger Mensch, ist darüber, wie mit seinem Sohn verfahren wurde, mit der Zeit zu einem vehementen Verachter des Modells Deutschland geworden.
ID/Max Watts

Entstehung eines Revolutionärs



RUSSELL IST TOT – ES LEBE DIE ÖRTLICHE ANTIREPRESSIONS-BEWEGUNG

FRANKFURT 23. April Das ‚3. Internationale Russell-Tribunal über die Verletzung der Menschenrechte in der BRD' ist nach den beiden Sitzungsperioden zu Ende. Neben dem ‚Geist' von Russell leben aber noch örtliche Russell-Initiativen weiter. Nach vier Treffen/Konferenzen während der Hochphase der Russellei fand nun ein Treffen der Gruppen in Frankfurt statt. Hier der Versuch einer Bestandsaufnahme:

Russell-Erwartungen

Im deutschen Herbst schmerzten die Daumenschrauben der Repression quer durch alle politischen Schattierungen der Linken. Anti-Repressionsarbeit schien das Gebot der Stunde. Da statt ‚Knobelbechern nun BKA-Kabel' und statt ‚Raub nun Kreditegeben' die Devise im westeuropäischen Ausland hieß, schien das Modell Deutschland auch ein europäisches Problem. Die internationale Jury sollte für Öffentlichkeit und Resonanz auch im Ausland sorgen. In allen deutschen Städten sollten in Russell-Initiativen alle ‚linken Kräfte', von den Spontis über Jusos, KB, SB, KPD, Trotzkisten bis hin zu Knastgruppen, ESGs und Judos (hoffentlich hab' ich nichts vergessen) an diesem einen Punkt zusammenarbeiten. Der Name ‚Russell' sollte im linken Spektrum integrativ wirken, Berührungsängste abbauen, eine (wie auch immer geartete) Menschenrechtskampagne initiieren.

Die Russell-Unterstützungsbewegung als einigende Kraft, regional zunächst. Als der deutsche Beirat und das Sekretariat in Berlin von der politischen Substanz immer mehr per Mauschelei und Taktiererei veräußerten, schlossen sich die Russell-Initiativen auch überregional zusammen. Euphorie wurde großgeschrieben. Forderungen nach der Behandlung der Haftbedingungen und der gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse wurden gestellt. Nicht-selektiv wollte mensch sich verhalten. D.h. ohne Ausgrenzung von Mißliebigen Themen und Gruppen (das schienen vielen die Knastgruppen/Anti-Folter-Komitees zu sein, in Berlin sogar schon der KB) sollte miteinander gesprochen, gearbeitet werden.

Russell-Entwicklung

Ein Haken lag schon in der Struktur der örtlichen Initiativen. Da delegierten die Jusos, der KB, die KPD etc. ein Mitglied in die Initiative. Wen wundert's, wenn bei solcherart zusammengesetzten Initiativen die Mitglieder nach Beendigung der beiden Situngsperioden wieder in ihrem vorherigen politischen Zusammenhang zurückkehrten. Außerdem: Nicht immer läßt sich vermeiden, daß der Delegierte, die ‚Massen', die ihn geschickt haben, nicht nach außen kehrt.

Der Traum von Einigkeit zerbrach in fast allen Städten. Nahezu keine größere Stadt ohne eine zwei- oder sogar dreigeteilte Russell-Landschaft. Der größte Teil des SB, dies nebenbei, betrachtete seinen Pfingstkongreß vermutlich das ganze Tribunal als hauseigene Angelegenheit, als Selbstbedienungsladen, als Möglichkeit, Teile des sogenannten radikaldemokratischen Lagers (Judos, Jusos, Berufsverbote-Komitees, Falken etc.) für sich zu gewinnen. Die KPD ließ endgültig vom Anspruch der ‚alleinseligmachenden Kraft' ab. Bei der Grünen Liste setzte sich zumindest in Hessen dieses kooperative Verhalten fort. Die GIM strengte sich an und dem KB paßte es sowieso ins Konzept.

Die 1. Sitzungsperiode (Ostern '78 in Frankfurt-Harheim) wurde noch mit viel Engagement von der Russell-Unterstützungsbewegung eingeläutet. Bei der 2. Sitzungsperiode war schon so viel an Substanz fort, daß die Resonanz der Russell-Initiativen spärlich blieb. Während der 1. Sitzungsperiode wurde der ID als Tageszeitung bundesweit vertrieben (10.000 Exemplare täglich), bei der 2. Sitzungsperiode erschien dreimal ein auf Nordrhein-Westfalen beschränktes Sonderblatt der dortigen Volksblätter.



Russell nach Russell

Das Treffen in Frankfurt (Fachhochschule Nordweststadt) am 21. April hat gezeigt: Die Russell-Unterstützungsbewegung existiert nicht mehr! Aus sechs Städten waren Leute angereist um festzustellen: ‚Russell ist tot, es lebe die örtliche Anti-Repressionsarbeit'.

In der Tat: Die eine Hälfte der rund 100 Initiativen hat sich aufgelöst, da sie ihr Ziel nur in der Zuarbeit zum Tribunal sah. Die andere Hälfte hat sich vom Namen ‚Russell' gelöst und ‚vor Ort' Schwerpunkte gesucht: Rechtsberatung, Prozeß-AG, Antifaschistische Komitees, Dokumentation von Haftbedingungen bzw. von Zensurfällen, Ausländerberatung, usw.. In organisierter Form unter dem einigen Schutzdach ‚Russell' ist die Russell-Unterstützungsbewegung zu Grabe getragen worden.

Geblieben ist zweierlei:

– die Prinzipien des Selbstverständnisses existieren weiter. Berührungsängste konnten zum Teil abgebaut werden. Die Sensibilisierung für (und bei) Anti-Repressionsfragen ist gestiegen. Die Berufsverbotediskussion wurde neu angeleiert (aber: nicht jede ‚Liberalisierung' ist auch wirklich eine). In der Auseinandersetzung um Menschenrechte, Repression und Gewalt sind neue Punkte gefunden worden.
– Wenn sich z.B. die Kölner Ex-Russeller hauptsächlich mit den faschistischen Umtrieben in ihrer Stadt auseinandersetzen, bedeutet dies nicht, daß sie diesen einen Bereich absolut setzen (viele der DKP-nahen Berufsverbote-Komitees verhalten sich nämlich entsprechend). Um durch die unterschiedliche Schwerpunktsetzung nicht auseinander zu driften, werden in unregelmäßigen Abständen Treffen zu ausgewählten Bereichen von Repression stattfinden.

Am 9./10. Juni machen die Berliner den Anfang. Die ehemalige Berliner Russell-Gruppe führt eine Arbeitskonferenz zu den Haftbedingungen durch. Kontakt: **Claudia von Braunmühl, Tel.: 0611 / 727275; Barbara Jasemi, Tel.: 030/ 3421732.**





SCHAD' UM DES MÄDLE . . .

Karlsruhe
26. April

Der folgende Bericht stammt von einer Frau, die uns gebeten hat, ihren Namen nicht zu nennen:

Vor kurzem (am 5. April) versuchte der Verfassungsschutz, mich als Spitzel und als agent provocateur anzuwerben. Der Bulle kam zu mir nach Hause. Als ich merkte, um was es geht, machte ich ihm nicht gleich die Tür vor der Nase zu, sondern ließ mich auf ein Gespräch ein, ganz einfach weil ich neugierig war und dachte, es sei vielleicht ganz interessant, zu erfahren, wen und was ich eigentlich bespitzeln sollte, es dauerte nicht lange, bis ich merkte, daß das wohl eine Fehleinschätzung war, weil diese Typen natürlich auf so'n Gespräch besser vorbereitet sind als man selber, und man im ersten Moment ziemlich verunsichert ist und vielleicht auch ein bißchen Angst hat, besonders wenn man mit den Bullen schon Erfahrungen gemacht hat. Ich glaub, daß die Erfahrung, die ich da gemacht hab, nicht nochmal jemand zu machen braucht. Deshalb schreib ich mal kurz das Wichtigste, wie das abgelaufen ist.
Das „Gespräch" hat so ca. 20 bis 30 Minuten gedauert, und der hat die ganze Zeit geredet wie 'n Wasserfall, ohne jedoch konkret zu werden und zu sagen, was er genau will. Anfangs hat er sogar versucht, mir weiszumachen, er sei nicht von der Polizei, darüber müßte er mich ja sonst aufklären. Er käme von einem Institut für Ursachenforschung des Terrorismus, und ich sei da wohl kompetent, weil ich zum „Umfeld" gehören würde. Ich hab ihn dann alle paar Minuten unterbrochen und gefragt, um wen und was es konkret geht. Darauf hat er dann entweder nichtssagend geantwortet oder die Frage ignoriert und an was anderem weitergeredet.
Auf meine Frage, wie sie denn gerade auf mich kämen: ich sei bei der Beerdigung in Stuttgart gewesen, mal vor'm Karlsruher Knast kontrolliert worden, ich sei beim Prozeß gegen Sonnenberg, Folkerts, Mayer, Haag usw. „beobachtet" worden. (Schon allein die Sprachregelung ist so dreckig und soll einen einschüchtern. Ich geh also nicht einfach in einen öffentlichen Prozeß, sondern werde „beim Sonnenberg beobachtet") Ich würde zu einer Gruppe gehören, die „immer näher an den harten Kern heranreicht", die „offen symphatisiert", die „einen Mord befürworten könnte und Menschenleben gefährden könnte". Und der Mord an Buback hätte ja nicht durchgeführt werden können, wenn „diesen Leuten hier in Karlsruhe nicht z. B. eine Wohung besorgt worden wäre".
Ihn würde mein Verhältnis zur Szene interessieren. Ich würde mich sozusagen in der Grauzone befinden, und solle mir das sozusagen nochmal alles gut überlegen. Dann sprach er ziemlich lang über die Morde in Stammheim und Stadelheim. Das sei doch alles Blödsinn: „Wissen sie, die Eltern der Schubert waren im BGH und haben geheult, echt geheult, weil mit dem Mädle net mehr zu reden war, wie sie mit den anderen in Stammheim zusammen war und jetzt isch's tot, das Mädle. Is doch schad drum, für was is die denn gestorben, wer hat denn die gekannt."
„Wissen sie, wir wollen weitere Gewalttaten verhindern, und sie können uns dabei helfen. Sie können Aktivitäten verhindern, von der einen oder anderen Seite, wissen sie, das hat mich doch echt beeindruckt, wie ich die Meinhof da hab hängen sehn, den Baader da und so."
Als ich den Bullen dann fragte, wie er das meinte, Aktivitäten von der einen oder anderen Seite, sagte er, das habe er nicht so gemeint.
Und umfassende Informationen seien ihnen natürlich auch was wert. Und dann nuschelte er sowas von: das sei doch sehr mühsam, wenn da fünf Leute in jahrelanger Arbeit alle Kleinigkeiten zusammentragen müßten, ich müßte ja nichts kaufen, denn sie wollten ja nichts anstiften, ich sollte das nicht so verstehen, daß sie was anstiften, sie wollten ja Bluttaten verhindern. Mir war das dann irgendwann zuviel und ich bin ab, nachdem ich ihm gesagt hab, er solle sich nicht mehr blicken lassen.
Mir ist erst hinterher klargeworden, wie psychologisch geschickt die sowas anfangen. Das Typische an ihm war, daß er zum Teil ziemlich wirres Zeug dahergeredet hat, zusammenhanglos und ohne rechten Sinn, und daß er an den interessanten verfänglichen Stellen genuschelt hat, so daß man ihn nicht recht verstehen konnte. Es ist klar, daß sie mit der Neugierde der Leute rechnen, die sie ansprechen, und daß sie schon daran was über dich erfahren können, wo du an bestimmten Stellen, die dir interessant erscheinen, nachfragst, willst, daß er das nochmal, konkreter sagt. Auch wenn er bei diesem Gespräch konkret nichts gewonnen hat, hab ich doch irgendetwas verloren dabei, denn hinterher lag mir das dann doch ganz schön schwer im Magen, daß ich mit so einem Schwein ruhig an einem Tisch gesessen bin und mir den Dreck angehört hab und überhaupt mit dem geredet hab. Es ist wichtig, daß man sich wirklich darüber im Klaren ist, daß die auch in so'ner Situation, wo sie was von einem wollen, ne stärkere Position haben. Und daß ihr Ziel bei so 'ner Sache nicht unbedingt nur sein muß, einen zur Zusammenarbeit zu kriegen, sondern einen einschüchtern, indem sie zeigen, „wir sind noch immer da und interessieren uns für dich", (Vor ein paar Wochen ist bei mir ein Ermittlungsverfahren wegen 129a eingestellt worden). Und daß sie an deiner Reaktion, ob du ängstlich bist und verunsichert bist oder klar hast, daß du sie rausschmeißt usw, was über deine Persönlichkeit erfahren. Solidarische Grüße



CHILE IM SECHSTEN JAHR DES PINOCHET

FRANKFURT,
8. Mai

Als zwei zufällig hereingeflatterte Briefe eines Genossen, der sich z.Zt. in Chile aufhält, uns in der ID-Auslandsgruppe motivierte, mal wieder über Chile zu sprechen, wurde das ganz schön heftig. Ist's nur der Terror von Pinochets Repressionsorganen, der jeden erfolgreichen Widerstand zunichte macht? So, wie es der exilchilenische Widerstand häufig begründet? Oder müssen wir in der Tat zur Kenntnis nehmen, daß es dem Regime gelungen ist, diese uns damals so weit entwickelt erscheinende sozialrevolutionäre Bewegung so weit zu zerschlagen, daß sie trotz sich ständig verschlimmernder Über-lebensbedingungen für den allergrößten Teils der chilenischen Volkes keinen Widerstand organisieren kann? Hat das Regime politische, ökonomische und soziale Verhältnisse durchsetzen können, die den Überausgebeuteten nur noch die Flucht in Resignation und Apathie offenlassen? Heißt das, daß das Regime heute auf die offen terroristische Repression wie nach dem Putsch 73 verzichten kann, ohne deswegen gleich seine Stabilität aufs Spiel zu setzen? Konkret stellte sich für uns die Frage bei den Interviews aus der größten chilenischen Tageszeitung „El Mercurio“. Ist es banal, so konkret und ausführlich über den wöchentlichen Speiseplan eines Bäckereigehilfen und eines Lehrers zu berichten, weil das Elend ja allgemein bekannt und auch in anderen Ländern der 3.Welt ähnlich, wenn nicht schlimmer ist? Oder liegt gerade im dort beschriebenen Nebeneinander von Hunger und Fernsehapparat nicht ein Schlüssel zum Verständnis der jetzigen Situation in Chile? Ähnlich wie der Verfasser des „Le Monde“ Artikels über die Opposition in Chile, meinen wir auch, daß die Probleme des einfachen alltäglichen Überlebens (Nahrung . . . etc.) heute das Hauptproblem der meisten Chilenen darstellt und vermuten, daß sich um diese konkrete Problematik herum im Moment eher neue politische und organisatorische Strukturen gegen das Regime orientieren, als um die traditionellen politischen Kräfte. Insofern wäre es sehr interessant, wenn uns von Leuten die in der letzten Zeit in Chile waren, noch weitere Berichte von Reiseeindrücken aus dem chilenischen Alltag zugeschickt würden.

Und zum Abendessen? - Nichts!

Die Lebensbedingungen der Mehrheit der Chilenen hat sich in den letzten Jahren nicht wesentlich gebessert, wie selbst die regierungsnahe Tageszeitung „El Mercurio“ in einer Beilage seiner Ausgabe vom 28.1.79 schreibt, können 60% der Bevölkerung als arm bezeichnet werden. Etwa 20% leben nach „Mercurio“ in „extremer Armut“ und etwa 40% in sog. „einfacher Armut“.

Wie die Lebenssituation derjenigen aussieht, die einen Arbeitsplatz haben — bei einer geschätzten realen Arbeitslosenquote zwischen 15—20%, zeigen Interviews mit Familien, die mit monatlich 5.000 Pesos (DM 300,—) leben müssen. Diese Interviews wurden im „El Mercurio“ unter der Überschrift veröffentlicht: „Leben mit 5.000 Pesos“.

Zu denen, die mit dieser Summe monatlich leben, zählen Arbeiter im öffentlichen Dienst, Arbeiter mit gewisser Qualifikation, viele Techniker des Gesundheitsdienstes, viele Grund- und Mittelschullehrer, bestimmte Beschäftigte mit kurzer Ausbildung und geringer Berufserfahrung, ein Großteil der Angestellten im Handel u.a.m.

Um zu verstehen, wie wenig 5.000 Pesos sind, muß mensch sich vorstellen, daß die Preise für Kleider, Haushaltsgeräte, elektrische Geräte und allgemeine Konsumartikel denen in der BRD fast gleich sind, mit Ausnahme von einigen Nahrungsmitteln (Obst und Gemüse) und Dienstleistungen. Billiger als in Deutschland ist der Whisky!

Von den veröffentlichten Interviews sind zwei ausgesucht: die eines Bäckergehilfen und eines Grundschullehrers: „Wie alle Bäckergehilfen erhält P.M. täglich seinen Lohn von 92 Pesos (DM 6,50), 3 kg Brot und am Ende des Monats einen Zuschuß für seine zwei Kinder und seine Ehefrau (Anm. eine Art Kinder- bzw. Familiengeld). Insgesamt hat er 4.500 Pesos monatlich (DM 270). Seine Ehefrau verdient etwas dazu: sie löst Baumwoll-Knäuel zu Fäden auf und erhält dafür etwa 80 Pesos wöchentlich (DM 4,80).

?? Was essen Sie?

!!! Das, wozu es reicht: Bohnen mit Gemüse, Nudeln oder Suppeneintopf mit Fischköpfen; das ist nahrhafter für die Kinder.

?? Wieviel geben Sie täglich aus?

!!! Mein Mann läßt mir 70 Pesos (4,20 DM) und davon brauch' ich alles. Außerdem verkaufe ich ein Kilo Brot zu 14 Pesos (82 Pfennige), das ich am Wochenende bezahlt bekomme.

?? Wofür geben Sie das „Familiengeld“ aus?

!!! Davon sehen wir fast nie was, weil es für den SERVIU gebraucht wird (Anm.: eine Art Bausparkasse). Was bleibt, ist für die Raten des Hauses; mehr als 500 Pesos (DM 30).

?? Wieviel Gänge gibt es zum Mittagessen? (Anm.: In Chile gibt es „gewöhnlich“ zwei bis drei Gänge)

!!! Nur einen. Wenn es was Trockenes gibt, mach ich eine Suppe.

?? Und für das Abendessen?

!!! Nichts. Wir essen nichts, weil es nicht reicht, aber wir sind es schon gewohnt.

?? Was essen Sie zum Frühstück?

!!! Eine Tasse Tee und ein Ei im Glas für die Kinder.

?? Trinken Sie Milch?

!!! Sehr selten. Es ist sehr teuer (Anm.: 1 l Milch kostet 90 Pfennige).

?? Und zur Kaffee-Zeit?

!!! Nur Tee und Brot.

?? Kaufen Sie Fleisch oder Hühnchen?

!!! Nie. Es reicht nicht. Ich halte im Haus Geflügel.

?? Womit füttern Sie die Hühner?

!!! Es kommt mir teuer. Ich gebe 70 Pesos (DM 4,20) in der Woche für Futtermittel aus. Früher hatte ich auch Gemüse angepflanzt, aber die Wasserrechnung wurde so hoch, und so mußte ich es sein lassen.

?? Wo kaufen Sie ein?

!!! Hier in den Läden des Viertels.

?? Warum nicht in der VEGA (billigster Großmarkt in Santiago)?

!!! Weil ich dafür nie Geld sparen kann (für einen Großeinkauf). Außerdem, wie soll ich da hingehen, wenn ich nicht einmal Schuhe habe. Diese hier verliere ich im Bus, so alt sind sie.



?? Wie gehen Sie dann aus?

!!! Ich gehe nie aus. Seit einem Jahr war ich nicht mehr im Zentrum. Warum soll ich da hingehen, wenn ich doch nichts kaufen kann. Außerdem laß' ich das Haus nicht gern allein. Es gibt viel schlechte Leute hier im Viertel.

?? Haben Sie einen Fernseher?

!!! Ja, zum Glück konnten wir uns jetzt einen kaufen. Wir mußten den Gürtel enger schnallen, aber so haben die Kinder was zum Gucken.

?? Kaufen Sie Kleidung?

!!! Nein, wir haben nur die Arbeitskleidung. Kleider zum Ausgehen haben wir nicht.

?? Sind die Schulsachen teuer?

!!! Immer verlieren sie Bleistifte und Radiergummis. Aber das Schlimmste ist, daß sie in der Schule ständig Geld verlangen, für die Schulfeste o.ä. Einmal kam eine von den Kleinen mit zwei Coupon-Heften, die sie verkaufen sollte (Anm.: eine Art Stimmzettel für Wettbewerbe in der Schule). Oder wenn es das nicht ist, dann sind es die Eintrittskarten zum Tanz. Wir können es uns nicht leisten, auf Feste zu gehen. Außerdem verlangen sie von uns Bohnerwachs und Klopapier für die Schule.

?? Was machen Sie, wenn jemand krank wird?

!!! Zur Versicherung gehen. Klar, daß das jetzt sehr teuer kommt. Im vergangenen Jahr verlor ich ein Baby und mußte Spritzen bekommen, die mich zwischen 100 und 150 Pesos (DM 6,— bis 9,—) gekostet haben. Jetzt ist eine meiner Töchter krank und nur für die Medikamente zahlen wir 100 Pesos. Außerdem muß sie sich eine Kopfuntersuchung machen lassen und wir haben kein Geld dafür. Die Lehrerinnen sagen, daß sie nur sehr schwer lernt und alles wieder vergißt. Ich wollte sie in eine spezielle Schule schicken, aber wegen dieser Untersuchung konnte ich das auch nicht.

?? Was machen Sie in den Ferien?

!!! Wir fahren nie weg. Früher waren wir bei einigen Verwandten in Cautin, aber jetzt müssen die Kinder für die Zugfahrt bezahlen und da reicht es uns nicht mehr.

?? Wenn Sie eine Einladung hätten, wo würden Sie gerne hinfahren?

!!! Ans Meer. Die Ärzte haben mir Urlaub verordnet, weil ich so nervös war. Oft empfinde ich eine schreckliche Hoffnungslosigkeit. Mir wird schwindlig und ich kann nichts machen."

M.S. ist Grundschullehrer und erhält 5.600 Pesos (DM 336) netto im Monat. Er verdient mehr als seine Kollegen, weil er in einer Experimentier-Schule Unterricht gibt. Seine Ehefrau macht jetzt nachträglich Abitur, um später bessere Arbeit zu finden. Vom eigenen Haus haben sie bisher nur das Fundament. Sie hoffen, es in 10 Jahren fertigzustellen. Sie kaufen nach und nach das Material und arbeiten am Bau in ihren Ferien, weil es nicht reicht, Arbeiter zu bezahlen. Unterdessen leben sie in zwei Zimmern aus Holz, ohne Bad, im hinteren Teil des Grundstücks, das sie zu ihrer Hochzeit gekauft haben. Sie möchten mehr Kinder haben, weil Rodriguez, der einzige schon 5 Jahre alt ist. Sie können es nicht.

!!! Wir haben nicht einmal den Platz für ein Kind mehr. In einem Zimmer schlafen wir und das andere dient als Wohnzimmer und Küche. Es würde auch nicht gehen wegen des Geldes. Mit dem, was ich verdiene, reicht es uns kaum. Wie also mit noch einem Kind?

?? Wie machen Sie es, daß das Geld reicht?

!!! Das weiß meine Frau. Ich gebe ihr alles und sie verwaltet es.

?? Wieviel geben Sie täglich aus?

!!! Etwa 60 Pesos (DM 3,60). (antwortet die Ehefrau)

?? Was essen Sie?

!!! Einmal die Woche Gemüse. Montags Bohnen mit Wurzelsaft oder Linsen; dienstags Kartoffelsuppe; mittwochs mache ich Fisch. Donnerstags gedünstetes Gemüse. Am Samstag Reis mit Hühnerinnereien und am Sonntag — je nachdem wie die Geldbörse aussieht — Suppeneintopf oder Fisch aus Dosen mit Soße. Wir essen es gerne.

?? Wieviele Gänge gibt es zum Essen?

!!! Nur einen und dazu Obst. Für den Abend gibt es das Gleiche wie zum Mittag.

?? Was gibt's zum Frühstück?

!!! Tee oder Kaffee mit Brot. Die Milch lassen wir dem Kind.

?? Kaufen Sie Kleidung?

!!! Nein. Mein Mann ist am schlimmsten dran. Er braucht ein Jackett für die Schule. Vor kurzem hatte er nichts zum Anziehen. Schließlich hat er sich eine blaue Jacke gekauft, die ihm etwa für 4 Jahre reichen wird.

?? Wie kauften Sie die Sachen im Haus; den Fernseher, den Kühlschrank und die Küche?

!!! Es waren Geschenke zur Hochzeit. Wir haben im ersten Jahr die Waschmaschine gekauft und danach haben wir nie mehr etwas sparen können.

?? Wieviel geben Sie an Arztkosten aus?

!!! Wir sind in der Beamtenkrankenversicherung, aber trotzdem bleibt es eine Belastung für uns. Jeder Bonus kostet mehr als 100 Pesos. Ich habe bronchitisches Asthma und mein Mann hatte im Winter eine Erkältung mit Herzleiden. Wir haben viel Geld für Ärzte, Untersuchungen und Medikamente ausgegeben.

?? Und für den Zahnarzt?

!!! Da geht es uns schlecht. Wir haben uns noch nie die Zähne machen lassen. Ich muß mir einen Zahn ziehen und einige Plomben machen lassen, aber ... das Essen geht vor.

? ? Fahren Sie in Urlaub?

!!! Nein. Wir bleiben hier im Haus und mauern, damit der Bau voran geht. Im vergangenen Jahr hat mein Mann das Fundament gemacht. Für dieses Jahr hoffen wir, die Wände hochziehen zu können. Hoffentlich bleibt Geld übrig, um die Baumaterialien zu kaufen.

? ? Was machen Sie sonntags?

!!! Wir bleiben zu Hause. Wenn uns Geld bleibt und wenn es einen guten Kinderfilm gibt, geht einer von uns mit dem Jungen ins Kino. Aber es geht nur einer, um zu sparen.

? ? Kaufen Sie Bücher?

!!! Womit?

? ? Wie studieren Sie?

!!! Für mich bringt mir mein Mann die Bücher aus der Bibliothek seiner Schule mit. Ihm würde es auch gefallen, sich Bücher für seine Spezialität Sporterziehung zu kaufen, aber er kann es nicht.

? ? Lesen Sie eine Tageszeitung?

!!! Ich kaufe eine zwei Mal in der Woche, wenn sie eine Beilage für Kinder und Frauen hat.

? ? Erhalten Sie Besuch?

!!! Wir treffen uns nur mit Verwandten. Wir können andere Leute nicht einladen, wie z.B. Kollegen von meinem Mann und ihnen zeigen wie wir leben...

? ? Welchen Ausweg sehen Sie für sich?

!!! Daß mein Mann etwa 15.000 Pesos (ca.900,-) gewinnt. Ach, es wäre ein Traum. Aber was für Hoffnungen."

ENDE !

Die Opposition unter der etablierten Diktatur

Der folgende Artikel über die Opposition gegen die Diktatur Pinochets stammt aus „Le Monde" vom 8.4.79:

Santiago. — Angesichts der politischen und ökonomischen Situation ist die chilenische Opposition ratlas. Erklärungen über einen unmittelbar bevorstehenden Sturz des Regimes werden nur noch selten abgegeben. Diejenigen, die dem Militärregime nur einen brutalen, aber kürzeren Zwischenauftritt zutrauten, erkennen nun, daß mensch den Gegner nicht unterschätzen darf. Der Kampf ist schwieriger als vorgesehen.

Zumindest aber hat die Opposition an Realismus gewonnen. Der Wunsch nach Einheit ist ebenfalls gewachsen. Die Zeit der Verdammungen und Ausschlüsse scheint heute vorbei zu sein. Die Führer der Parteien der ehemaligen „Unidad Popular" erwähnen nur noch selten die „historische Verantwortung" der Christdemokratie beim Militärputsch von 1973.

Allen ist bewußt geworden, daß die „zweitrangigen Widersprüche" in den Hintergrund treten müssen. Obwohl die Christdemokratie immer noch den Dialog mit der „Unidad Popular" als Block ablehnt und nur einzeln den Kontakt zu den sie bildenden Parteiel sucht, so scheint ihr doch klar geworden zu sein, daß der UP-Block fest zusammen bleiben wird, solange der „politische Winter" noch andauert. Auf der anderen Seite hat auch die Linke erkennen müssen, daß die Versuche, den „progressiven" Teil der Christdemokratie abzuspalten und auf ihre Seite zu ziehen, gescheitert sind. Jeder muß den anderen Block so akzeptieren, wie er ist.

Innerhalb der Christdemokratie predigt mensch Flexibilität. „Was heute notwendig ist," versichern die Führer der Partei, „ist eine breite Bewegung, die sich außerhalb der bestehenden politischen Formationen organisiert. Die Vereinigung der Oppositionsbewegung soll nicht über die Parteiapparate hergestellt werden, sondern über bestimmte konkrete Forderungen von Sektor zu Sektor. Eine solche Bewegung kann sich z.B. auf der Ebene der Gewerkschaften, der Universitäten und der berufsständischen Organisationen herstellen. Die Entwicklung der Bewegung darf nicht durch die traditionellen Rivalitäten zwischen den politischen Organisationen beeinträchtigt wird."

Für die chilenische Bevölkerung hingegen stellt sich heute das Problem der Löhne viel dringlicher, als das der Teilung der Macht. Heute ist viel klarer als früher, daß das Kräfteverhältnis zwischen Regierung und Opposition auf der Gewerkschaftsebene entschieden werden wird.

Die Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung

Erst in den letzten zwei Jahren erholte sich die chilenische Gewerkschaftsbewegung langsam von den Schlägen, die ihr der Militärputsch von '73 versetzt hatte. Mensch konnte selbst Tendenzen in Richtung Einheitsgewerkschaft beobachten, obwohl gerade das mit allerlei rigiden Maßnahmen vom Militärregime verhindert werden wollte.

Zuerst entstand die „Gruppe der Zehn", in der sich christdemokratische Gewerkschaftsführer (einige davon radikalisierten sich seit 78, so Eduardo Rios, Hafenarbeiterführer und wichtigster Sprecher der Gruppe) und Sozialdemokraten zusammenschlossen. Auch auf der internationalen Ebene knüpften die „Zehn" Kontakte, speziell mit der amerikanischen Dachgewerkschaft AFL/CIO. Anschließend entstand die FUT (Einheitsfront der Arbeiter) in der sich ebenfalls christdemokratische Gewerkschafter zusammenschlossen. Schließlich, Anfang '78, entstand die „Coordinadora Nacional Sindical" (nationale Gewerkschaftskoordinierung) aus Gewerkschaftern, die früher den Linksparteien nahestanden, und auch aus einigen Christdemokraten. Obwohl die Existenz aller dieser Organisationen nicht legal war, so waren die doch die Embryos einer neuen Gewerkschaftsbewegung.

Nach der gemeinsamen Einheitsdemonstration vom 1. Mai 78 begannen die Gruppierungen sich auch zu politischen Problemen zu äußern. Im vergangenen September unterzeichneten FUT und Coordinadora nacional sindical gemeinsam einen „offenen Brief" an Pinochet. Darin äußerten sie sich zum Problem der Rückkehr zur Demokratie und zu den Beschränkungen der Gewerkschaftsarbeit. Der „Brief" war eines der ersten gemeinsamen politischen Dokumente aus Gewerkschaftskreisen, seit dem Putsch von 1973. Am selben Tag empfing Pinochet noch einen anderen „Offenen Brief", der von der „Gruppe der Zehn" und Vertretern der UNTRACH, — einer vom Regime initiierten Gewerkschaft, — unterzeichnet worden war. Auch dieses Dokument kritisierte die in Chile herrschenden Beschränkungen der Gewerkschaftsfreiheit.

Die Antwort des Regimes ließ einige Zeit auf sich warten. Am 1. Oktober kündigte Sergio Fernandez, der Innenminister, die Auflösung von 7 Gewerkschaftsfederationen an (Industriearbeiter und Bauerngewerkschaften) mit der Begründung, sie seien „marxistisch". Diese Federationen vereinigten etwa 600 Einzelgewerkschaften mit 200.000 Mitgliedern, das sind ungefähr 20% der in den staatlich zugelassenen (gelben) Gewerkschaften organisierten Arbeiter. Seit der Auflösung der CUT (Einheitsgewerkschaftszentrale) kurz nach dem Putsch, war das der schwerste Schlag gegen die Gewerkschaften.

Am 27. Oktober kündigte das Regime dann an, daß Wahlen zu neuen Gewerkschaftsvertretern stattfinden sollten, und zwar ... vier Tage später. Es gab weder eine Wahlkampagne noch eine Kandidatenauswahl. Personen, die in den letzten zehn Jahren irgendeine politische Aktivität ausgeübt hatten und amtierende Gewerkschaftsfunktionäre durften nicht gewählt werden. In kurzer Zeit eliminierte das Regime so alle bestehenden Gewerkschaftsstrukturen. Die neuen gewählten „Arbeitervertreter" mußten zusätzlich noch eine Erklärung abgeben, daß sie „nie-



mals an irgendwelchen politischen Aktivitäten und Bewegungen teilnehmen würden!"

Die Proteste kamen sehr zahlreich und sie kamen nicht nur aus Gewerkschaftskreisen. Der General Nicanor Diaz, ehemaliger Arbeitsminister und Luftwaffenoffizier, der aus Solidarität mit General Leigh demmissioniert war, kritisierte die Maßnahmen. Die Vollversammlung der chilenischen Episkopatskonferenz, die einige Tage später in Puerto-Montt zusammentrat, erinnerte an die „Lehren des II. Vatikanischen Konzils", so das „Recht der Arbeiter auf freien Zusammenschluß Assoziationen, die sie auch wirklich vertreten."

Selbst Bernadino Castillo, der mit Regierungssegen zum Präsidenten der Confederation der Kupferarbeiter ernannt worden war, rang sich zu folgender Erklärung durch: „Die Arbeiter selbst müssen entscheiden, welche Vertreter ihnen geeignet erscheinen." Zu den nationalen Protesten kam noch internationaler Druck. Die ORIT (internationaler Zusammenschluß amerikanischer Gewerkschaften, die sich als sog. „freie" Gewerkschaften verstehen) rief am 26. November zu einem Boykott gegen Chile auf. Dies alles hat offensichtlich einen gewissen Eindruck auf das Regime gemacht, denn es verzichtete zu Beginn dieses Jahres darauf, die wichtigsten, der angekündigten Maßnahmen auch durchzusetzen.

„Das aktuelle Problem der Gewerkschaftsbewegung ist dem der gesamten Opposition sehr ähnlich", versichert ein den Christdemokraten nahestehender Journalist. „Der Widerstand geht von kleinen bewußten Gruppen aus, denen es nicht gelingt, sich in eine Massenbewegung zu transformieren. Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen das Regime, weil sie von dem „ökonomischen Modell" hart getroffen wird. Aber sie ist nicht bereit, konkret und praktisch aktiv für diese Haltung einzustehen. Insofern hat sich das von Pinochet installierte Kräfteschema viel wirksamer gezeigt, als zuerst erwartet wurde."

Auf der Gewerkschaftsebene oder auch anderswo hat das Regime in der Tat gezeigt, daß es viel mehr in Kategorien eines militärischen Kräfteverhältnisses denkt, als politisch angemessenen. Es ist ihm gelungen, die Herausbildung einer einheitlichen breiten, gemäßigten Opposition zu verhindern, und die radikaleren Sektoren können nur versuchen die härtesten Schläge abzuwehren. Auch wenn die gesamte Opposition sich über die Notwendigkeit der Rückkehr zu einem zivilen Regime einig ist, so weiß doch niemand so recht, wie mensch das bewerkstelligen soll.

Ein Journalist aus Santiago drückte das so aus: „Im legalistischsten Land des Subkontinents, mit den ‚europäischsten' politischen und sozialen Strukturen gibt es seit fünf Jahren ein Militärregime, dessen Macht sich sogar noch verfestigt. Und das gegen den Widerstand der quasi Gesamtheit aller politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und Gruppierungen und mit einer sozialen Basis, die so reduziert wie nur möglich ist." Das ist eine Realität, die ein „schmerzhaftes Umdenken" notwendig macht.

ALAMBRISTA – MEXIKANISCHE TAGELÖHNER IN DEN USA

Pittsburg *Folgender Artikel stammt von einem Genossen, der sich zur Zeit in den USA aufhält. Sein Inhalt erinnerte uns sehr an den gleichnamigen Film „Alambrista".*

650 Mexikaner besetzten kurzfristig drei der vier großen Grenzübergänge zwischen der texanischen Stadt El Paso und dem mexikansichen Ciudad Juarez. Besser sollten wir die zwei Städte, El Paso und C. Juarez eine große Stadt mit einer Million Einwohner nennen; denn die Grenze stellt nur die mit Gewalt aufrechterhaltene Trennlinie zwischen Arm im Süden und Reich im Norden, zwischen Dreck und Sauberkeit dar. In einer Stadt, die von ihren geschichtlichen u n d heutigen Bewohnern her betrachtet eigentlich zusammengehört.
Am 9. März 1979 fuhren, wie an jedem anderen Tage auch, hunderte von mexikanischen Arbeitsuchenden über die Grenze, um mit ihren zeitlich befristeten Arbeitspapieren einen Tag lang in Texas als Küchenhilfe oder Hilfsarbieter zu arbeiten. Doch an diesem Tag zwangen US-Grenzbeamte mehrere Busladungen voll von Mexikanern (insgesamt 13) zur sofortigen Umkehr, nachdem man ihre kurzfristige Arbietserlaubnis ungültig gemacht und sie körperlich durchsucht hatte. Frauen und Männer mußten sich in einem Saal „zwecks der Durchsuchung" gemeinsam ausziehen, wobei es natürlich zu dauernder Anmache seitens der meist weißen Grenzpolizisten kam.
Als die Grenzbrücken später von wütenden Mexikanern verbarrikadiert wurden, mit Autos, Bussen und Abfallcontainern, starb ein 10jähriges Mädchen und zwei andere Kinder wurden verwundet, als ungeduldige Grenzreisende ihre Wagen einfach in die blockierende Menge fuhren. Daraufhin wurde die US-Flagge zerrissen, Puppen von Uncle Sam verbrannt und in den Grenzfluß Rio Grande geworfen. In El Peso selbst, wo etwa knapp die Hälfte der US-Bevölkerung auch Spanisch spricht, organisierten Chicanos (das sind mexikanische Arbeiter oder ihre Nachfahren mit US-Staatsbürgerschaft) eine Solidaritätskundgebung mit ca. 300 Menschen. Auch hier gab es Gewalt, als die Polizei 2 Teilnehmer verhaftete und einer älteren Frau mit einem Polizeiknüppel alle Finger einer Hand brach.
Für die Mehrheit der Mexikaner war die Besetzung der Brücken das erste Mal, daß sie unter den Augen der sonst allmächtig erscheinenden US-Behörden ihre Wut an den Symbolen des amerikanischen Imperialismus auslassen konnten: zum ersten Mal seit langer Zeit hatten die Armen ihren Haß nicht schlukken müssen, dafür vielleicht etwas von ihrer wahren Macht verspürt.
Die Doppelmoral der amerikanischen Einwanderungsbehörde ist beileibe keine neue Nachricht für die Linke in den Vereinigten Staaten. Doch in den letzten Wochen häuften sich die Berichte über die brutale Behandlung ausländischer Arbeiter durch „La Migra": das ist der Kurzname für den verhaßten Immigration and Naturalization Service, INS, Einwanderungsbehörde.
Die Grenze zwischen Mexiko und den USA bildet zu großen Teilen der Rio Grande, der den sogenannten „illegalen" mexikanischen Arbeitern in den USA den Namen „wetbacks" verpaßt hat, da viele nachts über den Fluß schwimmen, um Arbeit in den USA zu suchen. Diese Zahl der illegalen Grenzgänger beträgt jährlich 1 bis zwei Millionen. In der Folge kommt es dann zu wahren Menschenjagden, wenn „La Migra" dann in Los Angeles , Denver oder New York bestimmte Fabriken, Büros und Wäschereien mit bekanntermaßen spanisch sprechenden Arbeitern mit Überraschungsrazzien heimsucht. Die ohne Fremdenpapiere angetroffenen Arbeiter/innen werden in Polizeiautos verfrachtet und in großen Camps zusammengefaßt, bevor man sie im Hinterland von Mexiko weitab von ihren Familien sozusagen aussetzt. Ein solches concentration camp existierte z.B. in der Umgebung von San Diego, Kalifornien bei El Imperial (in der BRD gibt's dafür Asylantenheime).

Man muß diese Grenze, z.B. in El Paso, Laredo oder San Diego einmal gesehen haben, um die Doppelmoral der offiziellen US-Freiheits- und Friedensapostel ermessen zu können: Stacheldrahtzäune, Wachtürme, Patrouillen mit Schäferhunden. In den letzten Wochen schlugen die Scharfmacher in Washington Präsident Carter sogar vor, einen neuen unüberquerbaren Zaun entlang des Rio Grande mit dem Geld der zentralen Bundesregierung zu bauen (mein Vorschlag: sie könnten sich ja Prospekte von der Berliner Mauer kommen lassen). Carter hielt die Idee zwar für spleenig, dennoch existieren solche Zäune z.B. in San Diego und sie sehen aus wie in Berlin, wie ich selbst gesehen habe.

Bekannte US-Politiker profitieren von dem System der Aufspaltung der Arbeiter in „Legale" und „Illegale". Z. B. benutzt oder benutzte die Familie Barry Goldwaters, ehemaliger Präsidentschaftskanididat aus Arizona, folgende Masche: sogenannte contractors (Arbeitsvermittler) werben in Mexiko Arbeitswillige an, um auf den Zitronenfeldern der Familienranch Früchte zu pflücken. Sie arbeiten einen Tag oder länger und bevor der Zahltag kommt, erscheint zufällig „La Migra". Die Pflücker werden ohne Bezahlung wieder deportiert. Oder man läßt sie einen Tag lang Früchte ernten - unentgeltlich - und sucht sich dann abends die schnellsten Pflücker unter ihnen heraus, während man die anderen der Einwanderungsbehörde übergibt... „Früher hielten wir uns Sklaven, heute mieten wir sie..."

Mit dem Argument, daß Mexikos Illegale (und Arbeiter aus anderen Ländern ohne Papiere, vor allem aus den arabischen und südamerikanischen Ländern und den Philipinen) uns Amerikanern die Arbeitsplätze wegnehmen, konnten die reaktionären Kräfte z.T. sehr erfolgreich große Teile vor allem der weißen US-Arbeiterschaft verhetzen – so wie auch die BRD-Version von den Gastarbeitern, die unsere Arbeitsplätze wegnehmen. Wichtige Gewerkschafts- und Aufklärungsarbeit leisteten seit etwa einer Dekade die United Farm Workers die unter ihrem charismatischen Führer Cesar Chavez inzwischen zu einer anerkannten politischen Kraft avanciert sind. Dieser Aufklärungsarbeit durch die Chicanos selbst und ihre Riesenschar von Unterstützern in den Städten ist es zu danken, daß über diese Ausbeutungsmethoden heute in den USA zumindest geredet wird.
Der Norden Mexicos ist ein ausgebeutetes Land par eccellence. Es besitzt den gleichen potentiell fruchtbaren Boden wie die zentralen kalifornischen Längstäler, bekannt als die fruchbarsten Agrikulturlandschaften der Welt. Heute erscheint dem Durchreisenden das Land im Norden Mexicos zur Wüste verkommen. Das war nicht immer so: weder unter indianischer noch unter spanischer Kolonialherrschaft. Es wurde erst zur Wüste, seitdem im Norden der Grenze die Obst- und Gemüsemonopole (bekannt als „Agribusiness") den Ton angeben, Maschinen Automation, Kapital für Bewässerungsanlagen einführten. Seither produzeirt Mexicos Norden nicht mehr genügend für sich, sondern muß aus Kalifornien importieren. Südlich der Grenze herrscht über 30% Arbeitslosigkeit, es sieht aus wie ein großer Abfallhaufen von Coca-Cola und anderen US-Produkten in den Grenzstädten und entlang den Straßen...

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

NR. 281 | Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.

Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

4400 E 281 !?! 1
UTE LAMPING
HORNERSTR.17
D-2800 BREMEN 1

Achtung liebe Abonnenten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten . . .
KEIN GELD AUF'M KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zurhabenahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

HERAUSGEBER
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Postfach 900343,
Tel.: 0611/ 704 352

Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45

Verantwortlicher Redakteur: Richard Herding

Abonnement:
Bei Bestellung bitte Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adresswechsel. Außerdem die genaue Anschrift (und die Abonummer). Bitte deutlich auf die Einzahlungsabschnitte schreiben. Für ein Abonnement bitten wir um Vorauskasse von DM 18 - für ein Vierteljahr, DM 36.- für ein halbes, DM 72. für ein ganzes Jahr **Postscheckkonto 52 52 28 - 602**